

Mit der Erklärung von „Radikal Brechen“
zum Zusammenschluß mit
„Gegen die Strömung“

RADIKAL BRECHEN

Zeitung für die autonome / antiimperialistische und antifaschistische Bewegung

5,- DM

Nr. 12

Mai 1997

Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen und ihre Haltung zu:

- Kommunismus, Sozialismus, Diktatur des Proletariat
- Gewaltsame Revolution und Bürgerkrieg
- Proletarischer Internationalismus und Haltung zum
deutschen Imperialismus

Eine Materialsammlung

zu PDS, KPF, DKP, Ost-KPD, Arbeiterbund, BWK,
MLPD, KPD-Stuttgart, KPD-Gelsenkirchen

Anhang: Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender
ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der
Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution

Inhalt

Vorwort der Redaktion von „Rot Front“	4
I. Erklärung der Redaktion von „Radikal Brechen“ zum Zusammenschluß mit „Gegen die Strömung“	9
II. Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen	13
Die PDS	14
Die „Kommunistische Plattform der PDS“	18
Buchbesprechungen:	
1.) „Zu jung, um wahr zu sein? - Gespräche mit Sahra Wagenknecht“, Berlin, 1995	21
2.) <i>Sahra Wagenknecht, „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung, Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt“, Bonn 1995</i>	24
Die DKP	27
Die „Ost-KPD“	31
Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ und die Gruppe „Kommunistische Arbeiterzeitung“	36
Der BWK	40
Die MLPD	44
Ex-KPD/ML, 1. Teil: „KPD“ Stuttgart	49
Ex-KPD/ML, 2. Teil: „KPD“ Gelsenkirchen	53
III. Anhang:	57
Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution	

Vorwort der Redaktion von „Rot Front“

1. Die Genossinnen und Genossen von „radikal brechen“ planten schon vor geraumer Zeit - noch vor dem Zusammenschluß mit GDS - einen Überblick über alle sich selbst als kommunistisch vorstellenden Gruppen in ihrer letzten Nummer herauszugeben. Durch eine Fülle anderer Arbeiten blieb das Material liegen, obwohl RB 12 schon angekündigt war. Je länger es lag, desto größer wurde der Anspruch, doch eine möglichst umfassende, systematische und anspruchsvolle Analyse zu erstellen - um so mehr der Anspruch wuchs, um so mehr verlor sich das Projekt. Nun haben sich die Genossinnen und Genossen von „radikal brechen“ doch noch aus gemeinsamen Diskussionen heraus entschlossen, die ersten Entwürfe als **Material** herauszugeben. Sie baten die Redaktion von Rot Front um ein kritisches Vorwort, was hiermit vorliegt.

2. Der grundlegende Gedanke des Projektes war und ist, allen sich neu bildenden Zirkeln und Gruppen eine Hilfestellung zu geben, wenn sie an dem Punkt angekommen sind, sich ernsthaft für den Aufbau **einer** Kommunistischen Organisation, eben der Kommunistischen Partei einzusetzen zu wollen.

Gute Gründe, sich von all jenen Gruppen mit einem „K“ in ihrem Namen fernzuhalten, gibt es **dann**, wenn man sich die Mehrheit dieser Gruppen mit hochtrabenden politischen Programmen und Erklärungen genauer ansieht.

Das sich kommunistisch gebende Vokabular, die Berufung auf Marx, Engels und auch Lenin und Stalin, dient der Hochstapelei, ist ein Täuschungsmanöver, hinter dem sich recht unspektakulär antirevolutionäres deutsch-reaktionäres Zeug verbirgt: So wundert es nicht, daß neue, gegen die Nazis und die Abschiebepraktiken kämpfende Gruppen mit großer Vorsicht an solche Gruppen herangehen - zumal oft genug ausgesprochen schlechte Erfahrungen gemacht wurden.

Auf der anderen Seite drängt jedoch die Logik der Geschichte der erfolgreichen Revolutionen, vor allem der sozialistischen Oktoberrevolution, jeden, der ehrlichen Haß auf den Imperialismus spürt und wirklich kämpfen will, zur Erkenntnis, daß die Frage der Schaffung einer Kommunistischen Partei die Frage Nummer 1 ist.

Die ernsthafte Prüfung, mit wem in welcher Frage wirklich zusammengearbeitet und gemeinsam gekämpft werden kann, setzt Kenntnis der Dokumente der verschiedensten Gruppen voraus, und zwingt einen, sich selbst über Kriterien auseinanderzusetzen, an denen man diese Gruppen messen will.

Ursprünglich hatten die Genossinnen und Genossen von „radikal brechen“ alle Gruppen angeschrieben und um programmatische Dokumente gebeten - es stellte sich heraus, daß es bei vielen Gruppen keine aktuellen oder gar keine grundlegenden Dokumente gab.

Durch die Sammlung der Zeitungen und Broschüren haben verschiedene Genossinnen und Genossen jeweils eine Gruppe in einem Referat zusammengefaßt und vorgestellt - im Bewußtsein, daß es oft mehr zufällig als systematisch war, was da zusammenkam.

Die nachfolgende Charakterisierung einiger sich selbst als „marxistisch“ verstehenden Gruppen (was für die PDS schon wieder nur mit Einschränkungen gilt) berücksichtigt zwar schon programmatische Dokumente, hat aber dennoch auch den Charakter einer schlaglichtartigen Beleuchtung dessen, „zu was diese Gruppen alles fähig“ sind, und zwar in der schlimmsten Bedeutung des Wortes.

Es wird deutlich, daß es wenig Sinn macht, mit Leuten, die sich „kommunistisch“ nennen, über Spezialfragen der proletarischen Weltrevolution zu diskutieren, wenn diese Leute gleichzeitig die Argumentation des deutschen Imperialismus nachbetonen, wenn es um die deutsche Geschichte und die deutsche Gegenwart geht.

Es wurde bewußt darauf verzichtet, die in unterschiedlicher Qualität von verschiedenen Genossinnen und Genossen verfaßten Beiträge nun redaktionell zu vereinheitlichen, grundlegend zu überarbeiten oder wesentlich zu verändern. Es war nicht der Anspruch dieser Materialzusammenstellung, die diversen revisionistischen Positionen mit einer kommunistischen Argumentationskette zu widerlegen. Die ausführliche

eigene Position, von der aus die revisionistischen Positionen kritisiert und auch verurteilt werden, sind in Rotfront Nr. 1 und Nr. 2 fixiert und werden weitgehend vorausgesetzt. Die Genossinnen und Genossen verstanden ihre Beiträge als Aufforderung, weiter zu analysieren, wachsam die Entwicklung dieser Gruppen zu verfolgen und sich nicht blenden zu lassen von hochtrabenden Namen, Phrasen und Getöse - und dazu kann das nachfolgende **Material** durchaus eine Hilfe sein. Auch wenn manche Einschätzung uns - ehrlich gesagt - eher überflüssig erscheint und wie „Geschimpfe“ vorkommt, ist es schon zu akzeptieren, daß ange-sichts einer Fülle von haarsträubenden konterrevolutionären Positionen die ungezügelte Wut (die noch von Illusionen zeugt) die Referenten und Referentinnen überkam.

3. Bei der Analyse der sogenannten „linken Bewegung“ über Jahrzehnte hinweg wird deutlich, welchen enormen ideologischen Einfluß der moderne Revisionismus hatte und hat: Die 1918 gegründete KPD, die nach 1945 Schritt für Schritt immer krasse-re Fehler systematisierte, offensiv für den 20. Parteitag 1956 und die KPdSU Chruschtschows eintrat, in Westdeutschland mit der SED und einem revisionistischen Staat im Rücken dennoch bis 1968 vor sich hinvegetierte, konnte in großem Ausmaß revisionistische, das heißt nur scheinbar kommunistische Gedanken verbreiten. Aus gutem Grund wurde deshalb als Anhang die Veröf-fentlichung von „Gegen die Strö-mung“: „Der 20. Parteitag der KPdSU

1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution“ abgedruckt, das wir unseren Leserinnen und Lesern ausdrücklich „ans Herz legen“ wollen.

Die DKP seit 1968, seit 1990 die PDS, die KPD-Ost - das ist sozusagen der eine Strang, der den „Original-Revisionismus“ Chruschtschows und Breschnews unter deutscher Flagge repräsentiert.

1968 gründeten sich jedoch angesichts der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in den 60er Jahren (die in einen revolutionären Teil mit der KP Chinas und der PAA an der Spitze und einen konterrevolutionären Teil mit Chruschtschows, dann Breschnews KPdSU an der Spitze zerfiel) auch in Deutschland zunächst 1968 die KPD/ML, von der sich rasch die Vorfürer der heutigen MLPD und des heutigen „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD“ abspalteten. Alte, doch massiv vom Revisionismus beeinflußte Kader der alten KPD wie Ernst Aust und Willy Dickhut waren die „Aushängeschilder“ - es zeigte sich jedoch, daß diese Gruppen selbst im revisionistischen Sumpf versanken.

Heute ergibt sich auf der pragmatischen Grundlage der eigenen Unbedeutung und des Fehlens revolutionärer, kommunistischer Grundpositionen eine weitgehende auch organisatorische Annäherung all dieser Gruppen, ganz manifest vor allem bei MLPD und „Arbeiterbund“

sowie der KPD-Ost, die den Zusammenschluß planen.

4. Nicht in diesen Materialien behandelt wurden jene Gruppen, von denen die Genossinnen und Genossen wußten, daß sie sich noch nicht direkt konterrevolutionär von militärischen Aktionen und revolutionärer Gewalt distanzierten:

a) Da sind zum einen all jene Gruppen, die ihren antifaschistischen Kampf militant durchführen und ohne ausgesprochenen kommunistischen Anspruch „revolutionär“ führen wollen, diverse lokale Gruppen, aber auch die ANTIFA(M) Göttingen¹ und die von ihr mit aufgebaute AA/BO In der letzten Zeit kristallisierte sich als kritisch zu unterstützende antifaschistische Kraft auch das „Bündnis gegen Rechts“ in Leipzig heraus.

b) Außerdem gibt es da noch jene sich als „antinational“ definierende Gruppen, auf deren Ideologie die Genossinnen und Genossen von „radikal brechen“ in ihrer Nr. 11 schon ausführlich eingegangen sind.

c) Ein schon vor vielen Jahren behandelte Strömung, die RIM², hat nun auch in Deutschland eine Gruppierung, die sich allerdings durch einen großmäuligen Stil³, vor allem

¹ Siehe ein Diskussionsbeitrag von GDS im Flugblatt 8/94 „Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der Antifa / (M) Göttingen.“

² Siehe GDS GDS-Nummer 23 vom Juni 1981 anlässlich der Gründung der RIM: „Offene Debatte oder Vertuschung der Widersprüche“

³ So ist im Flugblatt „Die Revolution hat das Wort“ vom 1. Mai 1995 zu lesen:

„1. Mai und die Revolution hat das Wort. Das Wort ist, daß unsere ZEIT, die ZEIT der Auf-Der-Ganzen-Linie-REVOLUTION, nichtweit weg ist.“

aber durch extrem chauvinistische Ansichten zur „Bombardierung Dresdens“⁴ disqualifiziert.

d) Ähnlich wie der deutsche Ableger der RIM hat sich nun mit der Zeitschrift „Trotz alledem“ auf Beschuß der 5. Parteikonferenz der großtürkisch-chauvinistischen Organisation Bolschewik Partisan⁵ eine kleine Gruppe herausgebildet, deren Einfluß und Perspektive noch nicht abzuschätzen ist. Ihr Hauptkennzeichen ist die Vulgarisierung an sich richtiger Positionen im Bemühen, „populär“ in schlechtesten Sinne des Wortes zu sein - jugendlich-popig sozusagen. (Die primitive Schmeichelei zeigt sich etwa in der absurden Behauptung „Jugendkampf ist Klassenkampf“⁶, die die heillose Vermischung von Analyse der Realität einerseits und Fragen der Perspektive andererseits deutlich macht).

Das Konzept, die kommunistischen Kräfte aller Länder in Deutschland

Sisters and Brothers, ihr habt richtig gehört. Das Fressen-Oder-Gefressen-Werden-Ausbeuter-System, unter dem wir heute leben hat längst ausgedient. Es liegt im Sterben....“ usw. usf.

⁴ So behaupten die „Revolutionären Kommunisten“ in ihrem Flugblatt zum 8. Mai 1995 auf Seite 3 zur Bombardierung Dresdens allen Ernstes:

„Die westlichen Imperialisten taten nicht 'das Richtige'. Die Bombardierung von Dresden war in der Tat ein verbrecherischer Akt. Das Ziel dieser Massenmords war ein Demoralisierung der Bevölkerung, damit es keine revolutionären Aufstände geben würde...“

⁵ In Bolshevik Partisan Nr. 87 von 3/94 heißt es auf Seite 30:

„Die 5. Parteikonferenz hat eine Neuorientierung beschlossen, in den Ländern wo Auslandorganisationen existieren, den Aufbau von kommunistischen Parteien selbst anzupacken.“

⁶ Siehe z.B. „Trotz alledem“, Nr. 1 Mai 1996, S. 39

sollten nicht die Revolution in ihren eigenen Ländern vorrangig vorbereiten, in Auslandsorganisationen der dortigen Kommunistischen Partei arbeiten, knüpft zwar an einem realen Problem an, diskutiert es aber nicht wirklich und vulgarisiert es zum deutsch-chauvinistischen Konzept der Einverleibung der kommunistischen Kräfte anderer Länder in die „Bolschewistische Partei Deutschlands“. Die ideologische Grundlage dieser Strömung, ihr Reformismus und Chauvinismus, vor allem aber auch ihr bürokratisches Konzept des Parteiaufbaus wurde von GDS in einer mehrjährigen Polemik in einer Reihe von Dokumenten nachgewiesen.⁷

e) Als letztes sei auf jene Gruppen verwiesen, sie sich als „Kommunistischer Aufbau“ seit kurzen vorstellen. Auch hier wird zu beobachten sein, wo Diskussion und ernsthafte Auseinandersetzung gesucht werden und wo diese Gruppen revisionistischen Rattenfängern auf den Leim gehen oder im Praktizismus vor Ort

⁷ Siehe Teil I - IV der Reihe „Der Opportunismus der TKP/ML(B)“ erschienen in „Internationalen Informationen“

- Nr. 12 vom Februar 1983: „Zu Vorgeschichte und Entwicklung der TKP/ML(B): Eine Kette versäumter Möglichkeiten und mißachteter Notwendigkeiten“

- Nr. 13 vom März 1983 „Die TKP/ML(B) und der proletarische Internationalismus“

- Nr. 14 vom März 1983: „Prinzipien und Revolution oder „konkrete Analyse“ und reformistische Praxis von Fall zu Fall“

- Nr. 15 vom März 1983: „Das bürokratische Konzept und das revisionistische Disziplinverständnis des ZK der TKP/NL (B) - Absage an den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats“

aufgehen und sich zerreiben werden. Im Augenblick entbrennt offensichtlich ein Kampf einiger Genossinnen und Genossen dieser Gruppierungen gegen die revisionistisch-akademistische und dazu ins nazistische Lager hineinreichende Tendenz der „Karuscheit-Gruppe“, die mit theoretistischen Verrenkungen den deutschen Imperialismus und seine deutsch-chauvinistische Abschiebepraxis verharmlosen der gar unterstützen.

5. Es wird nötig werden, diese oder jene eben aufgezählte Richtung dann genauer und beweiskräftig unter die Lupe zu nehmen, wenn sich ein Einfluß auf wichtige revolutionäre Kräfte

herausstellen sollte. Ansonsten sind wir der Überzeugung, daß es für revolutionäre, am Kommunismus orientierte Kräfte schon möglich sein müßte, den qualitativen Unterschied zwischen der Arbeit und dem Kampf von GDS für den Aufbau der Kommunistischen Partei und all diesen Gruppen festzustellen. Wir erklären ausdrücklich die Bereitschaft zur intensive Diskussion und Auseinandersetzung mit allen ehrlichen revolutionären und am Kommunismus orientierten Kräften und werden unsererseits unsere Anstrengungen verstärken, auch in der Arbeit nach außen Gelegenheit zur Diskussion zu schaffen.

Zum 1. Mai 1997, Redaktion Rot Front

I. Erklärung der Redaktion von „Radikal Brechen“ zum Zusammenschluß mit „Gegen die Strömung“

Vor ungefähr sieben Jahren haben sich einige Genossinnen und Genossen zusammengetan. Wir kamen zum Teil aus der Antiimp-, zum Teil aus der Autonomen Szene. Einig waren wir uns in unserem Haß auf dieses Ausbeutersystem, und unser Ziel war eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Allerdings waren unsere Vorstellungen davon, wie das zu erreichen sein soll, sehr verschwommen.

Große Sympathien hatten wir damals mit der RAF und den politischen Gefangenen, weil diese einen sehr radikalen Standpunkt gegen das System hier eingenommen haben und mit hohem Einsatz dagegen gekämpft haben.

Aber die Antiimp-Szene hat uns letztendlich nur noch genervt. Es war einfach keine echte Diskussion möglich. Diese Erfahrung kennen alle, die in Antiimp-Kreisen versucht haben, eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung zu führen.

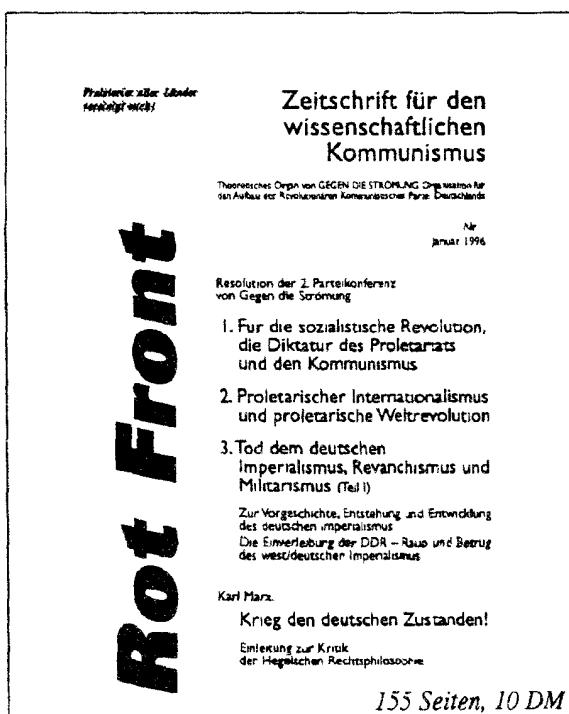
Dann gab es auch einfach keine Perspektive. Wir wollten zusammen kämpfen, aber wie war keinem richtig klar, und darüber diskutiert wurde auch nicht. Was uns ziemlich störte, war die immer stärker werdende Tendenz bei vielen, jetzt schon ein "selbstbestimmtes" Leben führen zu wollen, und das als Teil des revolutionären Kampfes gegen das System zu begreifen. Das führte nämlich dazu, daß diese Leute sich hauptsächlich Sorgen um ihr eigenes Leben machten, und zu viel damit beschäftigt waren, sich nicht „fremdbestimmen“ zu lassen.

Wir fühlten uns von der Idee des Kommunismus angezogen, hatten aber keine konkreten Vorstellungen davon, was die Arbeiterklasse ist, was eine Kommunistische Partei ist und wie das Leben im Kommunismus überhaupt aussieht, vor allem, wie man eigentlich dahin kommt. Um unsere eigenen inhaltlichen Positionen klarer zu kriegen und um darüber mit Leuten aus der autonomen und Antiimp-Szene in die Diskussion zu kommen, haben wir unsere eigene Zeitung gemacht.

In dieser Zeit haben wir uns auch nach anderen politischen Gruppen umgeschaut.

Rückblickend können wir sagen, daß sich der Zusammenschluß mit GDS und WBK praktisch in fünf Schritten vollzogen hat, auch wenn das hier etwas schematisch ist.

1. Schritt: Wir haben uns erst mal die sich links nennenden Gruppen angeschaut. Durch eine erste "Prüfung" sind schon mal die Pazifisten gefallen, denn das war uns von Anfang an klar, die Bourgeoisie wird ihre politische und ökonomische Herrschaft nicht freiwillig aufgeben, dies geht nur im Rahmen einer gewaltsamen Revolution. Damit war die DKP mit der Propagierung des friedlichen Weges schon mal außen vor. Ein



<p>Zusammenstellung aller Flugblätter:</p> <ul style="list-style-type: none"> * 1989/1990 Din-A4, 78 Seiten, 10 DM * 1991/1992 Din-A4, 82 Seiten, 10 DM * 1993/1994 Din-A4, 119 Seiten, 10 DM 	 <p>GEGEN DIE STRÖMUNG</p> <p>* Politische Stellungnahmen 1993 - 1994</p> <p>Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von <i>Gegen die Strömung</i></p> <p>* Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten</p>
---	--

weiterer ganz gravierender Punkt bei der DKP ist natürlich auch, daß sie die revisionistische Sowjetunion nach 1956 als sozialistisch propagierte. Ebenso verteidigte sie auch die revisionistische, polizeistaatliche Diktatur in der DDR, die in den letzten Jahrzehnten aber auch gar nichts mit Sozialismus zu tun hatte. Damit hat sie auch maßgeblichen Anteil an dem tiefen Antikommunismus, der heute hier herrscht.

Die PDS hat noch nicht einmal den Anspruch eine Kommunistische Partei zu sein und kann nur als reformistisch-sozialdemokratisches Sammelbecken mit mehr oder minder starken revisionistischen Versatzstücken bezeichnet werden. Die KPD „Ost“ spielt sich großspurig als angebliche Fortsetzerin der kommunistischen Tradition in Deutschland auf, ihr ideologischer Unterschied zur PDS ist aber nur kosmetischer Natur.

Die MLPD ist von vorneherein zutiefst widerwärtig mit ihrem ganzen deutsch-chauvinistischen Müll von der angeblich hauptsächlich fortschrittenen Seite der „Wiedervereinigung“ d.h. der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus, bis hin zu ihrer Broschüre „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen“, in der die MLPD gegen die Internierungslager der Alliierten für Nazi-Verbrecher hetzt. (Gegen die Strömung, Nr. 50, „Gegen die Einverleibung der DDR!“, S. 26/27)

Die Flugblätter des Arbeiterbundes haben uns teilweise erstmal ganz gut gefallen. Wir mußten dann aber feststellen, daß der Arbeiterbund in seiner Broschüre „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“ in zutiefst chauvinistischer Manier dafür eintritt, „daß

... endlich Deutschland den Deutschen gehört“ (S. 30 dieser Broschüre).

Wer so tief im deutschen Chauvinismus steckt, kann es unmöglich ernst meinen mit der proletarischen Revolution, denn deutscher Chauvinismus ist unvereinbar mit proletarischem Internationalismus und Weltkommunismus.

Um in der Diskussion, unsere Standpunkte zu überprüfen haben wir uns mit einer Reihe von Gruppen getroffen.

Bei GDS haben uns die Flugblätter beeindruckt, vor allem wie gründlich sich diese Gruppe mit verschiedenen politischen Fragen und auch mit der Geschichte auseinandersetzt. So z.B. das Flugblatt „Die Verbrechen der Deutschen Bank sind ein Grund mehr, das ganze imperialistische System zu stürzen“ (10/89), und das Flugblatt über die Kommunistische Partei (4/90), in dem die Notwendigkeit und die Aufgaben der KP überzeugend dargelegt werden. Oder das Flugblatt über die Einverleibung der DDR (3/90), in dem die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus aufgezeigt wird, ohne dabei die SED-Revisionisten in Schutz zu nehmen, oder auch das Palästina-Flugblatt (11/90).

2. Schritt: Das erste Interesse an den Flugblättern brachte uns dann dazu, die GDS-Nummern zu lesen und zu diskutieren. Besonders die RAF-Nummer war sehr hilfreich für uns, Klarheit über das Konzept Stadtguerilla und die RAF zu bekommen.

Die Bitburg-Nummer (Nr. 35) hat uns mehr Klarheit gebracht über die Mitschuld des deutschen Volkes an den Nazi-Verbrechen und über die Verpflichtung zum Kampf für Reparationen und Entschädigungen. Die Antisemitismus-Nummer (Nr. 38) war äußerst wichtig für unsere RB-Nummer über Palästina und den „anti-imperialistischen“ Antisemitismus.

Die Nummer über die „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966“ (Nr. 59) fanden wir sehr spannend. Uns war lange Zeit unklar, daß es in der SU eine Opposition gegen den Revisionismus gab, die Stalin überzeugend verteidigt hat. Besonders interessiert hat uns auch die Analyse des Machtantritts der Chru-

schtschow-Revisionisten in der Zeit nach dem Tod Stalins.

Sehr gut fanden wir auch die Nummer "Über den Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des Nazifaschismus" (Nr. 62). In dieser Nummer wird das System der Konzentrations- und Vernichtungslager des Nazi-Regimes in seinen Etappen und mit seinen Mechanismen des Herrschafts- und Überwachungssystems beschrieben. Die Probleme eines organisierten Widerstands unter den extremen Bedingungen der KZ- und Vernichtungslager werden aufgezeigt sowie die Rolle der kommunistischen Kräfte in diesem Widerstand.

Ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Zeit war für uns, zu den Fragen der Revolution die Texte der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin zu lesen. Wir haben an der GDS-Nummer über den "friedlichen und nichtfriedlichen Weg" (Nr. 20) gelernt, wie man mit den Klassikern arbeitet. In dieser Nummer werden die verschiedenen revisionistischen und opportunistischen Angriffe auf die gewaltsame proletarische Revolution, auf die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, umfassend zurückgewiesen. Eine Methode dabei ist, die entsprechenden Schriften der Klassiker nicht nur zu zitieren, sondern auch im prinzipiellen und konkreten Zusammenhang zu diskutieren, und auf-

zuzeigen, daß Chruschtschows friedlicher Weg rein gar nichts mit Marxismus-Leninismus zu tun hat.

3. Schritt: Schließlich haben wir alle Gruppen, die uns aus dem einen oder anderen Grund wichtig erschienen, verglichen. Wir haben ihre Programme, Plattformen Erklärungen etc. durchgeschaut, wobei uns die Publikationen von GDS am überzeugendsten erschienen.

Von GDS haben wir die Thesen von 1974 „Über die Aufgaben der Westdeutschen Marxisten-Leninisten“ (1. Nummer von GDS) und das Buch "Grundfragen des Marxismus-Leninismus und der Opportunismus in Westdeutschland" (1977) geprüft. Den Schreibstil aus dieser Zeit haben wir als antiquiert empfunden, aber der Inhalt hat uns doch sehr entschädigt. Die Dokumente der ersten Parteikonferenz 1989 haben wir in unserer Gruppe gründlich diskutiert.

Nach den anfangs losen Kontakten hatten wir nun angefangen, mit den Genossinnen und Genossen von GDS systematische Diskussionen über offene Fragen und Meinungsverschiedenheiten zu führen. Wir haben auch gemeinsame Schulungen von Klassikertexten durchgeführt (z.B.: "Über die Grundlagen des Leninismus" von Stalin, "Was Tun?" von Lenin, "Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang").

4. Schritt: Irgendwann waren wir dann an dem Punkt angelangt, daß wir die Linie von GDS richtig fanden.

Damit wäre eigentlich der Zeitpunkt gekommen gewesen sich zusammenzuschließen, aber solange wir unsere eigene Gruppe hatten, konnten wir auch selber bestimmen, was wir machen, das war unser "Königreich", da hatten wir das Sagen. Dahinter versteckte sich die blöde und auch antikommunistische Vorstellung davon, wie es in einer KP aussieht.

Stück für Stück verstanden wir dann in der Zusammenarbeit, daß eine kommunistische Partei nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist und arbeitet. Das heißt, es herrscht keine blinde Disziplin, es wird kein Kadaver-

Inhaltverzeichnis

- * GDS-Nummern
- * Flugblätter
- * Bulletin zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder
- * GDS-Publikationen in anderen Sprachen
- * Broschüren und Nachdrucke
- * Plakate
- * Aufkleber und Streuzettel



Bereits im März 1984 ist Teil 1 des Gesamtverzeichnisses von GDS erschienen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT SICH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VOLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

März 1997 15 - DM

*** Politische Stellungnahmen
1995 - 1996**

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Sozialismus
in
Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

*** Diskussionsbeiträge
zu den Flugblättern und Plakaten**

gehorsam verlangt. Vor Beschußfassung wird diskutiert, dann hat sich allerdings die Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Die Beschlüsse müssen dann durchgeführt werden. Das ist bewußte Disziplin. Anders kann ja auch nicht gearbeitet werden, sonst handelt es sich bloß um einen Diskussionszirkel. Unsere Vorstellungen von Kritik und Selbstkritik als Gehirnwäsche war absurd. Wir haben uns durch Einblick in die innerparteiliche Praxis überzeugt, daß die Umsetzung der Beschlüsse, ihre Überprüfung in der Praxis diskutiert werden, und wenn Fehler gemacht werden, werden diese kritisiert und korrigiert.

Aus mehr oder minder egoistischen Gründen hatten wir uns erst einmal entschieden, weiterhin eigenständig zu bleiben. Wir haben die Zusammenarbeit vorsichtig Schritt für Schritt ausgebaut und uns vor allem auch weiterhin mit den Fragen des Parteiaufbaus ideologisch auseinandergesetzt. Aus diesen Gründen haben wir immer noch unsere Eigenständigkeit betont,

auch wenn wir inhaltlich schon weitgehendst an GDS orientiert waren.

5. Schritt: Mit den Dokumenten der 2. Parteikonferenz, an deren Ausarbeitung und Diskussion wir schon im Vorfeld beteiligt waren, erfolgte dann der Zusammenschluß mit WBK und GDS, der aufgrund der vorangegangenen Entwicklung eigentlich die logische Konsequenz war.

Ein Ziel dieser Erklärung ist zum einen, Rechenschaft über unseren Zusammenschluß abzulegen, zum anderen aber auch einen Beitrag zu leisten als Hilfe zur Orientierung anderer Gruppen, die ernsthaft an der Revolution interessiert sind.

Allerdings würde die genauere Behandlung der Linie von GDS sowie die Analyse der anderen Gruppen diesen Rahmen sprengen. Wir werden in unserer Abschlußnummer RB Nr. 12 unter anderem anhand folgender Punkte

- Kommunismus, Sozialismus, Diktatur des Proletariats**
- gewaltsame Revolution und Bürgerkrieg**
- Proletarischer Internationalismus - Kampf gegen den deutschen Chauvinismus**

aufzeigen, daß keine der Gruppen von DKP, PDS über KPD „Ost“ und MLPD bis Arbeiterbund sowie andere sich als kommunistisch verstehende Gruppen ernsthaft an der Perspektive der proletarischen Revolution interessiert sind, sondern in Wirklichkeit tief im revisionistischen und opportunistischen Sumpf stecken und zum größten Teil voll im Fahrwasser des deutschen Chauvinismus schwimmen.

Wir fordern alle an der proletarischen Revolution interessierten Genossinnen und Genossen auf, die Dokumente der zweiten Parteikonferenz „Rot Front Nr. 1“, Nummern und Flugblätter von GDS zu studieren und mit uns zu diskutieren!

II. Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen

Die PDS – Reformistisch, „freundlich“-revisionistisch, staatstreu und gelegentlich pronazistisch

1. Entstehung und Selbstanspruch

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ gründete sich im Zuge der Einverleibung der DDR. Sie übernahm einen gewaltigen Teil der Mitgliedschaft der SED und ihrer führenden Kader. Sie will „ein anderes Deutschland, eine demokratische, soziale, zivile, ökologische und antirassistische Erneuerung der BRD“

„Sie ist Partei im Sinne des Grundgesetzes und wirkt auf dessen Grundlage. Ihr Tätigkeitsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland.“

(Statut der PDS, S. 2)

Bei alledem beruft sie sich hin und wieder auf die Traditionen von Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Sie gibt sich freundlich „pluralistisch“ und „undogmatisch“, irgendwie „links“ und erscheint in vielen Gewändern: a) bundesweit als reformistische Wahlpartei mit klassisch-sozialdemokratischen Inhalten, b) auf dem Gebiet der einverleibten DDR als „Volkspartei“ mit spießbürgerlicher kommunalpolitischer Praxis, c) in der linken Bewegung als Bündnispartner für Demonstrationen, als Geldgeberin und logistische Unterstützerin für verschiedene Projekte, Gruppen und Aktionen, d) je nach Publikum und Gelegenheit sich offen in die Tradition der revisionistischen SED stellend oder diese leugnend.

3. Wesentliche Merkmale

Sie setzt fest auf dem Boden der Ausbeuterordnung des deutschen Imperialismus und

seines Grundgesetzes, gewaltsame Revolution und der Aufbau einer Kommunistischen Partei sind kein Thema. Sie hat nie selbstkritisch mit ihrer Vergangenheit als Regierungspartei des revisionistischen Polizeistaat-Regimes DDR und deren deutsch-chauvinistischer Ideologie und nationalistisch-rassistischer Praxis gebrochen. Diese setzt sie u.a. durch verstärkte Anbiederung an die militante Nazi-Szene fort.

Dazu kommt aggressiver Antikommunismus in Form des sog. „Antistalinismus“.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Ein Teil ihrer Bedeutung ergibt sich aus ihrer Massenbasis auf dem Gebiet der einverleibten DDR und aus ihrem Bestand an vom Staatsapparat der DDR ausgebildeten professionellen revisionistischen Kadern.

Darüber hinaus erlangt sie Attraktivität für Teile der linken Jugendbewegung vor allem auch durch die Möglichkeit, ihren logistischen und finanziellen Apparat für antifaschistische Arbeit und Projekte zu nutzen.

Daraus und aus ihrem weitverzweigten Netz von Peripherie-„Arbeitsgemeinschaften“ („AG Junge GenossInnen“, „AG BWK“, ...) erklärt sich ihr relativ großer Erfolg als Schrittmacher des deutschen Chauvinismus, Pazifismus, Reformismus und Revisionismus bis tief hinein in die linksradikale/antifaschistische Bewegung und ihr gefährlicher Einfluß auf revolutionär orientierte Jugendliche.

Durch das ihr nahestehende ehemalige SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat sie in Form einer Tageszeitung zusätzliche Möglichkeiten der Einflußnahme auf die demokratische Öffentlichkeit.

Schlaglichter zur PDS

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Die PDS beruft sich weder formal dem Namen nach noch inhaltlich auf den Kommunismus oder die Diktatur des Proletariats. Die klassenlose Gesellschaft in der Definition der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus ist nicht Ziel ihres Wirkens, statt dessen strebt sie einen **diffus selbstdefinierten** sogenannten „demokratischen Sozialismus“ an:

„Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (...) für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise lösen.“
(Programm der PDS, S. 7)

Das klingt so freundlich, paradiesisch und sympathisch, weil es so unkonkret gehalten ist, daß auch noch der letzte Pfaffe sich darin wiederfinden kann. Von allem ein bißchen: Ein bißchen Bernstein (Sozialismus als „Bewegung“, nicht als Ziel), ein bißchen Marx („Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“) und **vor allem ein bißchen gewählt werden von den „Menschen“**.

Klassenstandpunkt wird nicht bezogen, weil die PDS keinen hat. Man muß ja auch nicht alles haben, schließlich hat sie einen „Verband der Jungunternehmer in der PDS“ (?). Das ist ja immerhin auch was.

Das hindert sie aber nicht daran, im verleumderischen Stil des Propagandaapparates des deutschen Imperialismus entschieden Position zu beziehen gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, den Aufbau des Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, wie sie in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins unter Führung der Bolschewiki verwirklicht wurde. Es hindert sie nicht an **antikommunistischer Hetze** gegen den „Stalinismus“ ohne jeden Anspruch auf Beleg und Beweisführung:

„Bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus.“
(Programm der PDS, S. 7)

Wie also bricht die Nachfolgepartei der bürokratisch-revisionistischen SED-Herrscherkaste des Polizeistaats DDR selbstkritisch mit „Bürokratie, Willkür und Grausamkeit“? Indem sie verleumderisch mit dem Finger auf die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und auf Stalin zeigt.

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Wie sehr sich die PDS den Kategorien des imperialistischen Weltsystems verschrieben hat, wie sehr sie dabei **den weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsinteressen des deutschen Imperialismus verhaftet** ist, zeigt sich vor allem an Positionen wie den folgenden:

- **Die weltweiten Befreiungskriege der unterdrückten Völker werden im Interesse der Stabilität des imperialistischen Weltsystems zu „unberechenbaren“ „Krisenherden“ erklärt, in einem Atemzug mit „Seuchen“ und „Katastrophen“ aufgezählt:**

„In Asien, Afrika und Lateinamerika verschärfen sich alte und entstehen neue Krisenherde.“
(Programm der PDS, S. 2)

„Unterentwicklung, Verelendung, Massensterben durch Hungersnöte und Seuchen, ökologische Zusammenbrüche und Kriege erzeugen die Gefahr unberechenbarer Katastrophen.“
(Programm der PDS, S. 2)

- Dagegen will die PDS das imperialistische Instrument „UNO“ „reformieren“ und die Instrumente der europäischen Imperialisten zur Versklavung anderer Völker „umbauen“:

„Im Zentrum der sicherheitspolitischen Forderungen der PDS stehen (...) Auflösung von NATO und WEU und ihre Ersetzung durch weltweite und gesamteuropäische kooperative Sicherheitssysteme, insbesondere durch eine demokratische Reform der UNO ...“
(Programm der PDS, S. 21/22)

Für einen „Umbau der „Außen-, Militär- und Handelspolitik“ der „Europäischen Union“ („Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Wahlprogramm der PDS 1994“, S. 19)

- Die sog. „Entwicklungshilfe“ - Instrument des deutschen Imperialismus zur Ausbeutung und Versklavung anderer Völker - wird - leicht modifiziert - verteidigt:

„Die PDS setzt sich dafür ein, daß (...) der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonsozialprodukt der BRD sofort auf die international vereinbarte Höhe von 0,7% gebracht und mittelfristig deutlich erhöht wird.“

(Programm der PDS, S. 20)

- Die „Staatsziele“ will die PDS „ausweiten“, der Staatsapparat der deutschen Bourgeoisie und seine Klassenjustiz wird als „Rechtsstaatlichkeit“ verkauft und die Gerichte werden zu unabhängigen, über den Klassen stehenden Instrumenten der Gerechtigkeit umgelogen:

„Wir wehren uns gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes, wollen seine demokratischen Prinzipien verwirklichen helfen und die Staatsziele und Grundrechte ausweiten...“

(Programm der PDS, S. 9)

„Wir verteidigen die (...) Rechtsstaatlichkeit gegen autoritäre Angriffe und fordern ihren demokratischen Ausbau.“

(„Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Wahlprogramm der PDS 1994“, S. 5)

„Wir wenden uns gegen alle Tendenzen, die Gewaltenteilung faktisch aufzuheben, Gerichte zu Instrumenten der Politik zu machen (...)“

(„Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Wahlprogramm der PDS 1994“, S. 5)

- Verschleierung der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus mit Illusionsmacherei über eine „gleichberechtigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ („Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Wahlprogramm der PDS 1994“, S. 29):

„Wir kämpfen für einen Entwicklungsweg der Bundesrepublik, der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt...“

(Programm der PDS, S. 10)

„Deshalb setzen wir uns für ein gewähltes ostdeutsches Gremium ein, das gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag die Interessen der Ostdeutschen vertritt und die Einhaltung des Einigungsvertrages sichert.“

(„Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Wahlprogramm der PDS 1994“, S. 29)

Noch einmal deutlich: Die PDS kämpft für die „Einhaltung“ des imperialistischen Einigungsvertrages.

- Die gerechten Reparationen für die Nazi-Verbrechen werden im Nazi-Jargon als „Aderlaß“ bezeichnet:

„Ostdeutschland entwickelte sich unter anhaltend ungünstigen äußeren Wirtschaftsbedingungen, litt unter dem Aderlaß der Zahlung von 96% der Reparationen für ganz Deutschland ...“

(Programm der PDS, S. 5/6)

- **Pronazismus:**

Obgleich sich die PDS gerne - je nach „Klientel“ - einen „antifaschistischen“ Anstrich gibt, biedert sie sich mehr und mehr an die Nazi-Szene an. 1996 ließ der PDS-Bürgermeister von Marzahn, Buttler, 1996 Hunderte von Nazis ungehindert aufmarschieren und trifft sich „Genossin“ Ostrowski (ehem. PDS-Vizechefin) nach dem Pogrom von Rostock 1993 mit der Führer der nazistischen „Nationalen Offensive (NO)“, um hinterher zu verkünden, man habe

„sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht (...). Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut.“

(Interview in „Dresdener Neueste Nachrichten“, 09.03.93, siehe auch RB Nr. 10, „Es ist schon längst an der Zeit, über brennende Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren!“, S. 26)

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

- **Statt Solidarität mit den Rebellionen, Aufständen und Befreiungskriegen der „Verdammten dieser Erde“, der unterdrückten Völker - chauvinistisch-pazifistisches Gejammer im Interesse imperialistischer Stabilität:**

„Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab.“

(Programm der PDS, S. 21/22)

Die PDS hat es also nicht nötig, zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu differenzieren. Sie setzt damit z.B. den Kampf des kurdischen Volkes um nationale Befreiung, den Volksaufstand in Albanien gleich mit jedweder imperialistischen Intervention.

- **Statt solidarischer Unterstützung militanter Kämpfe gegen den Polizeiapparat des deutschen Imperialismus - Verleumdung und Verbündung mit dem Berliner Innensenator:**

„An den beiden revolutionären 1.-Mai-Demonstrationen sind wir nicht beteiligt. Sie machen aus unserer Sicht keinen Sinn. (...) Die uns bekannten Aufrufe zu diesen Demonstrationen strotzen nur so von Revolutionsromantik und Verbalradikalismus und gehen an den aktuellen Problemen in dieser Stadt vorbei. Wir fürchten, daß diese Demonstrationen, so wie sie vorbereitet sind, eher dem Innensenator als dem sozialen Protest in dieser Stadt nützen können. Uns bleibt nur die Aufforderung an den Innensenator, diese ‘autonomen’ Kindereien nicht zum Anlaß für ‘Polizeifestspiele’ am 1. Mai auszunutzen.“

(Landesverband der PDS Berlin, zitiert nach: Mitteilungen der KPF 6/96, S. 4)

„Autonome Kindereien“ sind es also, wenn wir mal zurückschlagen. Und das angeblich „linke“ Alibi innerhalb der PDS, A. Marquardt:

„Ich habe zwar bunte Haare, aber werfe trotzdem keine Steine!“
(Angela Marquardt 1995 im ZDF)

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei

Keine, denn:

„in der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensezten wollen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

(Programm der PDS, S. 21/22)

Die „Kommunistische Plattform der PDS“: Linkes Alibi einer staatstragenden Partei, breschnew-revisionistisch

1. Entstehung und Selbstanspruch

Die KPF der PDS begreift sich als „offen tätiger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS“. (Statut der KPF, Präambel, §1) Sie will

„keine andere Partei. Wir wollen eine bessere PDS.“ (...) Die KPF ist Teil der PDS und will es bleiben (...) Bleiben wir beim Parteiprogramm, ohne Kommentar...“

(„Auch wir sind in großer Sorge!“, Dokument des Bundeskoordinierungskongresses der KPF, in: „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 7/95“, S. 7 u. 16)

Sie beruft sich auf die Oktoberrevolution, bezieht sich u.a. auf „Marx und Engels, (...) Lenin, Trotzki, Rosa Luxemburg, Gramsci, Liebknecht und Thälmann“ (Prof. Michael Benjamin, Diskussionsbeitrag „Kommunisten, Kommunismus und PDS“ auf der 7. Bundeskonferenz der KPF der PDS, in: „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/96“, S. 5).

„Sie strebt insbesondere die Zusammenarbeit mit allen an, die mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zum bestehenden kapitalistischen System aktiv in politischen, sozialen und anderen Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen“
(Statut der KPF, Praambel, §2)

und forciert die Zusammenarbeit mit der DKP und der „Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung“.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Sie pflegt ihr Image als linkester, unbequemer Teil der PDS sehr sorgfältig.

Dabei ist sie bemüht, in der PDS immer ein bißchen deplaziert zu wirken - gerade aufsäsig genug, um von der Parteispitze immer ein

bißchen bekämpft zu werden und die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Die typische Geste ist das Sonnen in ihrer Ausgegrenztheit.

3. Wesentliche Merkmale

Ähnlich wie für die Gesamt-PDS kann auch bei der KPF die Prinzipienlosigkeit als wesentlicher Charakterzug hervorgehoben werden, allerdings in linkerem Gewand. Sie bedient sich eklektisch jeden Vokabulars, was geeignet scheint, Assoziationen an revolutionäre Ideen zu wecken.

So ist sie immer „bemüht (...), die Begriffe Kommunismus, Kommunist und Antikommunismus für unsere Zeit zu modifizieren (...)“
(„Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/95“, S. 29)

Der gut in Szene gesetzte „Stalinismusvorwurf“ gegen die KPF fungiert als ihr Stichwortgeber für Verleumdungen gegen Stalin und die sozialistische Sowjetunion.

In der Abgrenzung gegen revolutionäre Gewalt steht sie ihrer Mutterpartei in puncto Pazifismus in nichts nach.

Ideologische Grundlage ihrer Funktion als Bindeglied zwischen wirklich linken und an der Revolution orientierten Kräften und der staatstragenden PDS-Ideologie ist Opportunismus und Revisionismus von tendenziell breschnewistischer Prägung.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Ein nicht zu unterschätzender Faktor der KPF-Attraktivität ist ihre „Galionsfigur“ Sahra Wagenknecht.

Schlaglichter zur „Kommunistische Plattform der PDS“

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Der führende KPF-Funktionär Benjamin „definiert“ den Kommunismus folgendermaßen:

„Oft werden wir gefragt, was wir unter Kommunismus verstehen. Meine Sicht dazu ist: Kommunismus ist das Ergebnis einer großen Strömung in der deutschen (!?) Arbeiterbewegung, die ihre Wurzeln tief in der Geschichte hat und damit Teil der PDS-Tradition ist. Die Tradition beginnt mindestens beim utopischen Kommunismus u.a. von Babeuf und Weitling, wurde wissenschaftlich begründet von Marx und Engels, fortgeführt von Lenin, Trotzki (!?). Rosa Luxemburg, Gramsci, Liebknecht und Thälmann, bis in die Gegenwart.“

(Prof. Michael Benjamin Diskussionsbeitrag „Kommunisten, Kommunismus und PDS“ auf der 7. Bundeskonferenz der KPF der PDS, M. 6/96 S. 5)

Auch eine theoretisch fundierte, klare Haltung der KPF zur Diktatur des Proletariats sucht man vergebens. Die vielleicht klarste theoretische Haltung der KPF zur Diktatur des Proletariats:

„ich weiß nicht, weshalb der Kommunistischen Plattform eine Vorliebe für diktatorische Mittel unterstellt wird...“

(Sahra Wagenknecht im Interview mit H.-D. Schütt, „junge Welt“ vom 09.06.95)

Was man dagegen zuhauf findet, ist antikommunistische Abgrenzung gegen die Praxis der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion unter Führung der KPdSU (B) und Genossen Stalins. Da wird ganz ungehemmt mit bürgerlichen Verleumdungen gearbeitet und das ganze trotzkistische, revisionistische Repertoire „...derart eklatanter Verletzungen sozialistischer Gesetzlichkeit in der Stalinzeit und der damit verbunden Deformation auf die Entwicklung des früheren Sozialismus...“ abgespielt:

„Unrecht, Terror, Deportation ganzer Völker, Dezimierung der Kommunisten, Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender oder einfach mißliebig Gewordener“

(„Zur ‘Stalinismusdebatte’, in: „Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/95“, S. 9 u. 10-11)

Im gleichen Geist wurde die Debatte um die Reaktion auf die von Bisky, Gysi und Modrow geforderte Unvereinbarkeitsklausel für „stalinistische“ Positionen geführt. Als Änderungsantrag für das Programm der PDS setzt Heinz Marohn von der KPF der Formulierung des Parteivorstands „entgegen“:

„Das gilt ebenso für Auffassungen, in denen die Verbrechen, die unter dem Regime Stalins begangen wurden, gerechtfertigt oder verherrlicht werden.“

(„Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/95“, S. 14)

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Greifen wir ein Beispiel heraus, was das für die KPF z.B. für das Recht der kurdischen Nation auf staatliche Lostrennung heißt:

„Die kollektive Notwehr der Kurden ist legitim, wenn sie sich mit den Interessen der arbeitenden Türken, Iranern, Irakern und Syrern wie auch der Deutschen verbindet.“

(„Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/95“, S. 43)

„Legitim, wenn..“ sie den Interessen der Deutschen nutzt - - das ist alles andere als solidarisch oder internationalistisch, das ist der **Blick des deutschen Chauvinisten**, der Bedingungen stellt.

Der gleiche Artikel trägt noch dicker auf, wenn er das Recht des kurdischen Volkes auf einen eigenen Staat mit Füßen tritt, wenn er die Gefahr einer „*ethnische Zeitbombe*“ heraufbeschwört, wenn der kurdische nationale Befreiungskampf siegreich sein wird.

- **Die Haltung der KPF der PDS zum deutschen Imperialismus läßt sich beispielhaft und aufschlußreich an ihrem Verhältnis zum Grundgesetz der BRD aufzeigen:**

Sie will definitiv keine Revolution, meint aber

„*daß die gegenwärtigen Mechanismen, vermittels derer das große Kapital seine Herrschaft zementiert, durchbrochen werden müssen.*“

Das heißt nicht Abschaffung der Vertretungskörperschaften und berührt überhaupt nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung“

„Dem Grundgesetz widerspricht unser Streben nach Überwindung der Kapitalherrschaft keinesfalls.“

„Das Grundgesetz legt fest, und wir bekennen uns dazu:

... den Grundsatz der Gewährleistung des Eigentums“

(Prof. Michael Benjamin, Diskussionsbeitrag „Kommunisten, Kommunismus und PDS“ auf der 7. Bundeskonferenz der KPF der PDS, in: „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 6/96“, S. 6, 7 u. 8)

Die KPF reißt sich hier fast ein Bein aus, um der Bourgeoisie zu beweisen, daß sie zwar die „Kapitalherrschaft“ überwinden wollen, aber doch „brave Kommunisten“ sind, die nicht im Traum daran denken, der Bourgeoisie ihr Eigentum abzunehmen oder gar das System der Ausbeutung anzugreifen. Oder noch deutlicher:

„... nicht minder stehen wir zum Widerstandsrecht eines jeden Deutschen gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen.“

(ebenda)

Hier zeigt sich ganz offen die konterrevolutionäre Potenz der KPF, indem sie allen, die wirklich revolutionär für die Zerschlagung des Staatsapparats des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution arbeiten, ihren Widerstand ankündigt.

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Wie zu erwarten war, ist für die KPF revolutionäre Gewalt, wenn überhaupt legitim, allenfalls ein „notwendiges Übel“, keinesfalls ureigenste Emanzipationsnotwendigkeit für die unterdrückten Massen des Proletariats und seine Verbündeten. Die Galionsfigur kommt zu Wort:

„In der Vergangenheit waren es ja zunächst vor allem die Aktivitäten der Reaktion, die die sozialistischen Kräfte zwangen, zur Gewalt zu greifen.“

(Sahra Wagenknecht im Interview mit H.-D. Schütt, „junge Welt“ vom 09.06.95)

In der politischen Konsequenz distanziert sich die KPF z.B. wie gesamte PDS vom militanten Widerstand gegen die Polizeiangeleide auf die beiden revolutionären 1.-Mai-Demos in Berlin und ist bemüht, politische Kämpfe sozialarbeiterisch zu entpolitisieren und zu diffamieren:

„Wir halten Steinwürfe für keine Methode sich zu wehren. Auch dann nicht, wenn die Polizei unverschämt provoziert. Denn: Warum wohl provoziert sie? Vor allem aber meinen wir: Es muß mehr über Gründe - so die soziale Lage - für die tiefe Abneigung Jugendlicher gegen die Herrschaftsstrukturen in diesem Land nachgedacht werden, als über die Art und Weise, wie sich Frust entlädt.“

(„Einige Überlegungen zur aktuellen Lage in Vorbereitung des 5. Parteitages“, Bundessprecherrat und Berliner Aktiv der KPF der PDS, 11.5.96, in „Mitteilungen ...“ 6/96, S. 4)

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei

Die KPF will keine Klassenpartei, sondern die PDS

„als plurale Partei, unter deren Abgeordneten sich Arbeiter und Adlige, Schriftsteller, Pfarrer und Gewerkschaftsfunktionäre, DDR-Kritiker und ehemalige Funktionäre der SED, Nichtkommunisten und Kommunisten befinden.“

(„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“ 7/95, S. 10)

Buchbesprechungen:

1.) „Zu jung, um wahr zu sein? - Gespräche mit Sahra Wagenknecht“, Berlin, 1995

Vorbemerkung:

Dieses Buch enthält neben drei kurzen Artikeln von Wagenknecht Interviews von Schütt mit Wagenknecht, die vor allem uninteressant sind.⁸ Einige revisionistische und opportunistische Positionen Wagenknechts werden hier aber besonders deutlich und sollen deshalb knapp herausgezogen werden. Wer die Auftritte Wagenknechts in diversen Talkshows gesehen hat, die eigentlich schon mehr Vorführungen Wagenknechts waren, wird darüber nicht überrascht sein. Hier ist es einfach schriftlich formuliert.

● Wagenknecht distanziert sich mit antikommunistischen Verleumdungen von ihrer eigenen „linken“ Demagogie

Wagenknecht war mit einem Schlag bekannt geworden durch ihren Artikel in den „Weißenseer Blättern“. Schütt hält Wagenknecht daraus den folgenden **richtigen** Satz entgegen:

„Nicht zu leugnen ist, daß Stalins Politik - in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise - als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten kann.“ (S.40)

Wagenknecht distanziert sich nunmehr auf erbärmliche Weise gerade von dieser richtigen Feststellung, die sie leicht verteidigen und belegen könnte, wenn sie wirklich eine Kommunistin wäre:

„Ja, diese Stelle wird mir immer wieder um die Ohren gehauen. Daß so, wie ich es getan habe, mit sowjetischer Geschichte nicht umgegangen werden kann, habe ich in der Debatte eingesehen. Ich muß allerdings auch sagen: Ich finde es nicht besonders fair, wenn einfach nicht zur Kenntnis genommen wird, wenn man sich von einem einmal gemachten Fehler bereits distanziert hat. Ich habe zu dieser Passage meines Artikels sowohl im Parteivorstand als auch vor dem damaligen

⁸ Kostprobe:

„Schütt: Wieviel Zeit verbringen Sie vor dem Spiegel?
Wagenknecht: Ich will nicht schwindeln: nicht wenig.“ (S.158)

Parteitag Stellung genommen, und es ist für mich nicht recht nachvollziehbar, weshalb nach wie vor - als wäre dies nie geschehen - darauf herumgeritten wird. Es ging und geht mir nicht um die Rechtfertigung von Verbrechen, sondern darum, daß es unhistorisch und geschichtsverfälschend ist, drei Jahrzehnte sowjetischer Entwicklung auf Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren. Zu jener Epoche gehört eben auch ein gigantisches Industrialisierungsprogramm, die Modernisierung...“ (S.40)

Dem antikommunistischen Hauptvorwurf der „Menschenrechtsverletzungen“ und „Verbrechen“ stimmt Wagenknecht also zu, will nur nicht alles darauf reduzieren. Als Kronzeugen zitiert sie dann ausgerechnet den Renegaten und Trotzkisten Deutscher, der Stalin „in die Reihe der großen revolutionären **Despoten**“ stellt (S.41).

Absolut übel ist auch, wie Wagenknecht die Antistalinisten mit dem Argument beruhigt, die Dreißigerjahre der Sowjetunion könnten sich sowieso nicht mehr wiederholen:

„Keine Frage, was in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion geschehen ist, das darf sich nie wiederholen. Und es wird sich nicht wiederholen. Der Sozialismus wird nie wieder unter Bedingungen aufgebaut werden müssen, die denen in der Sowjetunion jener Zeit auch nur ähneln.“ (S.50)

Also keine Diktatur des Proletariats, kein verschärfter Klassenkampf mehr?!¹⁰

Denselben reaktionären Blödsinn behauptet Wagenknecht auch in Bezug auf die angebliche Unwiederholbarkeit einer Situation wie nach 1945:

„Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Rote Armee die Umwandlungen in Osteuropa stützen konnte, ist geschichtlich unwiederholbar.“ (S.47)

Welthistorisch betrachtet stimmt dies natürlich nicht: Wenn es wieder eine Staatsmacht der Diktatur des Proletariats in einem Land oder in mehreren Ländern geben wird, dann werden diese selbstverständlich erforderlichenfalls auch wieder militärisch gegen imperialistische und faschistische Aggressoren vorgehen und revolutionäre Umgestaltungen in anderen Ländern unterstützen!

Ulbricht hat nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU verkündet, eine „Entstalinisierung“ sei in der DDR nicht nötig, weil es dort einen „Stalinismus“ nicht gegeben habe. Als getreue Schülerin von Ulbricht, dessen Politik bis weit in die Sechzigerjahre hinein sie als wahres Vorbild propagiert, verkündet Wagenknecht:

„Ich meine, es gibt ja eben nicht nur die sowjetische Geschichte, es gibt die DDR-Geschichte, wo sich so etwas wie unter Stalin nie vollzogen hat.“ (S.60)

Ausgerechnet die extremen revisionistischen Ulbricht-„Reformen“ werden von Wagenknecht in den höchsten Tönen gepriesen:

„Es ging um Selbstorganisation, um Rückkopplungsmechanismus, es ging darum, Planung und Markt in ein neues Verhältnis zu bringen. Angedacht wurden neue Rechtsformen in der Wirtschaft, neue Mitbestimmungsmechanismen in den Betrieben. Es ging um Gewinnorientierung und um die Durchsetzung des Leistungsprinzips.“ (S.139)

Sozialismus, das setzt für Wagenknecht sowieso nicht die Diktatur der Arbeiterklasse voraus. Sie ist eine revisionistische Verstaatlichungsfetischistin. So behauptet sie:

„Mit der DDR verschwand das gesellschaftliche Eigentum und wurde in privatkapitalistisches rückverwandelt.“ (S.36)

¹⁰ Wagenknecht stößt, offenbar inspiriert von Deutscher, den sie mehrmals als Autorität anführt, offen ins Horn der antikommunistischen Verleumdungen der sozialistischen UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins. Entgegen allen Tatsachen faselt sie:

„Das wachsende Erlahmen der Selbsttätigkeit der sowjetischen Arbeiterklasse ist ab 1920 objektiv auf Hunger und Desorganisation der Wirtschaft, subjektiv auf die schwindende Hoffnung auf die Weltrevolution zurückzuführen.“ (S.53)

Das **Kriterium** ist für Wagenknecht nicht Diktatur des Proletariats/proletarische Demokratie kontra Diktatur der Bourgeoisie, sondern einfach die äußere Form der Eigentumsverhältnisse. So wird denn faktisch die revisionistische Diktatur dann einfach ein Überbau über der sozialistischen Basis, wenn sie schreibt:

„Sozialismus ist an eine bestimmte gesellschaftliche Gesellschaftsstruktur geknüpft, und auf dieser Basis sind dann bessere oder schlechtere Ausgestaltungen möglich.“ (S.43)

Die DDR war laut Wagenknechts Darstellung von Anfang bis Ende „das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben“¹⁾ (S.23), als ob die revisionistische DDR nicht Teil des imperialistischen Warschauer Pakts gewesen sei, als ob die DDR-Armee sich 1968 nicht an der sozialimperialistischen Aggression gegen die Tschechoslowakei beteiligt hätte...

Den wissenschaftlichen Kommunismus lässt Wagenknecht nicht als Maßstab zur Beurteilung der DDR gelten. Demagogisch stellt sie fest:

„Die Alternative zur DDR war nicht die Utopie, sondern die DDR.“ (S.44)

Mit diesem prinzipienlosen Pragmatismus lässt sich jede Versöhnung mit der Reaktion mit dem Hinweis auf ein „größeres Übel“ rechtfertigen.

● Der grundlegende Reformismus Wagenknechts

Natürlich wurde und wird Wagenknecht bei ihren diversen Auftritten vor bürgerlichen Medien immer wieder in Bezug auf die „Gewaltfrage“ ausgequetscht und in die Enge getrieben. Gerade in dieser offenen Konfrontation zeigt sich aber, was die Positionen von Wagenknecht wert sind. Schließlich tritt sie mit dem Anspruch einer Wortführerin der sogenannten „Kommunistischen Plattform“ auf. Auf keinen Fall will Wagenknecht in den Verdacht geraten, „Verfassungsfeind“ zu sein. Da windet und wendet sie sich:

„Das Grundgesetz ist ziemlich weit gefaßt. Sogar Veränderungen der Eigentumsverhältnisse sind da nicht ausgeschlossen. Insofern arbeiten wir nicht gegen die Verfassung, sondern gegen die Verfassungswirklichkeit...“

Bezogen auf die Verfassung haben wir die PDS-Politik immer für richtig gehalten...“ (S.46)

Wagenknecht kann es sich daher auch nicht erklären, warum die Plattform diesbezüglich so schief angesehen werde:

„Ich weiß nicht, weshalb der Kommunistischen Plattform eine Vorliebe für diktatorische Mittel unterstellt wird... Sozialistische Ziele sind nicht durchsetzbar, wenn Mehrheiten sie nicht unterstützen“ (S.47)

Nun, das kommt wohl daher, daß Wagenknecht mit Artikeln wie in den „Weißenseer Blättern“ sich zunächst einen revolutionären Ruf erworben hat, hinter dem aber, wie sie selbst bemerkt, nichts dahinter ist.

Bemerkenswert ist hier, daß ganz nach bürgerlich-revisionistischem Muster „diktatorisch“ und „Mehrheiten“ als unvereinbare Gegensätze hingestellt werden.

Die revolutionäre Gewalt wird lediglich als defensive Reaktion auf die vorherigen Aktivitäten der Reaktion gesehen und davon abhängig gemacht, „wie sich die anderen Kräfte verhalten“ (S.47).

● Sonstiger reaktionärer Unsinn

1) Wagenknecht propagiert genau wie es die Revisionisten immer wieder getan haben (was sie nicht hinderte, mit der RAF einen Kuhhandel zu betreiben, der dem eigentlich aber auch entsprach, indem die RAF in die revisionistische Obhut genommen wurde):

„Die RAF öffnete dem Antikommunismus die letzten Schleusen.“
(S.136)

2) Wagenknecht hält die Sichtweise für völlig falsch, die „von dem Vorurteil ausging, die Hegelsche Philosophie sei idealistisch.“ (S. 83) Wozu mußte Marx dann die Hegelsche Dialektik vom Kopf auf die Füße stellen??

3) Ganz im deutsch-chauvinistischen Fahrwasser zählt Wagenknecht zu den „entsetzlichen Anfangsbedingungen“ der DDR „Kriegsfolgen, **Reparationen**, Teilung des deutschen Wirtschaftsräumes und westliche Blockade, offene westliche Einwirkungsmöglichkeiten usw.“ (S. 41/42)

■ ■ ■

2.) *Sahra Wagenknecht, "Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung, Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt", Bonn 1995*

Dieses Buch stellt sich als ein Beitrag vor zur Erklärung, warum es 1989/1990 zur „bisher schwersten Niederlage“ der angeblich „sozialistischen Weltbewegung“ gekommen sei (S.7).¹¹

In der „Vorbemerkung“ heißt es, dieses Buch untersuche nur „das **äußere** Bedingungsgefüge“ (S.7) des Bankrotts der revisionistischen Herrschaftsform. Grundthese ist, daß nicht die Drohungen des „kalten Kriegs“, sondern die „friedliche Durchdringung“ (Kennedy-Taktik, „Neue Ostpolitik“, Helsinki...) entscheidend gewesen seien.

„Die indirekte Strategie war der entscheidende Hebel mittels dessen die Niederwerfung des ersten Sozialismus gelang.“ (S.9)

Wagenknecht referiert darüber vor allem imperialistische Veröffentlichungen, die ihr als Hauptquelle dienen.¹² Wagenknecht gibt nach rund 160 Seiten zu, daß die äußeren Bedingungen die Niederlage nicht erklären können:

„Unbeantwortet bleibt die - letztlich alles entscheidende - Frage, was die sozialistische Seite bewogen haben mag, sich auf die imperialistischen Strategien einzulassen? Erst dadurch immerhin wurden diese realisierbar.“

(S.166)

Ein Prüfstein: Die Haltung zum 20. Parteitag 1956

Auf gut fünf Seiten schreibt Wagenknecht in einem „Nachtrag“ dann, „in welche Richtung die Überlegungen der Verfasserin diesbezüglich gehen.“ (S. 166). Am Prüfstein „Haltung zum 20. Parteitag“ zeigt sich dann besonders deutlich der durch und durch opportunistische, grundlegend revisionistische Standpunkt Wagenknechts.

Wagenknecht schreibt zwar, daß der 20. Parteitag die

„Revision grundlegender Thesen des Marxismus-Leninismus (etwa die Akzeptanz eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus; die Neubestimmung des Verhältnisses zur westeuropäischen Sozialdemokratie usw.)“

(S. 34)

¹¹ Alle Zitatangaben, sofern nicht anders angegeben, beziehen sich auf das Buch selbst.

¹² Wagenknecht hat insgesamt 417 Quellenangaben. Dabei sind allein die Quellenverweise Nr. 50 bis 112 aus Kennedys Buch „Der Weg zum Frieden“ (1961) sowie die Verweise 113 bis 215 aus Brzezinskis „Alternative zur Teilung - Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik“ (1966).

war. Aber welche Bedeutung mißt sie dem bei? Angeblich war dieser revisionistische Parteitag nur Ausdruck von "wachsenden opportunistischen **Tendenzen**" (S.34, vgl. auch S.62 und S.89).

Konterrevolutionäre Revisionisten sieht Wagenknecht dabei nicht am Werk und an der Macht:

"All das jedoch geschah nicht, weil die erfahrene und marxistisch gebildete KPdSU-Spitze unversehens die Notwendigkeiten und Ziele sozialistischer Politik vergessen hatte bzw. die revisionistischen Thesen plötzlich für die richtigen hielt; (eine solche Annahme wäre absurd). Es geschah, weil die Sowjetunion durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert und durch das nukleare Übergewicht des Westens partiell erpreßbar war; weil sie aufs dringendste eine Atempause benötigte, um ihre Wirtschaft zu sanieren und vor allem um ihren Rückstand im Nuklearbereich zu verringern." (S.166)

In dieser Situation hätte sich die SU-Führung gerade auch mit den revisionistischen Thesen des 20. Parteitags zu einem "bewußten Zugeständnis an die westliche Seite" (S.55) entschlossen, der als "taktischer Kompromiß" (S.167) verstanden und beurteilt werden müsse. Wagenknecht nimmt die Chruschtschow-Breshnew-Linie und Politik grundlegend in Schutz:

*"Der Kompromißkurs hatte geleistet, was er hatte leisten sollen: der russische und osteuropäische Sozialismus hatte eine extrem ungünstige und gefährliche Periode überlebt. Überlebt um den Preis großer politischer und ideologischer Konzessionen; aber immerhin überlebt."*¹³ (S.167)

Der Einmarsch der sozialimperialistischen Truppen 1968 in die CSSR wird legitimiert

Wagenknecht legt Wert darauf, streng zwischen Chruschtschow und Breshnew einerseits und deren Nachfolgern andererseits zu unterscheiden:

"Die sowjetische Entspannungspolitik der Chruschtschow- und Breshnew-Ära ist damit nicht gleichzusetzen. Sie war subjektiv immer aufrichtige Friedenspolitik." (S.171)

"Die Entspannungsideologie wirkte also zunächst tatsächlich antiimperialistisch." (S.58)

Die sozialimperialistische Aggression gegen die Tschechoslowakei 1968 begrüßt sie als "die Niederwerfung der Prager Konterrevolution durch sowjetische Truppen". (S.153)

Prinzipienschacher - Na und?

Wagenknecht ist sich im Grunde völlig im klaren darüber, daß es völlig prinzipienlos ist, den ideo-logischen und theoretischen Revisionismus, welcher der kapitalistischen Restauration diente, als "taktischen Kompromiß" hinzustellen. Annähernd korrekt referiert sie, was Lenin im Zusammenhang mit Brest-Litowsk über zwei prinzipiellen Grenzen von taktischen Kompromissen festgestellt hat:

"dies ist 1. der Erhalt des sozialistischen Bewußtseins, d.h. die Zugeständnisse dürfen nicht die sozialistische Ideologie selbst berühren; und dies ist 2. der Erhalt der langfristigen Klassenstrategie, d.h. die Zugeständnisse dürfen sich nur auf die taktische, nicht aber auf die strategische Orientierung beziehen." (S.169)

Wagenknecht selbst muß immerhin zugeben:

¹³ Diese Erklärung ist schon deshalb völlig absurd, weil die Lage der Sowjetunion Mitte der Fünfzigerjahre viel weniger ungünstig oder gefährlich war als in den Jahrzehnten davor, in denen eine wirklich revolutionäre Politik betrieben wurde. Seit Kriegsende war die UdSSR wirtschaftlich wieder erstarkt. Das Atommonopol der Imperialisten war auch schon längst gebrochen, die Volksrevolution in China hatte gesiegt, es gab mehrere volksdemokratische bzw. am Sozialismus orientierte Länder.

"Die im Rahmen der Entspannungspolitik östlicherseits eingegangenen Konzessionen bezogen sich genau auf jene beiden Bereiche (Strategie und Ideologie), bezüglich derer Lenin mit Blick auf die Folgewirkung von jeglichen Zugeständnissen abgeraten hätte."
(S.170)

Auch die seichte Wortwahl "abgeraten" für Verrat zeigt den Opportunismus. Wagenknecht übergeht völlig prinzipienlos die entscheidende Tatsache, daß die sozialistische Ideologie und Orientierung durch die Linie und Politik des 20. Parteitags völlig revidiert und verworfen wurde und damit keinerlei sozialistische Vorwärtsentwicklung mehr möglich war, sondern eine neue bürgerliche Ausbeuterdiktatur errichtet wurde. Der entscheidende qualitative Einschnitt, der Machtantritt der modernen Revisionisten, wird geleugnet und übergangen mit Geschwätz vom "*langwierigen Prozeß*" (S.81).

Die politische und ideologische Erosion habe erst wirklich stattgefunden, als "die revisionistischen Thesen aus einem **bewußten Zugeständnis** an die westliche Seite zur *eigenen Überzeugung* geworden waren." (S.55) Belüge ruhig die internationale Arbeiterklasse mit Thesen dem angeblich möglichen "*friedlichen Weg*" usw., das alles ist halb so schlimm und im Rahmen des "*taktisch zulässigen*", solange du selbst nicht daran glaubst!

Die Vorstellung, daß auf dem Gebiet der Taktik jeder "*Schmäh*" erlaubt sei, ist schon revisionistisch. Dies aber erklärtermaßen auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus auszudehnen, schlägt dem Faß den Boden aus! Wer mit einer solchen Schachermentalität¹⁴ an die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus herangeht, bei dem oder der muß mit jeder politischen Schweinerei gerechnet werden!

Fazit:

Wagenknecht ist eine der Wortführerin der breshnewistischen Kräfte, die **heute** zwar mehr oder minder zugeben, daß die revisionistischen Thesen des 20. Parteitags "nicht das Gelbe vom Ei" waren, daß die plumpen antistalinistische Hetze auch "nicht das Wahre" gewesen sei, deren wirkliche Position dann aber durchbricht, wenn sie sich darüber ereifern, daß in den Jahren danach da oder dort halt hätte "mehr durchgegriffen" werden sollen, die Revisionisten sich hätten klüger und zielführender verhalten sollen, um den "*Zusammenbruch*" bzw. den "*Ausverkauf*" der revisionistischen Regimes abzuwenden. Bei alledem wollen diese Kräfte vor allem eins nicht: Klarheit schaffen über die wirklichen Ursachen der Restauration des Kapitalismus in der ehemals sozialistischen UdSSR.

¹⁴ Die sozialistische Ideologie ist für Wagenknecht nur eine Art Handelsware. So erscheint die ideologische Auseinandersetzung zwischen der sowjetischen revisionistischen Führung und der KP Chinas lediglich unter dem Blickwinkel der militärischen "*Schwierigkeiten*" für die SU-Führung:

"Die wichtigsten Schwierigkeiten, vor denen die sowjetische Führung in den sechziger Jahren stand, waren: militärisch: der Konflikt mit China ..."

"Die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China gab dem Imperialismus die Möglichkeit, durch Annäherung an China die Sowjetunion unmittelbar zu erpressen."
(S.61)

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP): Erzrevisionistisch

1. Entstehung und Selbstanspruch

Die DKP wurde 1968 gegründet.

Wöchentlich erscheint ihr Zentralorgan „UZ - Unsere Zeit“, sie besitzt einen eigenen Verlagsapparat und hält sich als Jugendorganisation die „SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“.

„Als marxistische Partei ist die DKP eine politische Organisation der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten. Ziel der DKP ist der Kommunismus (...)“

(Statut der DKP, S. 1)

Sagt sie.

„Die Partei, die Partei, die hat immer Recht.“ (alter revisionistischer SED-Schlager)

Singt sie.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Sie erscheint in ihrer Berufung auf die Kampftradition der revolutionären KPD als eine gewisse historische Autorität.

Das gelingt ihr, indem sie den kommunistischen und antifaschistischen Kampf ehemaliger KPD-Genossen oder alten AntifaschistInnen, die zu Revisionisten geworden und nun in DKP oder VVN organisiert sind, für ihre revisionistische Selbstdarstellung ausnutzt.

3. Wesentliche Merkmale

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ war seit ihrer Gründung Hauptvertreter des modernen Revisionismus in Westdeutschland,

treuer Vasall der revisionistischen DDR und der sozialimperialistischen Sowjetunion und ihrer herrschenden Parteibürokratie.

Immer auf der Linie des 20. Parteitags der KPdSU und der SED machte sie zum Zentrum ihrer Theorie und Praxis die Propagierung des „friedlichen Wegs“ zum Sozialismus und die Verherrlichung des revisionistischen Polizeistaats DDR und der sozialimperialistischen Sowjetunion bei jeder Gelegenheit.

Damit war sie konterrevolutionärer Hauptschrittmacher des modernen Revisionismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung und zeitweise („Friedensbewegung“) führend am rechten, bürgerlichen Rand der außerparlamentarischer Bewegungen.

Daneben zeichnet sie sich durch permanent offensiv vertretenen deutschen Nationalismus aus, nicht umsonst hat sie sich den Namen „Deutsche Kommunistische Partei“ gegeben und bewußt auf die sachliche Benennung des Arbeitsgebiets wie etwa „Kommunistische Partei Deutschlands“ verzichtet.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Ihre Verankerung in der antifaschistischen Bewegung geschieht vor allem über ihren Abzweig „VVN/BdA - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“.

Seit der Einverleibung der DDR und dem Zusammenbruch der revisionistischen Staaten ist die DKP stark geschwächt, gilt als „Bündnispartner“ für diverse, sich früher als „antirevisionistisch“ verehrenden Kräfte wie der „Arbeiterbund“ Schlaglichter zur DKP

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Die DKP behauptet von sich selbst:

„Ziel der DKP ist der Kommunismus (...) Als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung orientiert sich die DKP an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Weiterentwicklung sie fördert.“

(Statut der DKP, S. 1)

Was sie unter diesem Schlagwort der „Weiterentwicklung“ - wahlweise auch „auf veränderte Bedingungen neue Antworten finden“ („Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP, 1993“, S. 5) - im Windschatten des 20. Parteitags der KPdSU an Revision des wissenschaftlichen Kommunismus betrieben hat und noch betreibt, füllt ganze Bibliotheken. Die wichtigsten Punkte des modernen Revisionismus der DKP sind folgende:

- **Leugnung der notwendigen Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und der proletarischen Revolution durch allgemeine Phrasen über die „Überwindung des Kapitalismus“ und klassenunspezifisches Gerede von den „Menschen“**

„Zur Lösung der Probleme muß das kapitalistische System nicht nur sozial und ökologisch umgestaltet und verbessert, sondern überwunden werden. Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht allein auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können.“

(„Aktionsprogramm der DKP“, S. 11)

Wir wollen hier nur folgendes anmerken: Zum einen wird mit der allgemeinen Formulierung „revolutionärer Bruch“ eine allgemein gehaltene These benutzt und die Kernfrage verschleiert, daß dieser Bruch **nicht** gewaltlos, nicht ohne den Bürgerkrieg des Proletariats zur Zerschlagung des Staatsapparates durchgeführt werden kann. Zum anderen wird mit der revisionistischen These über eine Gesellschaftsordnung, „in der sich alle Menschen in gleicher Weise frei entfalten können“, der Kerngedanke des Marxismus angegriffen und über Bord geworfen, daß nämlich das Proletariat auf dem Weg zum Kommunismus die Ausbeuter und Reaktionäre diktatorisch unterdrücken muß. In dieser Logik der spontanen Entwicklung, die die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten ohne revolutionäre, zielklare Führung lassen und damit waffenlos der Konterrevolution überlassen will, lehnt die DKP eben auch die Diktatur des Proletariats, die gewaltsame Unterdrückung aller Reaktionäre und Ausbeuter ab.

- **Die revisionistische „Alternative“ zum Kapitalismus - die Illusion einer „antimonopolistischen Demokratie“**

Eine besondere Masche der DKP und des modernen Revisionismus ist das ganz falsche, theoretische Konstrukt von „zwei Fraktionen“ der Bourgeoisie - einer „monopolistischen“ und einer irgendwie „nichtmonopolistischen“ - und letztere sind für die DKP sozusagen „handzahm“, mit denen sie sich alles bis hin zu „Allianzen“ vorstellen kann. Aus dieser Verwässerung des wissenschaftlichen Kommunismus entwickelt sie das illusionäre Modell einer „antimonopolistischen Demokratie“. Damit leugnet sie den Klassencharakter des imperialistischen Staates und propagiert einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, retuschiert die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Revolution weg:

„Die Abwehr- und Reformkämpfe werden sich über eine ganze Epoche hinziehen (...) In diesem Kampf wächst das Selbstbewußtsein der arbeitenden Menschen, verändern sich die Kräfteverhältnisse, entstehen Voraussetzungen für grundlegende, antimonopolistische, demokratische Umgestaltungen, für die Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie, mit der günstigere Bedingungen für die Öffnung des Weges zum Sozialismus geschaffen werden können.“

(„Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“, S. 4)

- **Statt Unterordnung des demokratischen Kampfs um Reformen unter die Revolution - der Kampf um Reformen als „entscheidende Frage“**

So heißt es im „Aktionsprogramm der DKP“ in klassisch-sozialdemokratischem Reformismus - bezeichnender- und dreisterweise auch noch unter der Überschrift „Was tun?“:

„Die entscheidende Frage heute ist, ob Widerstand entwickelt werden kann, der diese Verhängnisvolle Politik der Regierungsparteien und Unternehmerverbände stoppen kann und ob Mehrheiten für Reformen gewonnen werden können.“

(S. 7)

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Die DKP fordert:

„Wir treten demgegenüber ein für eine neue Weltwirtschaftsordnung, für die Durchsetzung gleichberechtigter partnerschaftlicher ökonomischer und politischer Beziehungen aller Nationen und Völker und für Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der ärmsten, zu Lasten der Profite, der Banken und Konzerne. Wenn schon die hochentwickelten Staaten keine Wiedergutmachung für 500 Jahre koloniale Ausbeutung leisten, müssen wenigstens Schulden und Zinsen der Dritten Welt ersetztlos gestrichen werden. Die Preise für die Waren müssen so festgesetzt werden (...)“
(„Aktionsprogramm der DKP“, S. 17)

Die von der DKP angestrebte „neue Weltwirtschaftsordnung“ ist nichts als ein neokolonialistisches Anpassungsprogramm, um unter „neuen Bedingungen“ die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung weiterbetreiben zu können.

Ein weiteres Beispiel: Angesichts der imperialistischen Aktionen der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien kommt ein Vertreter des sog. „Bundes der Kommunisten“ aus Ex-Jugoslawien in der UZ vom 01.05.96 zu Wort und behauptet:

„wegen der historischen Rolle der deutschen Truppen in Jugoslawien haben wir gewisse Reserven bezüglich des Einsatzes deutscher Soldaten, ungeachtet der Tatsache, daß es um eine Friedensrolle geht.“

• Anbiederung an den deutschen Imperialismus:

Schon der „Initiativ-Ausschuß...“ hatte auf seine Fahnen die Liebedienerei vor der westdeutschen Bourgeoisie geschrieben. So sagte er in der „Deutschen Volkszeitung“ vom 25.8.67:

„Sie (die Kommunisten) wollten nicht die Verfassung sabotieren, sondern Verfassungswirklichkeit und Verfassungstheorie wieder in Einklang bringen. Die Kommunisten wollen in ihrem Programm den demokratischen Parlamentarismus erhalten“

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Auch schon der Programmentwurf der damals noch illegalen KPD von 1968 stellte die Weichen für den Pazifismus der späteren DKP, indem er die gewaltsame Revolution ausdrücklich ablehnte: In der Erläuterung dazu heißt es:

„Die Zeit arbeitet für uns. Im vergangenen Jahr hatten wir die Wirtschaftskrise, jetzt geht es wieder besser. Irgendwann wird es wieder eine Krise geben, weil man die Probleme unserer Zeit ja nicht mit Konzepten lösen kann, die aus dem 19. Jahrhundert stammen. Wir haben die Gewalt nicht mehr nötig.“

(Zitiert nach „Die Zeit“, 23.02.68)

- **Das pazifistischen Schlagwort vom „Krieg an sich“ und Diffamierung gerechter, revolutionärer Kriege**

Unter dem Deckmantel des Pazifismus, der Ablehnung aller Kriege diffamiert die DKP revolutionäre Kriege, gerechten Befreiungskriege der unterdrückten Völker als mögliche Ursachen von atomaren Kriegen, durch ihre undifferenzierte Gleichsetzung mit den reaktionären Kriegen der Imperialisten unter dem Motto:

„Wer mit dem Kriege spielt, spielt mit dem atomaren Feuer, das den ganzen Erdball vernichten kann.“

(UZ, 31.05.96)

4. Billiger Schluß

„Der Aufnahmebeitrag beträgt 2 DM.“

(Statut der DKP, Artikel 5, S. 37)

Die „Ost-KPD“ Nationalistisches Spießertum

1. Entstehung und Selbstanspruch

Nach der Einverleibung der DDR 1990 in Berlin gegründet.

Außer ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ gibt sie die „Zeitschrift der KPD für Theorie und Praxis der Parteiarbeit - Trotz alledem“ und die sog. „Schriftenreihe der KPD“ heraus.

Sie sieht sich also als wiedergegründete KPD von Liebknecht, Luxemburg und Thälmann, beruft sich auf den Marxismus-Leninismus und ist mit der sog. „Neuen Kommunistischen Internationale“ (dominiert von der KP Bulgariens) verbunden.

„Endziel“ ihres „Kampfes“ ist „die revolutionär-demokratische Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft“
(Grundsatzprogramm der KPD, S. 3).

Sie verteidigt die DDR bis '89 als „sozialistisch“ und ist solidarisch mit den revisionistischen Regimes China, Korea und Vietnam.

In Deutschland strebt sie den Zusammenschluß mit der DKP an, arbeitet mit der KPF der PDS zusammen und pflegt Kontakt zur MLPD.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Zeichnet sich durch übertriebene Traditionalismus und den Eindruck der Weltfremdheit aus.

Ihr Geruch erinnert an alte DDR-Wimpel in der Wohnzimmerschau und das Ulbricht-Porträt über dem Einschlag im Sofakissen.

3. Wesentliche Merkmale

Im Kern ein Sammelbecken für übriggebliebene, Breschnew-Revisionisten aus dem Dunstkreis der SED. Ergänzt durch deutschen Nationalismus auf ganzer Linie.

Als besondere Note ihr chauvinistisches Spießertum: ihre Empörung über „verlotternde Sitten“ und den angeblich schädlichen Einfluß einer angeblichen Amerikanisierung auf deutsche Jugend und Kultur.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Woher nimmt sie ihre Attraktivität? Wir wissen es nicht.

Schlaglichter zur „Ost-KPD“

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Die KPD beruft sich auf den Kommunismus und die Tradition der revolutionären KPD. Dabei ist ihr Selbstbild von Hochstapelei oder bis hin zum Größenwahn geprägt. In einem ständig in der „Roten Fahne“ abgedruckten Kasten wird dieser prägnant auf den Punkt gebracht:

„Unsere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), wurde 1918/19 im Verlaufe der deutschen Novemberrevolution gegründet (...) Nachdem sich 1990 die SED-PDS vom Marxismus und Sozialismus lossagte und in Ostdeutschland eine neue SPD gegründet wurde, wurde folgerichtig im Januar 1990 die KPD wiedergegründet. Sie ist die legale und legitime Nachfolgerin und Erbin der KPD Liebknechts, Thälmanns und Piecks.“

(„Die Rote Fahne“ (Im folgenden abgekürzt als „DRF“), jede Ausgabe)

Zwischen Selbstbild und Charakter der Ost-KPD aber klaffen Welten - ein paar knapp kommentierte Zitate sollen hier zum Nachweis genügen, daß die Ost-KPD ideologisch-politisch mit dem revolutionären Geist der KPD Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns und ihres Programms nichts am Hut hat:

- **Im gesamten Parteiprogramm kein Wort zur gewaltsamen proletarischen Revolution - statt dessen Propagierung der reformistisch-pazifistischen Phrase von der „Überwindung des Kapitalismus“:**

„Damit die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die kapitalistische Ordnung überwinden und den Sozialismus aufbauen können“

(Parteiprogramm, S. 6)

*“(...) werden wir aber niemals das **Endziel** unseres Kampfes, die **revolutionär-demokratische Überwindung des Kapitalismus** und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aus dem Auge verlieren.“*

(„Grundsatzpositionen der KPD zu Fragen des Sozialismus, der Arbeiterbewegung und der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage“ - DRF 6/95 S. 3)

Angemerkt sei hier nur am Rande, daß die Ost-KPD hier „den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft“ zum „Endziel“ erklärt. Das tatsächliche Endziel, die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, fällt bei der Ost-KPD unter den Tisch.

- **Statt Diktatur des Proletariats „Demokratie für alle Bürger“:**

*“Die sozialistische Gesellschaft garantiert **allen Bürgern** die politischen und sozialen Menschenrechte. Sie ist eine **zutiefst demokratische Gesellschaft**.“*

(Parteiprogramm, S. 4)

Die diktatorische Seite der Diktatur des Proletariats gegen die ehemaligen Ausbeuter und Unterdrücker und gegen alle Reaktionäre wird dabei unterschlagen und durch die revisionistische Phrase des 20. Parteitags der KPdSU vom „Staat des ganzen Volkes“ in der Variation der „politischen und sozialen Menschenrechte“ für „alle Bürger“ aufgetischt.

Aufschlußreich ist darüber hinaus die Kritik der Ost-KPD an der KP Bulgariens, die in der sog. „Neuen Kommunistischen Internationale - NKI“ organisiert ist. In klassisch-revisionistischem O-Ton wird hier die richtigere Position der KP Bulgariens zu **Genossen Stalin mit unbelegten Verleumdungen angegriffen**:

“Dem, was dort vom Genossen Spassow, Vorsitzender der Bulgarischen Kommunistischen Partei gesagt wurde, muß man in einigen Punkten entschieden widersprechen. (...) In seiner Sofioter Rede

macht er das Verhältnis zu Stalin zum Kriterium für die Mitgliedschaft in einer neuen kommunistischen Internationale. Das ist kein marxistisch-leninistisches Kriterium.

(...) Zugleich verurteilen wir die in der Zeit, da Stalin Generalsekretär des ZK der KPdSU war, begangen Verbrechen an ehrlichen Sowjetbürgern, Kommunisten und andern unschuldigen Menschen. (...) Für uns Kommunisten gibt es also die historische Persönlichkeit Stalins, die einerseits Großes für die Sowjetunion, den Sozialismus und den Frieden geleistet hat, die aber andererseits eben auch Verbrechen zugelassen hat, die dem Marxismus-Leninismus, die uns Kommunisten fremd sind.“

(DRF 2/96 Seite 17)

Dazu paßt:

- **Loblieder auf die Regimes der DDR und der revisionistischen Staaten und Verteidigung des Sozialimperialismus:**

“Die KPD bekennt sich zur DDR, dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden (...) Die DDR leistete einen bedeutsamen Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Sie unterstützt die Befreiungsbewegungen und die sich herausbildenden Nationalstaaten mit all ihren Möglichkeiten.“

(„Grundsätze und Ziele...“, S. 2)

Konsequenterweise „bekennt“ sich die Ost-KPD auch auf die Armee des revisionistischen Regimes in der DDR: Sie behauptet über die NVA:

“Die NVA verkörperte den Bruch mit der imperialistischen deutschen Tradition des räuberischen Eroberers und Unterdrückers fremder Völker.“

(DRF 3/96, S. 14) ¹⁵

Die Ost-KPD hat zweifellos ein Faible für die breschnewistische Variation des modernen Revisionismus und für den Sozialimperialismus: hier wird die Mitschuld der DDR für die Aggression der sozialimperialistischen UdSSR gegen die Tschechoslowakei, Afghanistan und Äthiopien und die dort begangenen Verbrechen an revolutionären Kräften zur „Unterstützung der Befreiungsbewegungen“ umgelogen. Diese Einschätzung zeugt von Revisionismus in Reinkultur. Das da auch:

“Sie (die KPD) bekundet ihre proletarische Solidarität mit der Volksrepublik China, der Koreanischen demokratischen Volksrepublik, mit Vietnam und Kuba, die unter komplizierten Bedingungen weiter am Aufbau des Sozialismus arbeiten.“

(ebenda, S. 3)

¹⁵ Die NVA wurde 1956 aus bestimmten Grenz - und Betriebskampfgruppen gebildet, deren Uniformen bis dahin an der Roten Armee orientiert waren. Dann wurden die alten Naziuniformen fast unverändert übernommen. Die Begründungen dafür sind von haarsträubendem deutschem Nationalismus und Militarismus geprägt:

“In verschiedenen Leserzuschriften an die Reaktion wird die Frage erhoben, ob diese Uniform unsere Volksarmee nicht die gleiche Uniform sei wie während des ersten und zweiten Weltkrieges und wie sie auch von der Reichswehr getragen worden ist. (...) Die Uniform, wie sie aus dem **progressiven Erbe deutscher militärischer Geschichte** hervorging, wurde durch die deutschen Junker und das Monopolkapital für ihre imperialistischen Welteroberungspläne zweimal **mißbraucht**. (...) In Heeresuniformen traten im zweiten Weltkrieg viele Offiziere und Soldaten im Nationalkomitee “Freies Deutschland” gegen die hitlerfaschistische Armee auf und kämpften für die **gerechte Sache des deutschen Volkes. Arbeiter und Bauern und ehrliche Patrioten wahrten so die nationale Würde der deutschen Uniform.**“ (Neues Deutschland 31.1.56)

Denn damals schon war die Linie der SED eine rein deutsche: **“Das Volksheer der Deutschen Demokratischen Republik aber ist deutsch, weil die Regierung der DDR nur (!!!) von deutschen Interessen ausgeht, im deutschen Interesse handelt und sich allein dem werktätigen deutschen Volk verantwortlich fühlt.“** (ND, 24.1.56)

Auch die Wiedererrichtung des Dechmabs für Friedrich den II. - einen der größten Repräsentanten des preußischen Militarismus - unter Aufmarsch der NVA 1986 zeigt eindeutig, daß die NVA für alles andere als den Bruch mit dem deutschen Imperialismus steht, sondern im Gegenteil für die militaristisch-reaktionäre, deutsch-chauvinistische “Traditions”pflege der revisionistischen SED-Clique.

Angesichts dieses offenen Revisionismus ist es nur konsequent, daß die Ost-KPD ihre Zusammenarbeit mit der DKP und der KPF der PDS vorantreibt:

So nahmen zum Beispiel Vertreter der DKP und der KPF an der Landesversammlung der KPD in Sachsen-Anhalt teil und gab es ein Treffen am 27.4.96 in Jena von Mitgliedern und Sympathisanten von KPD, DKP KPF und MLPD. (DRF 6/96). Ganz deutlich:

“Wir erklären noch einmal, wir sind bereit, die Vereinigung der DKP mit der KPD herbeizuführen.”

(aus einem Referat des Vorsitzenden der KPD, in DRF 3/96, S. 5)

“Immer wieder hat die KPD betont, daß es zur Zusammenarbeit und perspektivisch zur Vereinigung der KPD und der DKP keine vernünftige Alternative gibt.”
(DRF 6/96, S. 10)

“Wir Kommunisten gehören nicht zu den Leuten, die sich eine Schwächung der PDS wünschen. Im Gegenteil, wir haben zahlreiche Versuche unternommen, um mit dem Parteivorstand, mit führenden Mitgliedern der PDS zu einer Zusammenarbeit im Interesse der Einheit der Linken in Deutschland zu kommen, um gemeinsame Aktionen zur Verteidigung der Rechte der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu organisieren.”

(aus einem Offenen Brief an die Mitglieder der PDS, ZK der KPD, DRF 6/95, S. 1/2)

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

- **Statt proletarischem Internationalismus - euro-chauvinistische Bezugnahme nur auf die europäischen Völker und die Arbeiterklasse der europäischen Länder:**

“Die KPD tritt für ein Europa des friedlichen Zusammenleben der Völker, der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten ein.”

(Programm, S. 8)

- **Beim Nachtrauern um die DDR -nationalistischer Antiamerikanismus:**

“Es ist nichts übrig geblieben von Frieden, Humanismus, Liebe und menschlicher Achtung. Im Gegenteil: alles was noch an die Vorstellung von Moral und Ethik der Arbeiterklasse erinnert, wird zerschlagen und kaputtgemacht. (...) Die verheerende Amerikanisierung der Gesellschaft geht vor sich. Hier sei nur an Techno-Musik, Jobs und Teilzeitarbeit erinnert.”

(aus einem Referat des Vorsitzenden der KPD, DRF 3/96, S. 6)

“... - amerikanische Verhältnisse machen sich breit.”

(DRF 3/96, S. 2)

So sehr sich die Ost-KPD zur Hüterin der „verlotternden Sitten“ (DRF 3/96, S.2) erklärt hat und den Kampf gegen die „Amerikanisierung“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, so sehr biedert sie sich an Abteilungen des eigenen Imperialismus an bis hin zur SPD. Zu SPD-Stolpe schreibt sie:

“Aber bleiben Sie Ministerpräsident, wir wissen, was wir an Ihnen haben, was nach Ihnen kommt, wird keinesfalls besser - im Gegenteil. Bleiben Sie, was Sie sind, Sie sind berechenbar, Herr Diepgen nicht.”

(DRF 6/96, S. 5)

- **Relativierung der nazifaschistischen Verbrechen durch die Konstruktion von „israelischen Nazis“:**

In einem Artikel über das Attentat auf den israelischen Ministerpräsidenten Rabin durch israelische Rechtsextremisten schreibt „Die Rote Fahne“ so ganz nebenbei von „israelischen Nazis“ (DRF 11/95, S. 11).

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Nach alledem sind diese Leute nicht mehr an revolutionären Maßstäben zu messen, will man sie nicht aufwerten. Hier also nur soviel: Zum Spießertum gehört der Pazifismus wie zum Nationalismus die Angst vor antifaschistischer Militanz:

„Am 15.12.1993 wurde in Riesa die Brigade „Hans Beimler“ gegründet (...) Dabei tritt die Brigade jeder reaktionären, ultralinken und opportunistischen Ideologie mit Entschiedenheit entgegen, insbesondere wird die Anwendung aggressiver Gewalt zur Durchsetzung der Ziele abgelehnt (...). Zur Dresdner KPD-Gruppe gibt es seit einigen Monaten sehr enge, freundschaftliche Kontakte.“
(aus „Rote Fahne“, zitiert nach dem „Pressespiegel des Buchladen Georgi Dimitroff“, 1/96, S. 95)

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei

„Sie ist die legale und legitime Nachfolgerin und Erbin der KPD Liebknechts, Thälmann und Pieck.“

(„Wer ist die KPD?“, DRF, jede Ausgabe)

Legitim zwar nicht, doch dafür um so legaler:

Jeder Artikel und Leserbrief in der DRF ist mit vollem Namen gekennzeichnet, und

„die KPD leistet ihre Arbeit auf der Grundlage des Grundgesetzes der BRD und des Parteiengesetzes“

(Programm, S. 7)

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ und die Gruppe „Kommunistische Arbeiterzeitung“: Deutscher Chauvinismus und Pseudoantirevisionismus

1. Entstehung und Selbstanspruch

1974 gegründet, entstand aus den „Arbeiterbasis-Gruppen“, 1989/90 Spaltung in KAZ-Fraktion (die heißt jetzt „Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung“ und gibt monatlich die Zeitung KAZ heraus) und eine Gruppe, die sich weiterhin Arbeiterbund nennt.

War ehemals der Anspruch des AB (wie der Name schon sagt), eine Aufbauorganisation für die KPD zu sein und gegen den Revisionismus insbesondere in der Gestalt der DKP zu kämpfen (siehe Programm S.32 und S. 40), so ist es jetzt zumindest für die KAZ klar, in der DKP oder auch wahlweise der PDS aufzugehen:

„der Arbeiterbund für den Wiederaufbau macht den Marxismus, den Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen zu der theoretischen Grundlage, von der er sein Denken und Handeln leiten läßt.“

(Programm S.3)

Dabei wendet sich der Arbeiterbund an „jeden patriotisch Gesinnten ...“ (siehe Programm S. 24) „wirklich national Gesinnte ...“ (siehe Programm S. 15)

2. Erscheinungsbild und Verkleidung

Der Arbeiterbund gibt sich marxistisch-leninistisch und möchte gern als wirklich revolutionäre Organisation gesehen werden. Dieses Bild soll unterstrichen werden mit vielen Zita-

ten von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao und auch der deutsche Imperialismus wird als Hauptfeind erkannt.

Mit alledem wird der krasse Nationalismus des AB „marxistisch begründet“ und dementsprechend verkleidet.

3. Wesentliche Merkmale

Die deutsche Nation ist das, worum sich alles dreht beim Arbeiterbund, er biedert sich an das ganze deutsche Volk an, um „unser Deutschland“ zu retten, das ist ganz wichtig und kommt immer wieder vor.

Folgerichtig ist das Ziel auch die Demokratie fürs ganze deutsche Volk, „*Damit Deutschland den Deutschen gehört*“, (Zentrale Forderung, auch Titel der Programmerklärung zu friedlichen Wiedervereinigung).

Dementsprechend kann von Mitschuld des deutschen Volks bei den Verbrechen des Nationalsozialismus auch gar keine Rede sein, die armen Deutschen wurden bloß verraten.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Der Nationalismus des Arbeiterbunds, der sich vor allem in den zentralen Dokumenten manifestiert, ist wenig bekannt. Daher hat der Arbeiterbund in einzelnen Städten Einfluß z.B. bei Jugendlichen.

Schlaglichter zum „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ und „KAZ“

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Weil sich der Arbeiterbund ja laut seiner „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“ an „wirklich national gesinnten Menschen“ und an „jeden patriotisch gesinnten Menschen“ richtet (S. 15, 24), steht natürlich auch in dieser Frage das **ganze deutsche Volk** im Mittelpunkt:

„Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD kämpft für die Befreiung des ganzen (!!!) deutschen Volkes“
(Programm, S. 57)

Und es kommt noch dicker:

„Sie (die Arbeiter und Bauernmacht, A.d.Red.) wird mit die Voraussetzungen schaffen, daß **Deutschland den Deutschen gehört**, daß der Weg frei wird für die einzige Zukunft der deutschen Nation...“
(Programm, S. 23/24)

Damit Deutschland den Deutschen gehört ... und die Arbeiter- und Bauern-Macht in Westdeutschland errichtet wird“

(„Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“, 1. Auflage 1974, S.17)

Ohne Worte bleibt auch das Deckblatt dieser Broschüre.¹⁶

Bei einem solchen Nationalismus ist es natürlich logisch, zu dem Schluß zu kommen, daß

„das deutsche Volk das Recht verwirklichen kann, das es wie alle anderen Völker hat: das Recht auf Selbstbestimmung.“

(Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, S. 13)

Diese deutsch-chauvinistische Haltung widerspricht völlig den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die fordern, daß das Selbstbestimmungsrecht gerade nicht auf expansive imperialistische Großmächte angewendet werde darf, sondern auf vom Imperialismus unterdrückte Nationen und dort auch das Recht auf Lostrennen und eigene staatliche Existenz beinhaltet.

Das „Selbstbestimmungsrecht“ für eine imperialistische Großmacht wie Deutschland zu fordern, bedeutet, sich auf die Seite des deutschen Imperialismus und Revanchismus zu stellen



Im Original:
Deutschlandfahne mit den Farben
schwarz-rot gold

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Selbstverständlich kennt der Arbeiterbund die Lösung des Proletarischen Internationalismus „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch“ und er benennt auch den deutschen Imperialismus als Hauptfeind.

¹⁶ Zugegebenerweise ist diese Broschüre nicht mehr aktuell, aber es ist keinerlei öffentliche Kritik an diesem Dreck bekannt geworden.

Da sich beim Arbeiterbund aber auch alles nur um Deutschland und das geliebte deutsche Volk dreht, hat für ihn keinerlei Bedeutung, daß der deutsche Imperialismus an anderen Völkern die größten Verbrechen der Weltgeschichte begangen hat und dies mit Hilfe einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung¹⁷.

Der industrielle Völkermord am jüdischen Volk und an den Roma und Sinti wird in den grundlegenden Programmatischen Dokumenten erst gar nicht erwähnt.

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Um sein ML-Deckmäntelchen nicht zu verlieren, muß der Arbeiterbund schon zugeben, daß der deutsche Imperialismus gewaltsam zerschlagen werden muß. Was er als deutsche Spießbürgervereinigung aber nicht verstehen kann oder will: daß es Gewalt an sich nicht gibt, daß die Kommunisten und Kommunistinnen die revolutionäre Gewalt als befreiende, emanzipatorische Gewalt begrüßen, mit der man sich dem Dreck der alten Gesellschaft entledigt und sie in den Staub wirft. Für den Arbeiterbund ist die gewaltsame Revolution nur ein unausweichliches Übel:

„Die Arbeiterklasse wünscht sich zutiefst, daß die Revolution ohne Gewaltanwendung durchgeführt würde“

(Programm S. 16/17)

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei

Als Organisation für den Wiederaufbau der KPD wurde die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei erklärterweise ausdrücklich anerkannt.

Da die KPD dem Arbeiterbund als Vorbild gilt, muß ihre revisionistische Zersetzung also erklärt werden. Dabei - ähnlich wie bei seiner Einschätzung der SED - versteigt sich der Arbeiterbund zu der Darstellung, daß die revisionistische Zersetzung der SED wie auch der KPD durch äußere Umstände geschah, die Hauptschuld also nicht die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten lag.

„Die Illegalisierung der KPD durch die reaktionäre Adenauer-Regierung begünstigte die Verräter, Renegaten und Agenten der sowjetrevisionistischen Renegatencolique, die modernen Revisionisten, in unserem Land, die KPD von innen zu zerstören.“

(Programm, S. 32)

„Weil seine Furcht vor den neuen Machthabern in Moskau größer als sein Vertrauen in das Volk war, wurde der Revolutionär Walter Ulbricht zum Verräter.“

(„Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“, S. 22)

Dabei war es doch gerade anders, als der Arbeiterbund es so gerne darstellen möchte: Die SED war kein Opfer des 20. Parteitags, sondern sie war schon Jahre zuvor den Weg der revisionistischen Zersetzung und des Nationalismus gegangen¹⁸. Doch das hatte den Arbeiterbund wohl noch nie gestört, der ja selbst in dieses Horn bläst.

Zur Notwendigkeit einer kommunistischen Partei heute wurde im Programm 1974 noch formuliert, es sei notwendig, eine Partei aufzubauen, die den Revisionismus bekämpft, der insbesondere seine Gestalt in der DKP angenommen hat. Jetzt ist die Partei nicht mehr so wichtig, aber die Anbiederung an die DKP und PDS ist seit einem Jahr in der KAZ **das Thema**.

Es folgt ein Gewinde und Gewende, wie ihr eigenes völliges Aufgehen im ehemals als Feind erklärten Revisionismus irgendwie „wissenschaftlich“ begründet und gerechtfertigt werden soll:

¹⁷ Vgl. Rotfront 1, S.91-95 „Die Mitschuld des deutschen Volkes“

¹⁸ Vgl. Gegen die Stromung Nr. 59 „Die Entwicklung der SED -ein Teil der deutschen Misere“

In der KAZ NR. 284 ist ein Beschuß des Arbeitstreffens der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung vom 26/27.10.1996 abgedruckt. Dort heißt es unter anderem:

„2. In Anerkennung der Tatsache, daß die Arbeiterklasse in der BRD gegenwärtig keine wirksamere politische Organisation für den täglichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zur Verfügung steht als die PDS ...“

Damit ist dieses Thema wohl auch gegessen und kann in Zukunft in einem Aufwasch mit der DKP oder wahlweise der PDS erledigt werden.

6) Konkret meine ich, daß wir uns in einer Klassenkampfsituation befinden, in der der Begriff „Einheit der Sozialisten“ etwas Richtiges und Notwendiges ausdrückt. Kommunistische Parteien und Organisationen sollten ihre eigene Stärkung nicht in kleinlicher Konkurrenz oder auf Kosten der PDS betreiben. Das gilt auch für den Westen, wo es im Interesse der Entwicklung der Arbeiterbewegung liegt, die Akzeptanz der PDS unter den Massen zu

erhöhen. Darüber scheint mir noch großer Diskussionsbedarf auch in der DKP zu herrschen.

KAZ Nr. 276

Zusammenfassend:

Wenn man sich die Mühe macht, trotz dem Ekel vor dem deutsch-nationalistischen Gefasel vom deutschen Volk, die zentralen programmatischen Dokumente durchzulesen, kann man folgendes feststellen: Der angebliche Kampf gegen den modernen Revisionismus, die angebliche Verteidigung der Theorie Marx, Engels, Lenins und der sog. „Mao-Tse-tung-Ideen“ läuft schließlich doch auf eine Revision des wissenschaftlichen Kommunismus in seinen wichtigsten Punkten hinaus.

Und die Aktuelle Entwicklung bestätigt und dies heute um so mehr: War die Linie des Arbeiterbundes früher schon revisionistisch, so ist die Praxis sie heute kaum mehr zu unterscheiden von DKP, PDS usw. ja geht sogar in ihr auf.

Der „Bund westdeutscher Kommunisten“ (BWK): „Pluralistischer“ Revisionismus und proimperialistische, deutschsch-chauvinistische und revanchistische Propaganda

1. Entstehung und Selbstanspruch

Der „Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)“ entstand aus dem 1973 gegründeten „Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW)“, dessen Zielsetzung wie die von anderen damaligen Organisationen der Wiederaufbau der KPD war.

Unter anderem durch die Entstehung der GRÜNEN gab es innerhalb des KBW eine Spaltung, woraus der den GRÜNEN freundlich gesonnene BWK entstand:

„Die 5. o. DK des BWK 1985 legte hinsichtlich der weiteren Programmdiskussion fest, (...) die Programmdiskussion nicht an der SPD und Grünen laufenden Programm- und Strategiediskussion vorbei zu entwickeln.“

(„Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion - beschlossen durch die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, März 1990“ S. 5)

In der Folge arbeiteten die Mitglieder des BWK vor allem am Aufbau der auf Initiative der KPD/ML entstandenen „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“. Anfang der 80er Jahre dann stand der BWK in Diskussionen - mit der Perspektive der Vereinigung - mit der trotzkistischen „Vereinigten Sozialistischen Partei“ und der anarchistischen FAU/R (Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten). (Vgl. „Statut des Bund Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz, verabschiedet bei der Gründung am 4. März 1995“)

Heute sind seine freischwebenden Reste anzusiedeln zwischen den „Grünen“, der SPD und vor allem in der PDS und ihrem Dunstkreis.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Als feste oder ernstzunehmende Organisation erscheint der BWK heute nicht mehr. Eine

sog. „Bundeskonferenz“ führt sozusagen die Geschäfte des ‘BWK i.A.’.

Er vermittelt vor allem durch sein Organ „Politische Berichte“ - in erster Linie eine Sammlung von Artikeln der GRÜNEN, der PDS oder aus den Gewerkschaften - den Eindruck von Diskussionsbereitschaft und eines irgendwie unklar „antikapitalistisch“ gearteten „Pluralismus“.

3. Wesentliche Merkmale

Ideologisch bedient er sich - wo er selbst noch Position bezieht - aus der Asservatenkammer des modernen Revisionismus in allen Variationen: Verteidigung des Sozialimperialismus, Propagierung des Tito-Revisionismus, „Antistalinismus“ usw. Eine Linie oder einen eigenen Charakter hat er nicht. Er zeichnet sich aus durch Verschwommenheit und ideologisches Durcheinander.

4. Weitere besondere Kennzeichen

Durch den dem GNN-Verlag, der neben den „Politischen Berichten“ viele für die radikal-demokratische Bewegung wichtige Publikationen („Angehörigen-Info“, „Antifaschistische Nachrichten“ und „Kurdistan-Rundbrief“) und außerdem die vierteljährliche Beilage „Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft für konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ herausgibt, übt er zweifellos einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Organisationen aus, die „sich als antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch verstehen“, mit denen er auch eine Zusammenarbeit anstrebt.

Schlaglichter zum „BWK“

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Zwar ist weder im Statut noch in dem weiteren zentralen Dokument „Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion - beschlossen durch die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK. März 1990“ irgendwo von der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats oder gar von der Notwendigkeit einer revolutionären Kommunistischen Partei die Rede, dennoch hat der BWK bestimmte Vorstellungen davon, wie er seinen paragraphisch fixierten „Allgemeinen Zielen“ näherkommen will:

- **Pseudosozialistische, kapitalistische Konkurrenz durch „wirtschaftliche Selbsttätigkeit“ statt sozialistischer Planwirtschaft:**

„Wir treten ein für politische Selbstverwaltung und wirtschaftliche Selbsttätigkeit“ bzw. „(...) eine dezentral strukturierte Planwirtschaft ein, d.h. für die Neuorganisation der Wirtschaft auf kommunaler Basis, (...) Die Organisierung in regionalen Wirtschaftsräumen (...)“

(„Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion - beschlossen durch die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, März 1990“ S. 30)

- **Statt gewaltsame, bewaffnete Unterdrückung aller Reaktionäre:**

„Die sozialistische Demokratie schafft also die bürgerlichen individuellen und kollektiven Rechte nicht ab, sondern stellt sie materiell sicher und erweitert sie. Sie bekämpft jegliche Diskriminierung (...)“

(„Standort des BWK in der soz. Programmdiskussion, März 1990“, S. 31)

Das höchste bürgerliche Recht ist das Recht auf Ausbeutung und genau dieses „individuelle Recht“ wird die Diktatur des Proletariats sehr wohl unterdrücken.

- **Die revisionistischen Staaten werden als „realsozialistisch“ beschönigt:**

„In den **realsozialistischen Ländern** unterstützen wir die proletarischen Emanzipationsbewegungen und alle Formen der sozialen und politischen Bewegung, die diese Bestrebungen fördern. Auffassungen, die darin eine Schwächung des Realsozialismus gegenüber der existierenden imperialistischen Bedrohung sehen, lehnen wir ab.“

(„Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion - beschlossen durch die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, März 1990“ S. 28)

Vor diesem reformistisch-revisionistischen Hintergrund ist ausgesprochen nachvollziehbar:

„a) eine Orientierung des BWK auf die PDS im Rahmen eines mehrjährigen, öffentlich geführten und dokumentierten Diskussionsprozesses,

b) der Eintritt in die PDS und die persönliche Teilnahme am Aufbau der PDS durch Mitglieder des BWK,

c) die Bildung von BWK-Arbeitsgemeinschaften als Zusammenschlüsse gemäß § VII des PDS-Statuts, (...)

e) das Aufgehen von ehemaligen Landesverbänden des BWK in Arbeitsgemeinschaften bei der PDS“

(aus einem Brief des Präsidiums der BWK-Bundeskongress vom 20.3.1995, in: „Ergebnisse und Materialien Nr. 1“, März 1995)

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Schon im Dokument „Bund Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz/Satzung, verabschiedet bei der Gründung am 4. März 1995“ bezieht sich der BWK in § 3 auf einen nur scheinbar internationalistischen Ansatz, nämlich

„auf eine weltweite Gegenbewegung gegen den Imperialismus: den Befreiungskampf in den Ländern der Dritten Welt und die Bemühungen der Länder der Dritten Welt um eine Koordination ihrer Politik gegen die imperialistischen Staaten“

Damit verwischt er den zentralen Unterschied zwischen den tatsächlich um ihre Befreiung von den Fesseln des Imperialismus kämpfenden unterdrückten **Völkern** mit den vom Imperialismus abhängigen **Ländern** und konstruiert so indirekt eine Interessenseinheit zwischen den herrschenden Kompradorenbourgeois dieser Länder im Dienste der imperialistischen Großmächte und den ausgebeuteten Massen dort.

Doch was in seiner Publikationspraxis über die „Politischen Berichte“ dabei herauskommt, ist noch um ein Vielfaches schlimmer:

Durch die Methode des unkommentierten und undifferenzierten Abdrucks von Dokumenten aller möglichen bürgerlichen und parlamentarischen Organisationen von Gewerkschaften über PDS und die GRÜNEN bis hin zur SPD wird so **offen proimperialistische Propaganda** unter Federführung des BWK unter die Leute gebracht, in die linksradikale und revolutionär orientierte Bewegung hineingetragen:

So werden Diskussionsdokumente der „Grünen“ abgedruckt, in denen **völlig im Einklang und auf Grundlage des imperialistischen Weltsystems** Positionen wie die folgenden propagiert werden:

- **Befreiungskriege gegen Imperialismus und Unterdrückung werden zu „Konfliktpotential“, gegen das es mit imperialistischer „Krisenprävention“ vorzugehen gilt und „Gerechtigkeits“-Illusionen über das imperialistische Weltsystem werden geschürt:**

„Das enorme Konfliktpotential im internationalen System (...) erfordern eine neue internationale Strukturpolitik, die Interessen an einer nachhaltigen Entwicklung mit den Aufgaben einer internationalen Krisenprävention konzeptionell verbindet und sich dabei nicht um den Konflikt drückt, der zwischen konkreten ökonomischen Interessen und bewußten Wertentscheidungen für das Prinzip langfristiger Überlebensinteressen sowie sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit in und zwischen den Nationalstaaten besteht.“

(Länderrat der Grünen, in: „Politische Berichte“ 11/96, 30.5.96, S. 4)

„Die Zusitzung der Diskussion sollte auf die Wechselwirkung zwischen der Förderung nachhaltiger Entwicklung, Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung liegen.“

(ebenda)

- **Direkte Unterstützung für die revanchistischen Pläne des deutschen Imperialismus und der unter seiner Kontrolle stehenden EU gegen die osteuropäischen Staaten über die Forderung nach Ausbau des imperialistischen Instruments OSZE...**

„Die weitere Entwicklung der OSZE somit um drei politische Felder zentriert: den Aufbau eines nichtmilitärischen kooperativen Sicherheitssystems in Europa, den Ausbau der demokratischen Institutionen und die Sicherung der demokratischen Rechte sowie die Entfaltung einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen, finanziellen und ökologischen Kooperation. Mittelfristig könnte sich eine entsprechend weiterentwickelte OSZE als die Schlüsselinstitution zur Verzahnung der Mitgliedstaaten der EU mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und den GUS-Staaten in einem Gesamteuropäischen Entwicklungsprozeß erweisen, der sowohl eine sicherheitspolitische als auch ökonomisch-ökologische Dimension hat.“

(ebenda)

- ... und offener Revanchismus:

„Bündnis 90 / Die Grünen fordern die Bundesregierung deshalb auf, (...) die Integration der mitteleuropäischen Staaten in die EU mit größtem Nachdruck zu betreiben.“ (ebenda)
(ebenda)

- Der deutsche Militarismus wird als un“problematisch“ verkauft:

„Das Problem sind heute nicht mehr militärische Alleingänge Deutschlands, sondern eine neue Form des militärischen Multilateralismus.“

(„Aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und vom Magdeburger Parteitag der PDS - Dokumente“ in „Politische Berichte“ Nummer 3, 8.2.96)

In der gleichen Ausgabe der „Politischen Berichte“ wird der sog. „Appell von Hannover“ von Promis, SPD und Jusos abgedruckt, der **dem revolutionären, bewaffneten Befreiungskampf des kurdischen Volkes um Eigenstaatlichkeit direkt in den Rücken fällt:**

- Die Rolle des deutschen Imperialismus als Hauptdrahtzieher des konterrevolutionären Kriegs gegen das kurdische Volk wird durch den „Appell an die Bundesregierung“ gelegt:

„Wir appellieren dabei insbesondere an die Bundesregierung, ihren Einfluß auf die türkische Regierung auszuüben, das Waffenstillstandsangebot positiv mit der eigenen Einstellung von Kriegshandlungen zu beantworten und in Gespräche mit der kurdischen Seite über das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben innerhalb der bestehenden Grenzen (!) einzutreten.“

- Illusionen in die „Demokratisierung“ des reaktionären Regimes der Türkei werden geschürt:

„Alle Staaten der EU sind nunmehr verpflichtet, den Prozeß der Demokratisierung in der Türkei zu unterstützen (...)“

- Forderung nach imperialistischer Intervention gegen den kurdische Befreiungskampf, der als „sinnloser Krieg“ diffamiert wird:

„11 Jahre schon dauert dieser sinnlose Krieg (...) Die internationale Gemeinschaft darf diesem mörderischen Konflikt nicht länger tatenlos zuschauen.“

Schließlich wundert auch die **antisemitische, als „antizionistisch“ getarnte Propaganda** nicht mehr, wenn die Rede ist davon, daß in Israel „*innenpolitisch das alte zionistische Muster des ‘auserwählten Volkes’ noch deutlicher hervorgekehrt werden wird als bisher*“ („Politische Berichte“ 12/96, 13.6.96, S. 7)

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Was der BWK (der die Gewalt wohl schlechthin nicht mag, auch nicht die revolutionäre) meint, wenn er dafür eintritt, daß „*die Gewaltförmigkeit des staatlichen Handelns durch den politischen Kampf immer mehr zurückgedrängt*“ wird, zeigt sich, wenn er - lediglich kommentiert durch die Überschrift „PDS-Nachwuchspolitikerin übt ‘Sommertheater’“ - PDS-Ostrowski (Brief vom 7.5.95) lang, breit und unwiderlegt im BILD-Zeitungs-Stil gegen militante Jugendliche abhetzen läßt:

„Es ist ebenfalls nicht länger hinnehmbar, daß bisweilen der Eindruck von Gemeinsamkeiten zwischen der PDS und Leuten besteht, die randalierend durch die Gegend ziehen und behaupten, sie seien Linke. Das staatliche Gewaltmonopol ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Wer in pseudorevolutionärer Aufwallung das Auto seines Nachbarn anzündet oder Bahngleise zerlegt, um so eine Meinung zur Kernenergie zu bekunden, ist ein ‘Fall’ für die Polizei, nicht aber für linke Solidarität.“

(„Politische Berichte“ 10/96, 16.5.96, S. 13)

Die MLPD: Deutsch-chauvinistisch

1. Entstehung und Selbstanspruch

Die MLPD ist 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) entstanden (Ergebnis des Zusammenschluß der KPD/ML REVOLUTIONÄRER WEG von W. Dickhut und dem Kommunistischen Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten). Sie besitzt einen eigenen Verlagsapparat („Neuer Weg“) und gibt mehrmals im Monat ihr Zentralorgan „Rote Fahne“ heraus.

• Sie beruft sich auf den wissenschaftlichen Kommunismus, Marx, Engels, Lenin und (mit Einschränkungen) Stalin und die sog. „Mao-Tse-tung-Ideen“.

Sie propagiert die Diktatur des Proletariats und den Kampf gegen den modernen Revisionismus, kandidiert regelmäßig für Parlamentswahlen und hält sich für eine „Massenpartei“.

2. Erscheinungsbild / Verkleidung

Auffallend ist bei der MLPD ein gewisser „Proletkult“.

Weiter ist „der MLPDler“ bevorzugt vor Supermärkten anzutreffen, gekleidet in ein „Sandwich“ und mit einer Unterschriftenliste in der Hand.

3. Wesentliche Merkmale

Revolutionäre Gewalt ist für sie notwendiges Übel, es finden sich bezeichnende Beispiele der Hetze gegen militante Kämpfe.

Fast schon legendär ihre euphorische Begrüßung der Stärkung des westdeutschen Imperialismus durch die Einverleibung der DDR

mit ihrer angeblich „fortschrittlichen Seite“ ist diese noch immer auf den Punkt gebrachter Ausdruck ihrer ganzen deutsch-nationalistischen Wesensart. Wie weit ihr deutscher Chauvinismus geht, läßt sich am besten an ihrer revanchistischen Hetzschrift „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen“ belegen.

Auf theoretischem Gebiet propagiert die MLPD für die Phase der Diktatur des Proletariats eine angebliche Abschwächung des Klassenkampfes und wirft damit die marxistisch-leninistische These über Bord, daß sich gerade in dieser Phase der Klassenkampf gesetzmäßig verschärfen wird.

Außerdem schürt sie legalistische Illusionen durch ihren Unterschriftenfetischismus und die Mitgliedschaft durch Ankreuzen eines Formulars für den Postversand.

4. Weitere Besondere Kennzeichen

Durch ihre reformistische Gewerkschaftsarbeit (die auch ihr Zentralorgan füllt) als Schwerpunkt ihrer Praxis ist sie in einzelnen Betrieben und Kämpfen präsent.

Durch ihr „Pfingstjugendtreffen“, aber auch über enge verwandschaftliche Bindungen spricht sie eine bestimmte Sorte von Jugendlichen an, die uns nicht sehr sympathisch sind.

Ihre Plastiktüten „für den echten Sozialismus“, die Skatspiele „Internationalismus ist Trumpf“ und ähnlich „marxistisch-leninistische“ Werbegeschenke zeugen von ihrer Originalität.

Ihre regelmäßigen Wahlerfolge sind immer wieder einen Lacher wert.

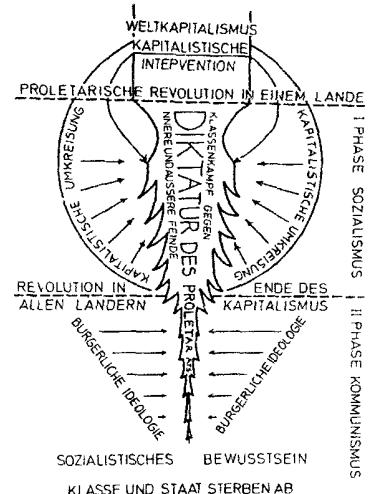
Schlaglichter zur MLPD

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Bei aller Berufung auf den Kommunismus - die Anerkennung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, der notwendigen Unterdrückung aller Reaktionäre und Ausbeuter ist bei der MLPD nicht mehr als Phrase:

Wie dieses Schaubild zeigt, nehmen für die MLPD nach der proletarischen Revolution die Diktatur des Proletariats und der Klassenkampf kontinuierlich ab. Auch von der Zerschlagung des alten, bürgerlichen Staatsapparats als Voraussetzung für die Diktatur des Proletariats ist nichts zu erkennen. (Aus: „Für ein vereintes sozialistisches Deutschland, Eine Einführung in das Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands MLPD“, Essen 1990, S. 169)

Also vertritt die MLPD in dieser zentralen Frage der Verschärfung des Klassenkampfs unter der Diktatur des Proletariats keine kommunistische Linie, sondern steht in direkter Tradition der bucharinischen Thesen der 20er Jahre über die Abschwächung des Klassenkampfes, über das „Hineinwachsen“ der alten Ausbeuterklassen in den Sozialismus, die von der KPdSU(B) und Stalin aufs schärfste bekämpft wurden. Damit steckt sie voll im Sumpf der versöhnlerischen Grundhaltung des modernen Revisionismus.



2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

- a) Der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus ist für die MLPD keine eigenständige Aufgabe und die „hauptsächlich fortschrittliche Seite der Wiedervereinigung“

Was man im Programm der MLPD vergeblich sucht, ist die Benennung der vorrangigen Aufgabe der kommunistischen Kräfte in der imperialistischen Großmacht Deutschland, vor allem den „eigenen“, den deutschen Chauvinismus und Nationalismus zu bekämpfen.

Dafür begrüßte sie in der „Roten Fahne“ Nr. 39/1991 die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus unter der Überschrift:

„Der Doppelcharakter der Wiedervereinigung und ihre hauptsächlich fortschrittliche Seite“



Dazu paßt ihre gesamte, deutsch-chauvinistische Haltung zum Nazifaschismus:

Der Holocaust, der industrielle Massenmord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden und an mehr als 500.000 Sinti und Roma ist ihr keine Erwähnung wert, wenn sie in ihrer programmatischen Erklärung „Für ein vereintes und sozialistisches Deutschland“ die Rolle des Nazifaschismus als Stoßtrupp gegen die **internationale Arbeiterbewegung und die sozialistische Sowjetunion** wegetuschiert, indem sie sie nicht erwähnt.

Dafür besaß angeblich laut MLPD „die Mehrheit des deutschen Volkes (...) nämlich die Einsicht, daß das Potsdamer Abkommen durchgesetzt werden müsse“, und es sind „die Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur (...) aber in breiten Bevölkerungskreisen wach.“

(„Für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland - eine Einführung in das Programm der MLPD“, S. 28 u. 210)

Daß aber **tiefsitzender und ekelhaftster deutscher Chauvinismus** der Grund ist für diese bewußt schönredende Einschätzung des Bewußtseinsstandes breiter Massen hier, zeigt sich vor allem an der Broschüre der MLPD:

„Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen“,

wo ein von der MLPD sogenannter „Kollege“ wörtlich im Nazi-Stil gegen die Alliierten Armeen abhetzen darf:

„Aber was nützen uns ehemaligen Kriegsgefangenen alle guten Wünsche, wenn H. Kohl in seinem Grußwort an 13. Stelle immer wieder Winston Churchill anführt, den Mann, dem zehn Millionen Deutsche zuviel auf der Welt waren, der geholfen hat, unsere Städte auszuradieren und der mit verantwortlich war für die Vernichtungslager für deutsche Kriegsgefangene im Westen.“

(ebenda, S. 4)

Und wo ein Foto unterschrieben ist mit

„auf Churchills Anordnung ausradiert: Dresden, vom Rathaussturm gesehen - nach den Bombennächten.“ (ebenda, S. 6)

Vor diesem Hintergrund fragt man sich, ob die weitere Analyse noch notwendig ist. Aber dennoch:



- **b) Absage an die These Lenins, daß die Oktoberrevolution Vorbild für alle Länder ist**

Frech und offen lehnt die MLPD die Leninsche These ab, daß die grundlegenden Lehren der Oktoberrevolution für alle Länder Gültigkeit besitzen und verhöhnt sie zur „Musterrevolution“:

„Eine Musterrevolution, wie die proletarische Oktoberrevolution 1917 kann es unter den heutigen Bedingungen des internationalen Klassenkampfes nicht mehr geben ...“

(„Resolution des Solinger Parteitags (V. PT) der MLPD“, Seite 8/9)

- **c) Der deutsche Imperialismus ist für die MLPD „handzahm“**

Die MLPD hat es zum zentralen Bestandteil ihrer Linie gemacht, den deutschen Imperialismus - wo immer möglich - zu verharmlosen und aus der Schußlinie zu nehmen.

Methodisch muß dafür die absurde Konstruktion eines „neudeutschen Imperialismus“ herhalten, womit die ungebrochene Kontinuität des deutschen Imperialismus vom reaktionären preußischen Staat über den Nazifaschismus bis hin zu seiner heutigen Form in der BRD direkt bestritten wird und damit auch die daraus resultierenden Aufgaben für die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland geleugnet werden. Sie werden einfach nicht benannt.

In der Konsequenz ist dann die imperialistische Großmacht Deutschland der MLPD nach auch kein expansionistischer, eigenständiger Kriegsherd:

„Für die deutschen Monopole ist es unmöglich, ihre imperialistischen Europapläne zu verfolgen und zugleich eine Großdeutschlandpolitik durchzuführen. Anderseits können sie selbst an einem solchen Großdeutschland kein besonderes Interesse haben, da sie darauf zur Verwirklichung ihrer Großmachtziele gar nicht angewiesen sind. Sie brauchen kein Großdeutschland mehr wie zur Zeit Hitlers. Hitler hatte keine Möglichkeit, Kapital im Ausland arbeiten zu lassen. Er wollte Kolonien.“

(„Einige prinzipielle Lehren für den weiteren Parteiausbau der MLPD“ - Zentralkomitee der MLPD, April 1991)

Oder von Willi Dickhut auf den Punkt gebracht:

„Großdeutschland spielt da keine Rolle mehr.“

(zitiert nach Klaus Arnecke/Stefan Engel, „Der Neokolonialismus und die Veränderungen im nationalen Befreiungskampf“, Verlag Neuer Weg, S. 84/85)

Ob sich die deutschen Imperialisten für diese Sabotage am antimilitaristischen Kampf gegen weltweite Kriegseinsätze und die Vorbereitung eines imperialistischen Kriegs bei Willi Dickhut, damals Vorsitzender der MLPD, bedankt haben, ist nicht bekannt.

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Schon der KABD hatte wenig bis gar nichts mit der richtigen Haltung Mao-Tse-tungs zur revolutionären Gewalt und zum bewaffneten Kampf, deren Inhalt fester Bestandteil einer wirklich kommunistischen Linie zum bewaffneten Kampf ist, zu tun:

„Die Anwendung von Gewalt durch die herrschende Klasse zwingt dem Proletariat den bewaffneten Kampf auf.“ (KABD, Grundsatzserklärung Seite 13)

Auch wenn heute im Grundsatzprogramm der MLPD diese Position nicht mehr so offen pazifistisch formuliert wird - **sie geht auf diese Frage gar nicht erst ein** -, so zeigt neben anderen Beispielen vor allem auch die reaktionäre Hetze der MLPD gegen den Kampf der RAF - wegen seiner **Militanz**, nicht etwa wegen der falschen Linie des individuellen Terrors ! -, daß die grundfalsche Haltung zum bewaffneten Kampf von der MLPD bis heute keineswegs selbstkritisch korrigiert wurde, sondern weiter fester Bestandteil ihrer kapitulantenhaften Linie ist:

„Sie (die RAF) ... lieferten dem Staat billige Vorwände zur Hetze gegen die proletarische Revolution und zum Ausbau und Einsatz seines Gewaltapparates gegen die Bevölkerung.“
(„Für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland - eine Einführung in das Programm der MLPD“, S. 228).

Mit einer kommunistischen Haltung zur revolutionären Gewalt hat das ebensowenig zu tun wie die reaktionäre Hetze ihrer Jugendorganisation gegen den antimilitaristischen Kampf gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im Bremer Weser-Stadion 1980:

„Von Polizei- und Politrockern“, „Krawalle vom Staat gewollt“

„Auch wenn wir keine konkreten Beweise haben, steht für uns fest: Unter den Anarchisten waren gekaufte Elemente, die die Sache anheizen sollten, um Munition für die antikommunistische Hetzwelle zu liefern, die sich jetzt über uns ergießt.“
(Rebell 6/80, S. 26/27)

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei

• Anbetung der Spontaneität

Die MLPD propagiert offen die von Lenin in „Was tun?“ umfassend als ökonomistisch und nichtrevolutionär entlarvte Anbetung der Spontaneität und greift damit die wesentliche Begründung für die Notwendigkeit der kommunistischen Partei überhaupt frontal an:

Wie wenig die MLPD die Leninsche Definition wirklichen proletarischen Klassenbewußtsein und die Rolle der KP verstanden hat, nämlich davon, daß die KP das Klassenbewußtsein „von außen“ in die Arbeiterklasse hineinragen muß, zeigt sich daran, daß sie die Aufgabe der KP darauf herabminimiert, diese Entwicklung lediglich zu „beschleunigen“:

“Es ist die Sache der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, durch Agitation und Propaganda die Entwicklung des Klassenbewußtsein zu beschleunigen.“

(„Für ein vereinigtes sozialistisches Deutschland - eine Einführung in das Programm der MLPD“, S. 108)

- **Mitgliedschaft durch Ankreuzen:**

Die Art der Gewinnung von Parteimitgliedern der MLPD durch „Ankreuzen“ auf einem Coupon - wer ihr Zentralorgan, die „Rote Fahne“ zum ersten Mal in der Hand hat, fühlt sich dabei unwillkürlich an ein Preisausschreiben erinnert kann eigentlich nur noch als Karikatur auf die Kadergewinnung und -ausbildung einer Kommunistischen Partei bezeichnet werden. Der Unterschied zu der Art, wie die bürgerlichen Parlamentsparteien ihre Mitglieder „werben“ ist ebenso formal wie das zur Rettung des Ansehens von der MLPD vorgeschoßene Gespräch und die halbjährige Kandidatenzeit.

Man könnte das belächeln, doch muß bewußt sein: So werden nicht nur an der Mitarbeit Interessierte über den Postweg an den geheimdienstlichen Überwachungsapparat des deutschen Imperialismus ausgeliefert, sondern letztlich betreibt die MLPD damit Sabotage an den Aufgaben der Erziehung von revolutionären Kräften zum illegalen Kampf. Sie transportiert und schürt damit gefährliche legalistische Illusionen in den bürgerlichen Staatsapparat.

Werdet Mitglied in MLPD und REBELL!

Ich möchte:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> die Broschüre: »Wofür steht die MLPD?« | <input type="checkbox"/> besucht werden |
| <input type="checkbox"/> die Broschüre: »Wie werde ich Mitglied der MLPD?« | <input type="checkbox"/> den Jugendverband REBELL kennenlernen |
| <input type="checkbox"/> Mitglied werden in der MLPD | <input type="checkbox"/> Mitglied werden im REBELL |

Name _____

Anschrift _____

Einsenden an: MLPD Zentralkomitee, Kloststraße 8,
45899 Geisenkirchen

Mitgliedschaft per Postversand

Ex-KPD/ML, 1. Teil: „KPD“ Stuttgart: Revanchistische Pseudoantirevisionisten

1. Entstehung und Selbstanspruch

Die „KPD“ hat sich 1985 als eigenständige Organisation aus der 1968 entstandenen „KPD“/ML gegründet und begreift sich als deren legitime Fortsetzerin. Revanchismus und deutscher Nationalismus im alten Programm - „nationales Selbstbestimmungsrecht“ des deutschen Volkes, „Gegen die Spaltung Deutschlands“ im gemeinsamen Kampf mit „jedem ehrlichen Patrioten“.

Sie hat den Anspruch das Werk von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu verteidigen. Mit ihrem neuen Programm vollzieht die „KPD“ Stuttgart einen Imagewechsel von der“ konsequenteren antirevisionistischen Kraft“, als Alternative zur DKP, zur modernen, bürgernahen antibürokratischen Alternative zum Profitsystem unter Anbiederung an alle möglichen opportunistischen Gruppen. Mit der reformistischen TDKP (Organisation aus der Türkei) unterhält die „KPD“ enge Beziehungen.

2. Erscheinungsbild/Verkleidung

In ihrem Zentralorgan „Roter Morgen“ nimmt der gewerkschaftlich-ökonomische Kampf mit vielen Berichten über Arbeiteraktionen einen großen Raum ein.

3. Wesentliche Merkmale

Chauvinistisch will die „KPD“ alle hier lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter aus ande-

ren Ländern in die deutsche Arbeiterklasse einverleiben, sie in der „KPD“ organisieren.

In ihrem neuen Programm zeigt sich ihre revisionistische Haltung zur Diktatur des Proletariats vor allem durch die Umgehung dieses programmatischen Bergriffs, durch Umschreibung mit der Notwendigkeit eines „Übergangsstaates“ allerdings ohne Unterdrückung der gestürzten Bourgeoisie. Passend dazu die Leugnung der bewußten und planmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes durch die Kräfte des Proletariats.

Kapitulation vor dem modernen Revisionismus durch die Absolution für alle Revisionisten, deren revisionistische Zerstörung der ehemaligen kommunistischen Parteien und sozialistischen Länder als „spontane Entwicklung“ entschuldigt wird. („Roter Morgen“ - Nr.8, 1992, S.15)

4. Weitere besondere Kennzeichen

Als Pseudoantirevisionisten im Fahrwasser eines angeblich bis in die 90er Jahre sozialistischen Albanien (Verteidigung Albaniens bis einschließlich Ramiz Alia) Verleumdung von Mao Tse-tung.

Die im „Roten Morgen“ stellenweise vorzufindende deutschnationalistische Hetze, sei es gegen die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer der PKK oder chauvinistische Hetze gegen „ausländische Drogendealer“.

Schlaglichter zur „KPD“ - Stuttgart

1. Haltung zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

Das neue Programm der „KPD“ von 1993 zeichnet sich vor allem durch eine deutliche, offene Hinwendung in Richtung moderner Revisionismus, durch das weitgehende fallen lassen der antirevisionistischen Maske der „KPD“ aus¹⁹. Im Gegensatz zu ihrem alten Programm, in dem noch das Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Ergebnis der proletarischen Revolution formuliert wurde, spricht die „KPD“ hier nur noch von einem „Übergangsstaat“ (Programm S.22) für den es zu kämpfen gilt. In ihrem Programm behandelt die „KPD“ die Frage der Notwendigkeit eines Staates nach der Revolution unter der Überschrift „Der Staat als Zugeständnis an die relative Rückständigkeit der Gesellschaft“ (S.26) und gibt uns dort ihre einzige Begründung, weshalb ein proletarischer Staat nötig ist. Sie schreibt dort:

„Die Existenz des Staates in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus ist Ausdruck der Tatsache, daß die Klassenunterschiede, daß insbesondere der Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten und Funktionen, noch nicht vollständig beseitigt sind, daß die alte Form der Arbeitsteilung noch nicht vollständig überwunden ist.“

(Programm von 1993, S. 26)

Mal Abgesehen davon, daß so ganz nebenbei aus Klassengegensätzen plötzlich „Klassenunterschiede“ werden, gibt es für die „KPD“ nur einen Grund, weshalb ein Staat nach der Revolution unbedingt notwendig ist: die mangelnde Erziehung der Werktägigen zur Bewußtheit und Aktivität.

Wahr ist dagegen, daß das von der KP geführte Proletariat mit Hilfe seines sozialistischen Staates den Widerstand der Bourgeoisie im eigenen Land **unterdrücken, ihn auf allen Gebieten zerbrechen und vernichten** muß.

Diese Aufgabe benennt die „KPD“ in ihrem Programm nicht, und was dabei herauskommt, zeigt sich an anderer Stelle: Eine ganz falsche Darstellung der sozialistischen Gesellschaft, als eine Gesellschaft ohne Unterdrückung - also Demokratie für die Bourgeoisie?

„Nur der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt und allmählich die Voraussetzungen für eine immer breitere Beteiligung aller Menschen an Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen werden, kann uns eine Zukunft bieten!“
(„Roter Morgen“, Extrablatt zum 1. Mai 1996, S. 1; Hervorhebungen im Original)

Sozialistische Demokratie darf es für die ehemaligen Ausbeuter nicht geben! Erst im Kommunismus wird die klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung (!) verwirklicht werden.

2. Proletarischer Internationalismus und Haltung zum deutschen Imperialismus

Deutsch-chauvinistisch von Beginn an, im Tenor der revanchistischen Propaganda des deutschen Imperialismus ließt man im alten Programm der „KPD“ von der Verweigerung des

„nationale(n) Selbstbestimmungsrecht und damit das Recht auf einen unabhängigen deutschen Nationalstaat“,

von der Notwendigkeit,

¹⁹ Ein sichtbares Kennzeichen dieses Imagewechsels, den die „KPD“ mit diesem Programm vorgenommen hat, ist die an vielen Stellen nicht zu übersehende Vermeidung, von für den wissenschaftlichen Kommunismus programmatischen und klar-definierten Begriffen. So spricht die „KPD“ an vielen Stellen nur noch vom „Profitsystem“ statt Kapitalismus/ Imperialismus usw.

„Gegen die Spaltung Deutschlands, gegen Revanchismus und Chauvinismus! Für die nationalen Interessen des deutschen Volkes!“ (So kämpft man also gegen Revanchismus und Chauvinismus - A.d.Verf.)

zu kämpfen und, daß in diesem Kampf neben

„..., Antifaschisten und Demokraten, jedem Antimilitaristen und Friedenskämpfer, jedem ehrlichen Patrioten, ... die Hand zum gemeinsamen Kampf ...“
(altes Programm S. 48 u. 92)

zu reichen ist.

*Soll sich die PKK den Interessen
der deutschen Arbeiterbewegung unterordnen?*

*Da die PKK sich nicht nach den Interessen der Arbeiter-
bewegung in Deutschland richtet, sondern ihre Organisation über alles stellt,
war sie für die Polizei ein geeignetes und willkommenes Provokationsobjekt.*

*Hetze gegen „ausländische
Drogendealer“*

*So ist der Konsum von Cannabis
fast schon Alltag, ca. die Hälfte aller
Jugendlichen hat schon Erfahrungen
mit dieser Droge gemacht
oder konsumiert sie regelmäßig.
Besonders verbreitet ist die Droge
unter ausländischen oder ‘linken’
Jugendlichen.*

(„Roter Morgen“ - vom 9. Mai 1996, S. 9)

(„Roter Morgen“ - Nr. 23, S.7 - 1995)

3. Haltung zum bewaffneten Kampf und zur revolutionären Gewalt

Charakteristisch ist, daß im Programm an den meisten Stellen um den heißen Brei geredet, vom „*Sturz des Profitsystems*“ (S.21) oder der „*Erringung der politischen Macht*“ (S. 34) gefaselt wird.

Konkreter und auf den ersten Blick revolutionär wird's dann erst auf der S.39:

„Die Gewaltinstrumente des Kapitals - Militär, Polizei, Geheimdienst, Justiz usw. - werden in der sozialistischen Revolution zersetzt, entwaffnet und zerschlagen.“
(Programm S. 39)

Die Zerschlagung des alten Staatsapparats der Bourgeoisie muß als vorrangige Aufgabe der proletarischen Revolution betrachtet werden, Zersetzung und Entwaffnung der Kräfte der Konterrevolution müssen diesem Ziel dienen und sind ihm untergeordnet. Klar ist aber vor allem, daß dies alles nur ein Lippenbekenntnis bleibt, wenn die Erziehung des Proletariats und seiner Bündnispartner nicht von Beginn an auf den bewaffneten Kampf, auf die Zerschlagung des alten Staatsapparates im Bürgerkrieg orientiert ist.

4. Haltung zur Notwendigkeit und zentralen Prinzipien des Aufbaus der Kommunistischen Partei:

Als selbsternannte Fortsetzerin der Aust KPD/ML, als der Verteidigerin des revisionistischen Liedes „*Die Partei, die Partei hat immer Recht*“ hat sich die „*KPD*“ - Stuttgart - übrigens auch die „*KPD*“-Gelsenkirchen - schon selbst außerhalb des Anspruchs einer wirklich revolutionären, sich an ihren eigenen Schwächen und Fehlern erziehenden Kommunistische Partei gestellt.

Zusammenfassend:

Die „KPD“ hat in ihrem neuen Programm ihre Maske einer pseudoantirevisionistische Kraft weitgehend fallen lassen, obwohl sie auch weiterhin bemüht ist, sich einen gewissen Anstrich beizubehalten. So gibt sie z.B. nach wie vor aus, auf dem Boden von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu stehen, will in Worten noch nicht ganz auf die Zerschlagung des Staatsapparats in der proletarischen Revolution verzichten, verleumdet jedoch die herausragende Rolle der revolutionären Gewalt.

Die „KPD“ betreibt Verwischung und Revision in fast allen grundlegenden Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus, in der Frage der gewaltsmäßen Revolution, in der Notwendigkeit der Unterdrückung der gestürzten Bourgeoisie unter der Diktatur des Proletariats usw.

Übrigens: Diejenigen, die daran interessiert sind, einen Unterschied zur „KPD“ - Gelsenkirchen auszumachen, seien vorgewarnt: Sowohl bei den revisionistischen Verdrehungen des wissenschaftlichen Kommunismus als bei ihren deutsch-chauvinistischen Positionen sind zwischen beiden Organisationen höchstens in Nuancen auszumachen und wohl erst nach jahrelangem Beschäftigen mit beiden Gruppen erkennbar. Ein Frage nach der Abgrenzung an beide Gruppen ist aber weder spannend, noch ergiebig.

Ex-KPD/ML, 2. Teil: „KPD“ Gelsenkirchen: Pseudoantirevisionistisch und deutsch-chauvinistisch

1. Entstehung und Erscheinungsbild

Die heutige „KPD“ - Sitz Gelsenkirchen hat sich aus der „KPD“/ML Ernst Aust gegründet und begreift sich ebenso wie die „KPD“ Stuttgart als deren Fortsetzerin. Ihr Zentralorgan ist der „Rote Blitz“. Als Erbe der „KPD“/ML verteidigt die „KPD“ nach wie vor die deutschnationalistische Position „Deutschland dem deutschen Volk!“

2. Selbstanspruch

Sie hat den Anspruch an sich auf dem Boden des Werkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu stehen.

Als Fortsetzerin „KPD“/ML bezieht sie sich auf deren Vorsitzenden Ernst Aust, dessen Schriften und Reden von der „KPD“ verbreitet werden.

Die Positionen der „KPD“ Gelsenkirchen scheinen revolutionär und antirevisionistisch, was sicher auf ihren Bezug auf die früher revolutionären antirevisionistischen Positionen Enver Hoxhas und der PAA zurückzuführen ist. Mit der reformistischen MLKP aus der Türkei unterhält die „KPD“ „brüderliche Beziehungen“.

3. Wesentliche Merkmale

Wie die MLPD begrüßt die „KPD“ die „Wiedervereinigung“ auch wenn sie von den Kapitalisten vollzogen wurde, „*denn die Teilung unserer Nation war unnatürlich*“.

Reformistisch und spontaneistisch lässt die „KPD“ nichts über „den deutschen Arbeiter“ kommen, redet ihm nach dem Mund, wobei dann nichts anderes rauskommen kann, als deutscher Chauvinismus garniert mit antisemitischen Ausfällen.

Als Verteidiger Enver Hoxhas vertrat die „KPD“ - Gelsenkirchen bis zum offenen Bankrott der revisionistischen Staaten die mit dem wissenschaftlichen Kommunismus völlig unvereinbare Position der „Theorie der Supermächte“, der Verharmlosung und des aus der Schußlinie nehmen des deutschen Imperialismus.

Das Werk und die Leistungen des Marxisten-Leninisten Mao Tse-tung werden von der „KPD“ - Gelsenkirchen völlig abgelehnt und verdammt.

Den militanten antifaschistischen Kampf verleumdet die „KPD“ als „Räuber und Gendarm“ - Spielereien, als Revoluzzer Scharmützel“.

4. Weitere besondere Kennzeichen

An den Positionen der Antinationalen werden vor allem diejenigen Ansätze angegriffen, die von einer kommunistischen Partei als positiv herausgestellt werden müssen. So empört sich die „KPD“ darüber, dass die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus benannt werden und verbietet sich, dass „die Verbrechen der deutschen Arbeiterklasse in die Schuhe geschoben“ werden.

Schlaglichter zur „KPD“ - Gelsenkirchen

Die heutige „KPD“ - Sitz Gelsenkirchen entstand aus der „KPD“/ML von Ernst Aust. Ihr Zentralorgan ist der „Rote Blitz“, der früher wie das Zentralorgan der „KPD“ - Sitz Stuttgart „Roter Morgen“ hieß.

Die gleiche Entstehungsgeschichte, der gleiche Anspruch die legitime Fortsetzerin der alten „KPD“/ML zu sein, die Verteidigung Albaniens und die völlige Verdammung des Werkes und der Leistungen Mao Tse-tungs, sind beiden „KPDs“ gemeinsam. Für einen außenstehenden Leser ist es fast unmöglich einen Unterschied zwischen beiden Gruppen festzustellen, der eine getrennte Organisation begründen würde.²⁰

Am deutschen Chauvinismus der „KPD“ Stuttgart kann es nicht liegen. An diesem Punkt macht die „KPD“-Gelsenkirchen keine Abstriche. Sie garniert ihren Chauvinismus sogar noch mit Antisemitismus.

Aufgrund dieser Deckungsgleiche an den revisionistischen Positionen, die persönliche Differenzen der ZK Mitglieder beider Parteien als Grund getrennter Organisierung vermuten lässt (politische Unterschiede sind einfach nicht auszumachen), werden wir es den Leserinnen und Lesern ersparen, sich im Grunde hier die gleichen Fehler, die wir schon bei der „KPD“-Stuttgart aufgezeigt haben, noch einmal antun zu müssen. Hier nur schlaglichtartig ein paar Beispiele für die deutsch-nationalistische Propaganda der „KPD“ - Gelsenkirchen²¹.

1. Der „deutsche Arbeiter“, der die „Rechten“ wählt, vollzieht „positiv“ den Bruch mit dem herrschenden Wahlsystem:

Im „Roten Blitz“ - Extrablatt zum 1. Mai 1992 veröffentlicht die Redaktion einen Artikel, in dem sie sich mit der Zunahme der Stimmen für Naziparteien bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, beschäftigt und zieht daraus folgende Schlußfolgerung:

„Die Wahl rechter Parteien vor allem durch Arbeiter, sie ist ein Signal. Diese Arbeiter sind keine Faschisten. Diese Arbeiter sind aber auch nicht bloß „Protestwähler“. Diese Arbeiter sagen sich los von der bisherigen Wahlkaktik der Bourgeoisie, und das ist positiv (Hervorhebung im Original !! a. d. Verf.)“

(„Roter Blitz“ - Extrablatt zum 1. Mai 1992, S.5)

Das ist Nachtrabpolitik der schlimmsten Sorte: Alles wird entschuldigt, verharmlost und dafür „Verständnis“ aufgebracht, selbst die für die Wahl von Naziparteien. Und noch mehr, das soll sogar ein **positiver !! Bruch** mit dem bisherigen Wahlverhalten sein.

2. Leugnung der Mitschuld des deutschen Volkes an den Naziverbrechen:

Wir haben bereits gesehen: Wenn es um die deutsche Arbeiterklasse, „den deutschen Arbeiter“ geht, lässt die „KPD“ nichts über sie kommen, es wird verteidigt auf Teufel komm raus, auch wenn dabei die Geschichte einfach umgelogen werden muß. Während den Antinationalen Gruppen zu-

²⁰ Durch das neue, durch und durch schwammige Programm der „KPD“ - Sitz Stuttgart kann sich die „KPD“ - Sitz Gelsenkirchen heute wohl wortradikaler, scheinbar revolutionärer präsentieren, da sie nach wie vor das Programm der „KPD“/ML vertritt. Andererseits bietet die „KPD“ in jedem „Roten Blitz“ die Mitgliedschaft in der „KPD“ durch Ankreuzen an, womit dem deutschen Staat und seinen Repressionsorganen alle Adressen von am Kommunismus Interessierten einfach präsentiert werden.

²¹ Die „KPD“/ML gründete 1975/76 auch eine Sektion auf dem Staatsgebiet der DDR. Laut eigenen Angaben vereinigten sich die beiden Teile der „KPD“-Gelsenkirchen in DDR und BRD am 1.Mai 1991.

nächst positiv angerechnet werden muß, daß sie im Rahmen ihrer Aktivitäten zum 8. Mai 1995 die Diskussion über eine Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nazifaschismus erneut auf die Tagesordnung setzten und im Wesentlichen auch richtig herausstellten, setzt sich die „KPD“ für die deutsch-chauvinistisch Inschutznahme der deutschen Arbeiterklasse:

„Jetzt sind also die „Deutschen“ für die Naziverbrechen verantwortlich!“

und

„die Verbrechen werden der deutschen Arbeiterklasse in die Schuhe geschoben“
(Roter Blitz - Nr. 4/5 1995, S.2)

Das Problem, daß die „KPD“ einfach nicht sehen will, ist eben, daß zwar die deutsche Bourgeoisie die Hauptschuld für die Naziverbrechen trägt, daß aber die Politik des imperialistischen Krieges gegen die sozialistische Sowjetunion, der Völkermord an den Juden, den Sinti und Roma nur möglich war durch die aktive Beteiligung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und dies keineswegs nur auf Druck der Repressionsorgane, sondern aus Überzeugung und Begeisterung für die Ideologie und die Verbrechen der Nazis heraus.

3. a) Antisemitismus im „Roten Blitz“:

Gipfel dieses Artikels im „Roten Blitz“ - Nr. 4/5 1995 bildet die etwas abgemildert vorgetragene, alte Nazi-Lüge „die Juden sind das Unglück Deutschlands“.

„Morgenthau war Jude und von daher ist es angesichts der Nazi-Massenmorde an den Juden verständlich, daß er Deutschland zu einem - wie es verkürzt dargestellt wird - Kartoffelacker machen wollte.“
(„Roter Blitz“ - Nr. 4/5 1995, S.2/3)

Hier soll eben als Begründung für die Pläne Morgenthau herhalten, daß er Jude gewesen ist, und ausgesprochen heißt dies, die Juden wollten Deutschland nach 1945 völlig zerstören. Da hilft es auch nichts, den Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas als verständliche Begründung anzuführen.

Zum letzten Zitat mit dem Morgenthau-Plan: Morgenthau war Jude und von daher ist es angesichts der Nazi-Massenmorde an den Juden verständlich, daß er Deutschland zu einem - wie es verkürzt dargestellt wird - Kartoffelacker machen wollte. Es ist aber nicht zu bedauern, sondern zu begrüßen, daß dieser Plan nicht verwirklicht wurde. Leider verhinderten die westlichen Alliierten und die westdeutschen Kapitalisten durch die Torpedierung der Beschlüsse von Teheran, Jalta und Potsdam, daß jemals wieder ein imperialistisches Deutschland entstehen konnte, von dem eine Bedrohung für andere Völker ausgingt.

2. b) Antisemitismus im „Roten Blitz“, leider kein Einzelfall:

Ein weiteres Beispiel die Grußbotschaft des ZK der „KPD“ an den 23. Jahrestag der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP)²² aus dem „Roten Blitz“ - Extrablatt zum 1. Mai 1992, in dem es heißt

„Der deutsche Imperialismus schafft es immer noch bis hinein in die Linke, den Holocaust an den Juden zu benutzen, um den Zionismus, der den Holocaust am palästinensischen Volk betreibt, zu unterstützen. Die deutsche antiimperialistische Bewegung muß ihre Anstrengungen vervielfachen, um das faschistische Wesen des Zionismus offenzulegen.“
(„Roter Blitz“ - Extrablatt: Mai 1992)

Daß dieser unter dem Namen des Antizionismus getarnte Antisemitismus der „KPD“ kein Ausrutscher war, zeigt auch ein Bild, das im „Roten Morgen“ - Nr. 1/94 auf S. 19 abgebildet ist.

²² Zur schwierigen Frage des Staates Israel und dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, den islamistisch-antisemitischen Kräften in diesem Kampf und dem Antisemitismus in der deutschen Linken haben wir uns ausführlicher in „Radikal Brechen“ Nr. 7 auseinandergesetzt.

Mit dieser antisemitischen Gleichsetzung von Nazideutschland mit dem heutigen Staat Israel wird von der „KPD“ hier ganz offen geleugnet, daß die Völkermord Verbrechen der Nazis die bisher barbarischsten und menschenverachtendsten Verbrechen der bisherigen Weltgeschichte waren.

4. Entschuldigung der deutschen Arbeiterklasse - Hetze gegen antifaschistischen militärtanten Kampf - jetzt, hier und heute:

„Es gibt solche Selbstschutzgruppierungen zum teil schon, doch stehen sie nicht unter proletarischer, sondern unter kleinbürgerlicher oder anarchistischer Führung. Dies führt dazu, daß sie sich oft in sozusagen private Kämpfe mit den faschistischen Banden einlassen und auch mit entsprechenden Staatsorganisationen bestenfalls auf der Ebene des Räuber und Gendarmspiels auseinandersetzen. (...) Ja sie sehen oft genug auch auf die ‘dummen’ Massen der Werktagigen herab, weil diese solche Revoluzzer- Scharmützel zu Recht ablehnen.“

(RB 1/96 Seite 9)

Nach dem zunächst die Kämpfe mit Nazis und Polizei als „private“ Angelegenheiten und „Räuber- und Gendarm“-Spielereien verleumdet werden, werden die zum großen teils reaktionären Massen heute in Deutschland als fortschrittlicher dargestellt als die kämpfenden Antifaschistinnen und Antifaschisten. Der große Teil der deutschen Bevölkerung lehnt den militärtanten antifaschistischen Kampf doch nicht deshalb ab, weil er ihn als „Revoluzzer-Schramützel“ betrachtet und selbst lieber gleich richtig Revolution machen würde, sondern daran, daß große Teile der deutschen Bevölkerung zu tiefst reaktionär beeinflußt sind und nicht selten eben Sympathien für die Nazis haben.

Im gleichen Stil findet sich auch im „Roten Blitz“ 4-5/95 eine Bericht über eine Demonstration gegen die Einverleibung der DDR am 3. Oktober in Düsseldorf, in dem im übelsten BILD-Zeitungsniveau gegen autonome Demonstrantinnen und Demonstranten gehetzt wird:

„Hier stieß dann die Demonstration bei vielen Passanten auch auf Interesse und trotz des durch ihre Aufmachung die Massen abstoßenden Auftretens vieler Autonomer auf Verständnis. (...) doch vorübergehend setzte sich ein autonomer Säuferblock an die Spitze, wahrscheinlich um eine Prügelei zu provozieren.“

(„Roten Blitz“ - Nr. 4-5, 1995, S. 6)

Zur „KPD“ - Gelsenkirchen kann eigentlich nur gesagt werden, daß man mit ihr einen widerlichen von deutschem Chauvinismus stinkenden Kadaver vor sich hat, der seinen Populismus auch mit antisemitischen Ausfällen spickt.



III. Anhang:

Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution

Im Februar 1956 – drei Jahre nach dem Tode Stalins – präsentierte der neue Parteivorsitzende der KPdSU Chruschtschow der Welt ein durch und durch revisionistisches Programm. Das war ein grundlegender Einschnitt. Denn in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes revidierte dieser Parteitag die kommunistische Linie und ersetzte sie durch eine opportunistische Linie der Anpassung an den Weltimperialismus. Abgesehen von der Verdammung Stalins in Chruschtschows berüchtigtem „Geheimbericht“ war die „sensationellste“ „Neuerung“ auf dem 20. Parteitag die Propaganda Chruschtschows vom „friedlichen Weg“ zum Sozialismus.

Die Folgen waren verheerend: Alle Kommunistischen Parteien, die dem „neuen

Weg“ des 20. Parteitags gefolgt sind, wechselten die Farbe. Die KPdSU wurde in eine reformistisch-bürgerliche Partei unter Führung der Chruschtschow-Breschnew-Clique verwandelt. Auf dieser Grundlage wurde der Kapitalismus unter sozialistischem Mäntelchen wiederhergestellt und die Sowjetunion in einen Staat der Ausbeutung und Unterdrückung verwandelt, in eine imperialistische Großmacht, die auf der Ausplünderung anderer Völker und der Völker innerhalb der UdSSR beruhte. Ebenso verheerend zeigte sich praktisch, daß der sogenannte „friedliche Weg“ in blutige Katastrophen führt, wie bei der Ermordung hunderttausender Kommunistinnen und Kommunisten in Indonesien 1965 und wie in Chile 1973, wo Zehntausende massakriert wurden.

I. Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Vollständiger Verrat an den Ideen des Kommunismus!

Und dennoch werden bis heute gefährliche Illusionen über die Bedeutung und die Folgen dieses entscheidenden Durchbruchs der Ideologie und Politik des modernen Revisionismus, über den 20. Parteitag der KPdSU, über die revisionistische Sowjetunion und die revisionistischen Länder überhaupt verbreitet. Sie sollen jetzt praktisch nachträglich verklärt werden. So wird zum Beispiel behauptet, die eigentliche Konterrevolution sei erst mit der offenen und vollständigen Liquidierung der sozialistischen Hülle und Phrasen unter Gorbatschow eingetreten. Wer so etwas verkündet, tritt in Wirklichkeit jedoch die Idee und Praxis der revolutionären Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie mit Füßen.

Was den Imperialisten aller Länder mit ihrer Intervention gegen die junge sozialistische Sowjetunion nicht gelang, was ihre Sabotage und Blockade nicht vermochte und woran die Nazi-Verbrecher mit ihrem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion scheiterten – das schafften die modernen Revisionisten vom Schlag eines Chruschtschow und Breschnew: sie zwangen den Sozialismus, die Diktatur der Arbeiterklasse in die Knie und zerstörten sie von innen!

Nach Stalins Tod gelang es den Chruschtschow-Revisionisten, die Führung in der KPdSU an sich zu reißen. Dieser konterrevolutionäre Machtwechsel war gut vorbereitet und erforderte nur wenig Zeit. Am Kommunismus festhaltende Parteimitglieder, die sich dem revisionistischen Verrat entgegenstellten und ihren Widerstand nicht aufgaben, wurden aus ihren Positionen entfernt, aus der Partei ausgeschlossen, mit sozialfaschistischem Terror verfolgt, ins Gefängnis geworfen oder gar ermordet. Alle möglichen ehemals inhaftierten Konterrevolutionäre und Agenten wurden von den herrschenden Revisionisten freigelassen und rehabilitiert.

Bereits drei Jahre nach Stalins Tod gelang ihnen auf dem 20. Parteitag der entscheidende Durchbruch, um ihr revisionistisches Programm zu verankern. Sie eröffneten höchstoffiziell und vor aller Welt ihren Frontalangriff auf die Prinzipien des wissen-

schaftlichen Kommunismus. Das durch und durch revisionistische Programm des 20. Parteitags legten sie als richtungsweisend für die gesamte kommunistische Weltbewegung dar.

Gegenüber einer Arbeiterklasse, welche über Jahrzehnte von der KPdSU(B) unter Führung Lenins und Stalins erzogen worden war und im Kampf gegen so gefährliche Renegaten wie Trotzki und Bucharin lehrreiche Erfahrungen gesammelt hatte, *mussten* die Chruschtschow-Revisionisten ihre konterrevolutionäre Linie der kapitalistischen Restauration äußerst geschickt tarnen und irgendwie legitimieren. Das taten sie im wesentlichen unter „*drei Flaggen*“, mit drei Methoden, die allesamt auf die *Revision der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus* abzielten:

- Die Flagge des „*Kampfes gegen den Personenkult*“ diente dazu, *Stalin als den führenden Kader der KPdSU(B), der Völker der Sowjetunion, der kommunistischen Weltbewegung zu demontieren*. Dazu diente die berüchtigte „Geheimrede“ über Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Damit wollten die Chruschtschow-Revisionisten den Weg frei bekommen für die Liquidierung aller revolutionären Errungenschaften, die unter Stalins Führung erkämpft wurden. Denn Stalins Leben und Werk steht für die prinzipienfeste Verteidigung und Weiterführung der sozialistischen Revolution, für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der jungen Sowjetunion, für die mächtige Entfaltung einer prinzipienfesten und einigen kommunistischen Weltbewegung während einer ganzen Generation, und nicht zuletzt für den welthistorischen Sieg über den Nazi-Faschismus.

- *Die Flagge der „nationalen Besonderheiten“* diente dazu, revisionistische Strömungen und Tendenzen in den verschiedenen Ländern der Erde, sei es in Jugoslawien oder in den USA, in Kuba oder in Deutschland, *zu einem einzigen weltweiten mächtigen revisionistischen Strom zusammenzufassen*, um so den Sieg über den Kommunismus zu sichern. Es ist eine bereits von Lenin festgestellte Gesetzmäßigkeit der Epoche des Imperialismus, daß die bür-

gerliche Ideologie in den Reihen der Arbeiter- und revolutionären Bewegung in Gestalt des Opportunismus und Revisionismus wirkt. So gab es auch während des Zweiten Weltkriegs und danach in vielen Ländern der Erde sozialdemokratische, revisionistische Abweichungen und Strömungen. Diese opportunistischen Strömungen begründeten ihre Abkehr von den marxistisch-leninistischen Prinzipien mit „Besonderheiten ihres Landes“, die es nur bei ihnen gäbe, weshalb angeblich solche grundsätzlichen Prinzipien wie das von der notwendigen Zerstörung des alten Staatsapparates in der proletarischen Revolution bei ihnen nicht gelten würden. Unter der Flagge der „nationalen Besonderheiten“ konnten die Chruschtschow-Revisionisten all diesen Renegaten ein gemeinsames Dach unter den Fittichen der KPdSU bieten.

● Als dritte Variante, um die kommunistischen Prinzipien zu demonstrieren, diente die *Flagge der „neuen Bedingungen“*. Damit sollte die Abkehr von den Prinzipien von Marx und Engels, gerade aber auch die Abkehr von den Grundlagen des Leninismus, vom Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, legitimiert werden. So wurde zum Beispiel die Existenz von Atombomben seit 1945, die in der Tat große Bedeutung hatte, als Argument verwendet, um zu behaupten, daß nun Lenins Gesetz von der Unvermeidlichkeit der Entstehung imperialistischer Kriege in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution nicht mehr gültig sei, daß revolutionäre Befreiungskriege abzulehnen seien wegen des zu hohen „Atomkriegsrisikos“, d.h. um Klassenversöhnung und Kapitulantentum gegenüber dem Imperialismus zu predigen.

All diese Manöver dienten dazu, den umfassenden revisionistischen Angriff auf die revolutionären Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu ermöglichen, wie er auf dem 20. Parteitag vorgetragen wurde. Als Begleitmusik zu ihren vielfältigen Revisionen der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus entfachten die Chruschtschow-Revisionisten nach dem 20. Parteitag einen wilden Lärm über die Gefahr des Dogmatismus. All jene, die bereit waren, die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu verteidigen, sollten mit diesem Geschrei in Schach gehalten und eingeschüchtert werden. Selbst das Zitieren von grundlegenden Texten und Passagen der Werke der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus wurde als Buchstabengelehrtheit und Doktrinarnismus beschimpft. Es ging den Chruschtschow-Revisionisten darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es faktisch verboten

war, die Ansichten der Chruschtschow-Revisionisten mit den von Marx, Engels, Lenin und Stalin formulierten Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus zu konfrontieren, wollte man nicht als „stalinistischer Dogmatiker“ und „Anhänger des Personenkults“ diffamiert werden.

Die Abkehr von den Ideen des Kommunismus, die eigentliche Zerstörung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats erfolgten also unserer Meinung nach Jahrzehnte vor Gorbatschow, eben auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Hier liegt die entscheidende Ursache für die Vernichtung der revolutionären Substanz der KPdSU und der anderen Kommunistischen Parteien, für die Vernichtung der Diktatur des Proletariats und die erneute Errichtung einer Diktatur der Bourgeoisie, für die konterrevolutionäre, kapitalistisch-imperialistische Entwicklung.

Der *klassenmäßige Sinn* der völligen Revision der Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus ist eben die Etablierung einer neuen bürgerlichen Herrscherschicht, ja einer neuen Ausbeuterklasse, die sich nur zum Betrug der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der ganzen Welt noch ein sozialistisches Mäntelchen umgehängt hatte. Chruschtschow stand an der Spitze jener Partefunktionäre, die wahrhaft konterrevolutionäre Revisionisten waren, die Schritt für Schritt die Partei und die Staatsmacht in ihre Hände bekamen, um „die kommunistische Festung von innen zu nehmen“, um die kommunistische Partei in eine revisionistische Partei zu verwandeln.

Der revisionistische Trick mit dem „staatlichen Eigentum“

Die Verteidiger und Beschöniger der revisionistisch-kapitalistischen Sowjetunion Chruschtschows und Breschnews fragen demagogisch: „Wie kann dort denn Kapitalismus und Ausbeutung gewesen sein, wenn es keine kapitalistischen Privatunternehmen, kein Privateigentum an Produktionsmitteln gegeben hat? Solange dort staatliches Eigentum herrschte, war dort auch Sozialismus!“

Die modernen Revisionisten erklären nicht ohne Grund bewußt oberflächlich nicht die Ausbeutungsrealität, sondern die juristische Frage des „Privatbesitzes“ an Fabriken und Grund und Boden zum wesentlichen Merkmal des Kapitalismus, um auf den staatlichen Besitz an Produktionsmitteln in der ehe-

Stalin – ein Feind des Personenkults

Seit Chruschtschows berühmt-berüchtigter „Geheimrede“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 ist ein sattsam bekannter Vorwurf gegen Stalin, er habe den „Personenkult“ um seine Person ins Leben gerufen und der Partei aufgezwungen.

Unbestreitbar gab es in der Sowjetunion Überreibungen und lächerlich-übertriebene Lobpreisungen Stalins, gab es auch formalistische bis ins floskelhafte gehende Überbewertungen der Verdienste und der Person Stalins.

Stalin selbst war jedoch ein **Feind jeglichen Personenkults**. Wiederholt hat Stalin die Idealisierung einzelner Personen bekämpft.

„Lenin lehrt uns, daß wirklich bolschewistische Führer nur solche sein können, die nicht nur die Arbeiter und Bauern zu belehren verstehen, sondern auch von ihnen lernen.“

(Stalin, „Fragen des Leninismus“, 1939)

Und Stalin hat sehr selbstkritisch von seinen eigenen Leistungen und Fehlern gesprochen (siehe Stalin-Werke Band 1, Vorwort des Verfassers, S. XIII) und Überreibungen oder gar Lobhudeleien bekämpft.

So hat Stalin in einem Brief vom 16. Februar 1938 an den Verlag „Djestisdat“ (Kinderbuchverlag) beim ZK des Komsomol sich gegen die Veröffentlichung eines ihm zur Begutachtung vorgelegten Buches über seine Person gewandt. Dieser Brief lautet:

„Ich wende mich entschieden gegen die Veröffentlichung der ‚Erzählung über Stalins Kindheit‘.

Das Buch enthält eine unzählige Menge von unwahren Tatsachenbehauptungen, von Entstellungen, Überreibungen und unverdienten Lobpreisungen. Die Autoren haben die Liebhaber von Erzählungen irregeführt, sie sind Lügner (vielleicht auch ‚gutwillige‘ Lügner) und Speichelklecker. Das ist bedauerlich für die Autoren, aber Tatsache bleibt Tatsache.

Aber das ist nicht der wichtigste Punkt. Der wichtigste Punkt liegt darin, daß das

Buch die Tendenz besitzt, im Bewußtsein der sowjetischen Kinder (und der Menschen überhaupt) den Personenkult, den Führerkult, den Kult um unfehlbare Helden zu verankern. Das ist gefährlich und schädlich. Die Theorie von den ‚Helden‘ und der ‚Masse‘ ist keine bolschewistische Theorie, sondern eine Theorie der Sozialrevolutionäre. Die Helden bringen das Volk hervor, verwandeln es aus einer Masse in ein Volk – sagen die Sozialrevolutionäre. Das Volk bringt die Helden hervor – antworten die Bolschewiki den Sozialrevolutionären. Das Buch gießt Wasser auf die Mühlen der Sozialrevolutionäre. Jedes Buch dieser Art wird Wasser auf die Mühlen der Sozialrevolutionäre gießen, wird unserer gesamten bolschewistischen Arbeit Schaden zufügen.“

(Der Brief Stalins wurde in „Voprosy istorii“ (Fragen der Geschichte) Nr. 11, 1953 veröffentlicht, zitiert nach: J.W. Stalin, Werke, Ergänzungsband 1929 - 1952, Berlin 1977)

Eine unterwürfige Haltung und Einstellung gegenüber seiner Person als auch gegenüber Personen überhaupt lehnte Stalin als unnützes, intelligenzlerisches Phraseneklingel, als nicht kommunistisch ab:

„Sie sprechen von Ihrer ‚Ergebnisheit‘ mir gegenüber. Mag sein, daß Ihnen diese Worte nur zufällig entschlüpft sind. Mag sein... Sollten Ihnen aber diese Worte nicht zufällig entschlüpft sein, so würde ich Ihnen raten, das ‚Prinzip‘ der Ergebnisheit gegenüber Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht bolschewistische Art.“

(Stalin, „Brief an Genossen Schatunowski“, 1930, Werke Band 13, S. 17)

Und 1946 schrieb Stalin dem Oberst der Roten Armee, Prof. Dr. Rasin, der Stalins Leistungen im 2. Weltkrieg gegen den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion überschwenglich lobte:

„das Ohr verletzen auch die Lobeshymnen auf Stalin – es ist einfach peinlich, sie zu lesen.“

(Stalin, „Antwortschreiben“, 23. Februar 1946, veröffentlicht in „Neue Welt“, Heft 7/April 1947, S. 23 -25, in: Werke Band 15, S. 58)

maligen UdSSR, der ehemaligen DDR etc. verweisen zu können, den sie automatisch für sozialistisch erklären.

Dieser billige Trick wurde schon von Marx und Engels entlarvt:

Es ist völlig *unwesentlich*, ob Fabriken Privatbesitz einer Minderheit oder staatlicher Besitz einer Minderheit sind. Die staatliche Form allein sagt gar nichts. Sie wurde mehr als einmal bereits zur Zeit von Marx und Engels zur *Vertuschung der Ausbeutung und des Kapitalismus* verwendet, wie es Marx und Engels an Bismarcks „Staatskapitalismus“ nachwiesen. Es gibt schließlich auch im „traditionellen“ Kapitalismus von jeher in einigen Bereichen verstaatlichte Betriebe, ohne daß hier von Sozialismus geredet werden kann, wie Engels schon im Hinblick auf die verstaatlichte Tabakindustrie im „Anti-Dühring“ 1878 schrieb.

„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahn selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Haupteisenbahnlinien verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen – so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen.“⁽¹⁾

Auch Formen und Hüllen haben ein Gewicht, müssen berücksichtigt werden, aber es darf nicht die Grenze überschritten werden, daß aus der Form der Inhalt, aus dem Nebensächlichen die Hauptsache gemacht wird. Marx und Engels lehren, daß es auf den Inhalt ankommt, daß nach dem Klasseninhalt

jener Staaten gefragt werden muß, die Produktionsmittel in die eigenen Hände nehmen und verwalten.

Bei der Frage der Haltung zu dem Besitz an den entscheidenden Produktionsmitteln kommt es nicht auf die juristische Form, den *Namen* (Staatseigentum oder Volkseigentum) an, sondern geht es darum, ob wirklich die Masse der Arbeiterklasse diesen Staat kontrolliert und die Macht in ihm ausübt. Die entscheidende Frage zur Beurteilung der Frage, ob in einer Gesellschaft Kapitalismus oder Sozialismus herrscht, ist die Klassenfrage: Welche Klassen oder welche Klasse hält in ihren Händen die Staatsmacht?

Es kommt alles auf folgendes an:

- Hat den betreffenden Staat eine korrupte und höchstens dem Namen nach sich kommunistisch nennende Ausbeuterclique in der Hand, die ganz und gar nicht die „Führung“ einer klassenkämpferischen, sozialistisch erzogenen Arbeiterklasse darstellt, sondern deren unversöhnlicher Feind ist?
- Oder aber ist dieser Staat wirklich ein Staat der Diktatur des Proletariats, ein Staat der bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter, der im Interesse der Mehrheit die ausbeuterische Minderheit unterdrückt und besiegt, der mit Methoden der sozialistischen Demokratie garantiert, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die Produktion führend planen, kontrollieren und wirklich die Kommandohöhen der Wirtschaft fest in der Hand haben.

Wenn es keine wirkliche Diktatur des Proletariats, also keine sozialistische Demokratie, und also keine wirkliche Verfügung über die Produktionsmittel für die Arbeiterklasse gibt, dann kann in der Tat, ohne die Idee des Sozialismus völlig zu diskreditieren, nicht von Sozialismus die Rede sein.⁽²⁾

Marx schrieb nicht zufällig, sondern ganz bewußt eine „Kritik der politischen Ökonomie“. Ebenso stellte Lenin gegen die ökonomistische Entstellung des Marxismus in seiner Schrift „Noch einmal über die Gewerkschaften“ von 1921 fest:

„Die Politik hat notwendigerweise das Prinzip gegenüber der Ökonomik“⁽³⁾

Das bedeutet:

- Ohne revolutionäre Politik, die radikal an die Wurzeln geht, ohne Zerschlagung des alten Staatsapparates von oben nach unten und von unten nach oben im bewaffneten Kampf der Massen, ohne Verhinderung der bürgerlichen Umwandlung von zu-

Zentrale Thesen der revisionistischen Linie des 20. Parteitags der KPdSU

Die Chruschtschow-Revisionisten stellten 1956 auf dem 20. Parteitag ihre „neue Linie“ als richtungsweisend für die gesamte internationale kommunistische Bewegung hin. Die Hauptthesen des 20. Parteitages der KPdSU, welche die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus unter dem Vorwand „großer Veränderungen im Weltmaßstab“ angriffen, waren:

- Der kommunistischen These von der **unbedingten Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution** stellte Chruschtschow die revisionistische These entgegen:

„... hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit ..., den reaktionären volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zu bereiten, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln.“

(Chruschtschow, „Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag“, Dietz-Verlag, Berlin 1956, S. 46)

Das war die Absage an die gewaltsame proletarische Revolution, an die unbedingt notwendige **Zerschlagung des alten Staatsapparates durch die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter**, das war die Propaganda des „**friedlichen parlamentarischen Weges**“ als angeblich möglicher „friedlicher“ Übergang zum Sozialismus.

- Der kommunistischen These von der **Unvermeidlichkeit der Kriege im Imperialismus** stellte Chruschtschow 1956 die revisionistische These gegenüber:

„Aber eine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit von Kriegen gibt es nicht.“

(Ebenda, S. 42)

- Der marxistisch-leninistischen These, daß **in der Epoche des Imperialismus die imperialistischen Großmächte einen erbitterten Kampf auf Leben und Tod um die Neuaufteilung der Welt führen**, stellte Chruschtschow die revisionistische These gegenüber :

„Die Sowjetunion ist, wie auch Großbritannien, Frankreich, ... zutiefst daran interessiert, das Entstehen eines neuen Krieges in Europa nicht zuzulassen.“

(Entschließung des XX. Parteitages der KPdSU zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, ebenda S. 168)

Damit werden imperialistische Großmächte zu Friedensengeln erklärt.

- Der marxistisch-leninistischen These, daß **die unterdrückten Völker sich nur durch die antiimperialistische und antifeudale Revolution unter der Hegemonie des Proletariats von Imperialismus, Kompradoren- und Großgrundbesitzerklassen befreien können** und nur so auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten können, stellte Chruschtschow die revisionistische These gegenüber:

*„Somit befreiten sich im Laufe der letzten zehn Jahre mehr als 1,2 Milliarden Menschen oder nahezu die **Hälfte der Bevölkerung des Erdalls von der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit** ... Volkschina und die **unabhängige Republik Indien** rücken in die Reihe der Großmächte auf.“*

(Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz-Verlag, Berlin 1956, S. 24)

Staaten wie Indien, in denen der Kolonialismus durch den Neokolonialismus ersetzt wurde, werden damit als „**vom Imperialismus befreite Nationen**“ hingestellt. Die Notwendigkeit des Sieges der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution als Voraussetzung für wirkliche Unabhängigkeit und Befreiung wird damit bestritten.

Auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Jahr 1961 wurde die revisionistische Linie des 20. Parteitags noch „bereichert“ um die Thesen vom „Staat des ganzen Volkes“ und von der „Partei des ganzen Volkes“.

- Der kommunistischen These, daß **die Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus unverzichtbar ist**, stellten die Chruschtschow-Revisionisten entgegen:

„In der UdSSR ist die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig. Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, ist in der neuen, gegenwärtigen Etappe ein Staat des ganzen Volkes.“

(Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag, zitiert nach „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Nachdruck Berlin 1971, S. 496)

Hinter dieser Revision steckte die Liquidierung der proletarischen Macht in der UdSSR,

ihre Umwandlung in eine bürgerliche Diktatur, die mit solchen Phrasen verschleiert werden sollte.

● Der kommunistischen These, daß die kommunistische Partei als Avantgarde des Proletariats die Revolution, die Diktatur des Proletariats führen muß, stellten die Chruschtschow-Revisionisten in ihrem „Programm“ die revisionistische These gegenüber:

„Durch den Sieg des Sozialismus in der UdSSR und die Festigung der Einheit der Sowjetgesellschaft ist die Kommunistische Partei

der Arbeiterklasse zur Avantgarde des Sowjetvolkes, zur Partei des ganzen Volkes geworden ...“
(ebenda, S. 505)

In Wirklichkeit gibt es keine über den Klassen stehenden Parteien. Und der Kommunismus kann nur von einer Avantgarde der Arbeiterklasse erkämpft werden und nicht von einer „Volkspartei“.

(Siehe dazu auch „Beiträge zum ideologischen Kampf“ der Redaktion des Westberliner Kommunisten: „Hauptpositionen des XX. Parteitages der KPdSU“, Nr. 3, 1980)

nächst wirklich sozialistischen Staaten aus „Dienern zu Herren der Gesellschaft“, ohne Errichtung eines wirklich starken, auf den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter beruhenden Staates, ohne Hegemonie und Diktatur des Proletariats, die nur unter Führung einer wirklichen Kommunistischen Partei verwirklicht werden kann, ist kein einziger Schritt zum Sozialismus und Kommunismus möglich.

● Hält die kommunistische Partei nicht an der Linie und Politik des unversöhnlichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung fest, so wechselt die Partei ihren Klassencharakter. In einem sozialistischen Land aber bedeutet das sehr bald auch eine Änderung des Charakters der Staatsmacht, der ganzen Gesellschaft.

Die internationale Ausbreitung der revisionistischen Konterrevolution und der beginnende Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Die modernen Chruschtschow-Revisionisten unterstützen maximal ihre revisionistischen Papageien und Gefolgsleute in allen Ländern der Erde. In vielen Kommunistischen Parteien rissen diese die Führung an sich, wobei sie geschickt die vorhandenen ideologischen Schwächen der Kommunistinnen und Kommunisten dieser Länder ebenso wie das Anse-

hen der KPdSU und der Sowjetunion ausnutzen. Ein ganzes Arsenal bereits in verschiedenen Kommunistischen Parteien vorhandener revisionistischer Fehler wurde nun unter Führung Chruschtschows nicht mehr bekämpft, sondern allseitig gefördert. Revolutionäre Kräfte innerhalb von kommunistischen Parteien unterdrückten sie mit bürokratischen Mitteln, denunzierten sie sogar beim Klassenfeind, um so **schließlich den größten Teil oft ehemals ruhmvoller Kommunistischer Parteien in konterrevolutionäre Parteien zu verwandeln**. Nicht nur die sozialistische Sowjetunion wechselte damals die Farbe, sondern auch die große Mehrheit der Volksdemokratien.⁽⁴⁾

Die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, die dem revisionistischen Verrat lange Widerstand leisteten, verließen später, Mitte bis Ende der siebziger Jahre den revolutionären Weg vollständig. Die KP Chinas wechselte nach Mao Tse-tungs Tod 1976 die Farbe, ebenso wie die Partei der Arbeit Albaniens.

Gerade die Kritik an den Fehlern der KP Chinas und anderer revolutionärer Parteien, die dem Chruschtschow-Revisionismus entgegneten, ist wesentlich für den heutigen Kampf um die Neuformierung und den internationalen Zusammenschluß der revolutionären und kommunistischen Kräfte, ist wesentlich, um wirklich zu begreifen, warum die sich damals neu formierenden kommunistischen Kräfte und Organisationen zumeist dem Druck von Imperialismus und Revisionismus nicht standhielten, selbst im revisionistischen Sumpf versanken bzw. weitgehend zerfallen sind.⁽⁵⁾

II. Der Machtantritt des modernen Revisionismus bedeutet: Offene Konterrevolution in der Praxis

Chruschtschow ließ sich in den imperialistischen Medien als großer Vorkämpfer gegen den „Stalinismus“ feiern und erhielt massive Unterstützung durch die imperialistisch-reaktionäre Konterrevolution bei der weltweiten Ausbreitung des modernen Revisionismus. Diese Front der modernen Revisionisten trat international in versteckter und offener Kollaboration mit den Imperialisten gegen die Revolution und die revolutionären Kräfte in allen Ländern, gegen die Befreiungskämpfe der Völker wie z. B. im Kongo auf. Chruschtschow pries – in einem erst 10 Jahre später veröffentlichten Gespräch in der „Prawda“ vom 10.9.1961 – schon 1951 die imperialistischen Großmächte. Chruschtschow sah gerade auch den US-Imperialismus direkt als Bündnispartner gegen die antiimperialistischen, antifeudalen Befreiungskriege an:

„Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen.“⁽⁶⁾

Nur wenige Jahre später beteiligte sich die Sowjetunion unter Chruschtschow an der direkten und indirekten konterrevolutionären Niederschlagung von antiimperialistischen und antifeudalen Befreiungsbewegungen wie 1960 in Kongo. Die KP Chinas hat dieses – und viele andere – revisionistische Verbrechen damals entschieden angeprangert und verurteilt:

„Am 13. Juli 1960 gab die Sowjetunion, zusammen mit der USA, einer Resolution des Sicherheitsrates der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Das half den USA, unter der

Flagge der Vereinten Nationen eine bewaffnete Intervention gegen Kongo durchzuführen. In einem Telegramm an Kasavubu und Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow sogar fest: ‚Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet.‘ Danach brachte die Sowjetpresse einen ganzen Lobeschwall für die Vereinten Nationen, die ‚der Regierung der Republik Kongo helfen, die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Staates zu verteidigen.‘ („Iswestija“ vom 21. Juli 1960). Weiter wurden von den Vereinten Nationen ‚entschlossene Maßnahmen‘ („Komsomolskaja Prawda“ vom 30. Juli 1960) erwartet. Selbst in ihren Erklärungen vom 21. August und 10. September war die Sowjetregierung immer noch voll des Lobes für die Vereinten Nationen, die das kongolesische Volk unterdrückten.

Im Jahre 1961 wiederum überredeten die Führer der KPdSU Gizenga, am kongolesischen Parlament teilzunehmen, das unter dem ‚Schutz‘ von Truppen der Vereinten Nationen einberufen worden war, und der Marionettenregierung beizutreten. Die Führung der KPdSU behauptete damals sogar fälschlich, die Einberufung des kongolesischen Parlaments sei ‚ein großes Ereignis im Leben der jungen Republik‘ und ein ‚Sieg der nationalen Kräfte‘ („Prawda“ vom 18. Juli 1961).

Die Tatsachen zeigen deutlich, daß diese falsche Politik der Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus bei seiner Aggression gegen Kongo große Dienste leistete. Lumumba wurde ermordet, Gizenga ins Gefängnis geworfen, viele andere Patrioten wurden verfolgt.“⁽⁷⁾

„Breschnewismus“ – Übergang des modernen Revisionismus zur Ideologie und Politik des russischen Sozialimperialismus

Die Absetzung Chruschtschows 1964 durch die Breschnew-Revisionisten bedeutete keineswegs den Beginn einer Kritik am modernen Revisionismus oder gar eine „Rückbesinnung“ auf Lenin und auf Stalin. **Die ideologische Grundlage der neuen Machthaber blieb unverändert Revisionismus.** Gerade unter Breschnew entstanden hunderte und tausende revisionistischer Machwerke, Sammelbände und Dokumentenzusammenstellungen, in denen ein ganzes Heer revisionistischer „Gelehrter“, „Autorenkollektive“ und hochrangiger „Ideologen“ wie Suslow die revisionistischen Verfälschungen in allen Bereichen vorantrieben, systematisierten und verfeinerten.

Die zeitweiligen „linken“ Manöver der Breschnew-Revisionisten, wie die Propagierung einer angeblichen „Diktatur des Proletariats“ und eines „verschärften Klassenkampfes“ in der Sowjetunion, **dienten der verstärkten Unterdrückung aufbegehrender Volksmassen**, gerade auch der nichtrussischen Völker durch die großmachtchauvinistische Politik der „Russifizierung“. Die Haltung zu dieser Variante des modernen Revisionismus, zum Breschnew-Revisionismus, ist gerade auch heute noch von Bedeutung. Angesichts des staatlichen Bankrotts des modernen Revisionismus Ende der achtziger Jahre lässt sich eine Art Wiederbelebung des ideologischen „Breschnewismus“ beobachten. Es gibt sogar Kräfte, die zwar „kritisieren“, wenn die Sowjetunion unter Chruschtschow und auch Breschnew mit den westlichen Imperialisten kollaborierten, es aber als angeblich „antiimperialistisch“ unterstützen und begrüßen, wenn die revisionistische Sowjetunion Maßnahmen durchführte, die sich gegen die anderen imperialistischen Großmächte richteten. Das Entscheidende in diesem Zusammenhang wird dabei gerade vertuscht:

Unter der politischen und ideologischen Führung Breschnews entwickelte sich der Revisionismus an der Macht in der Sowjetunion nach Wiederherstellung des Kapitalismus zu einer neuen imperialistischen Großmacht mit „sozialistischem Mäntelchen“, zum Sozialimperialismus.

Als Lenin die Renegaten der II. Internationale in seiner Schrift „Über die Aufgaben der III. Internationale“ von 1919 kritisierte, wies er darauf hin, daß sie charakterisiert waren durch

„Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat, Hinüberwachsen des Opportunismus in den Imperialismus“.⁽⁸⁾

Die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist ebenfalls vom Revisionismus in den Sozialimperialismus hinübergewachsen. Der **Unterschied** besteht nur darin: Die Sozialimperialisten der II. Internationale wie Kautsky und seinesgleichen hatten zunächst die **Staatsmacht** noch nicht in der Hand, sie dienten nur dem Imperialismus in ihrem eigenen Lande und pickten von dem den Völkern anderer Länder abgepreßten Extraprofit ein paar Bröckchen auf. Die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten hingegen unternahmen mit Hilfe der von ihnen usurpierten Staatsmacht unmittelbar Ausplünderung und Versklavung der Völker anderer Länder.

Nicht nur die nichtrussischen Nationalitäten in der Sowjetunion wurden hemmungslos unterdrückt, sondern auch **die anderen ehemals volksdemokratischen Länder wurden ausgebeutet und abhängig gemacht**, was in der militärischen Aggression durch Truppen des russischen Sozialimperialismus und seiner Lakaien gegen die CSSR 1968 und in der Niederschlagung jeglichen Widerstands in der Tschechoslowakei seinen ersten Höhepunkt fand. Ideologisch verbrämmt und gerechtfertigt wurde dies alles mit Breschnews berüchtigter, dem proletarischen Internationalismus direkt entgegengesetzter Theorie von der „beschränkten Souveränität“ der Staaten im sozialimperialistischen Herrschaftsbereich.

Die Unterstützung angeblich „revolutionärer“, tatsächlich konterrevolutionärer Regimes wie in Äthiopien bis hin zum zehnjährigen brutalen Kriegsgemetzel in Afghanistan und gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen durch sozialimperialistische Truppen in den siebziger und achtziger Jahren waren Versuche, sich im **zunehmenden Konkurrenzkampf** gegen die anderen imperialistischen Großmächte zu etablieren und Einflußgebiete zu sichern und hatten mit „Antiimperialismus“ auch nicht das geringste zu tun. Und auch die Einflußnahme auf nationale Befreiungsbewegungen erfolgte nie und nirgends zur wirklichen Unterstützung des Befreiungskampfes, sondern ausschließlich als Hebel für eigene imperialistische Einflußnahme, um also wirkliche nationale Unabhängigkeit zu verhindern.

An **drei Verbrechen der Breschnew-Revisionisten** soll hier genauer erinnert werden:

Die Freilassung der Nazi-Kriegsverbrecher in der Sowjetunion 1955 zeigt den Verrat der KPdSU- und SED-Revisionisten am Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus

Die Regierung des westdeutschen Imperialismus mit Adenauer an der Spitze hatte in einer großangelegten Kampagne 1954/55 in Westdeutschland die „öffentliche Meinung“ für die Amnestie von noch ca. 9000 in der Sowjetunion inhaftierten deutschen Kriegsverbrechern mobilisiert. Sie hatte gute Karten, ihr Ziel zu erreichen, denn in der Sowjetunion hatte die revisionistische Clique um Chruschtschow im Staatsapparat und der KPdSU weiter an Boden gewonnen.

Adenauers Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion (ohne Friedensvertrag!) war mit wirtschaftlichen Ködern und der Forderung nach Freilassung der über 9000 deutschen Kriegsverbrecher verbunden.

Einer der Gegner dieser Zugeständnisse war der damalige Ministerpräsident der Sowjetunion, Bulganin, der völlig richtig die Notwendigkeit der weiteren Inhaftierung der Naziverbrecher in der UdSSR im September 1955 begründete:

„In der Sowjetunion gibt es keine deutschen Kriegsgefangenen. Alle deutschen Kriegsgefangenen sind entlassen und zurückgekehrt. In der Sowjetunion befinden sich nur Kriegsverbrecher aus der ehemaligen Hitlerarmee, Verbrecher, die von sowjetischen Gerichten wegen besonders schwerer Verbrechen gegen das sowjetische Volk, gegen den Frieden und die Menschlichkeit verurteilt wurden. Tatsächlich befanden sich in unserem Land am 1. September 9626 solcher Personen. Aber das sind Menschen, die nach den Gesetzen und Regeln der Menschlichkeit hinter Schloß und Riegel gehören... Es sind Gewalttäter, Brandstifter, Mörder von Frauen, Kindern und Greisen. Sie wurden von den sowjetischen Gerichten nach ihren Handlungen verurteilt und können nicht als Kriegsgefangene betrachtet werden.“

(Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin vom 10.9.1955)

Aber Chruschtschow, dieser revisionistische Verräter, schluckte den Köder Adenauers und setzte seine Linie der Freilassung der deutschen Kriegsverbrecher in der Sowjetunion durch.

Auch Pieck, Ministerpräsident der DDR, setzte sich für die Freilassung der Nazikriegsverbrecher in der Sowjetunion ein. Er schickte im August 1955 ein Schreiben an Woroschilow, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, in dem es heißt:

„Ich halte daher den Zeitpunkt für gekommen, mich an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR... mit einer offiziellen Fürsprache der Deutschen Demokratischen Republik für die vorfristige Entlassung aller ehemaligen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen, und ihre Rückkehr in die Heimat zu wenden.“

(Aus dem Schreiben von Pieck an Woroschilow vom 31.8.1955)

Und tatsächlich beschloß am 28.9.1955 der Oberste Sowjet die Freilassung von 8877 Kriegsverbrechern in die DDR und Westdeutschland. Lediglich 749 besonders belastete Mörder sollen in westdeutschen bzw. DDR-Gefängnissen ihre Reststrafen absitzen („Neues Deutschland“, 30.9.1955).

In Westdeutschland wurden die dort ankommenden Kriegsverbrecher natürlich sofort auf freien Fuß gesetzt.

Doch auch in der DDR wurden alle 3300 Kriegsverbrecher, die aus der Sowjetunion übergeben wurden, schon 1956 begnadigt! (Ebenda, 21.6.1956.)

(Siehe dazu ausführlicher: **GDS Flugblatt „Was der ‚Fall Just‘ lehren kann!“, April 1992**)

● Die **militärische Okkupation der Tschechoslowakei 1968** markierte vor der ganzen Welt, daß der Chruschtschow-Revisionismus bereits in den **Sozialimperialismus** hingewachsen war. Bei dieser militärischen Aggression der russischen Sozialimperialisten, an der sich auch Truppen der DDR, Bulgariens, Polens und Ungarns beteiligten, ging es *überhaupt nicht* um die angebliche „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften“ in diesem Land. Denn schon seit langer Zeit hatte die „sowjettreue“ Novotny-Clique die kapitalistische Restaurierung in den Formen und mit den Methoden betrieben, welche ihr die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten selbst vorexerzierten. Die „Gefahr“ und „Bedrohung“ bestand einzig und allein darin, daß die Dubcek-Clique mit ihrer Politik des „Prager Frühlings“ nunmehr den „jugoslawischen“ Weg einschlug, den Weg der Loslösung aus dem Machtbereich der Breschnews und Kossygins, den Weg des Ausverkaufs des Landes an die westlichen Imperialisten, vor allem auch an den westdeutschen Imperialismus. Der Einmarsch der sowjetischen und anderen Truppen hatte keineswegs den Zweck, den Sozialismus in der Tschechoslowakei zu retten, den es schon nicht mehr gab – er sollte lediglich die Frage entscheiden, innerhalb **welchen Machtbereichs** die seit den 50er Jahren eingetretene konterrevolutionäre Entwicklung **weitergeführt** werden sollte, welche **Spielart** des Antimarxismus sich durchsetzen sollte, welche Clique die reaktionäre Diktatur über die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen Werktäglichen ausüben sollte.

● Ab 1977 wurde einer **faschistischen Militärdiktatur in Äthiopien** finanzielle, technische, personelle und militärische Hilfe von der Sowjetunion gewährt (außerdem von Kuba, der DDR, Volksrepublik Jemen, Libyen etc.). Vor allem die Sowjetunion, Kuba und Jemen intervenierten aber auch direkt in Äthiopien. Die Sowjetunion lieferte MIG-Flugzeuge und Panzer, Napalm- und Splitterbomben. Sowjetische Offiziere und Militärberater leiteten die Operationen der äthiopischen Armee vor allem gegen die Befreiungsbewegungen in Eritrea.

Der von 1961 bis 1992 geführte nationale Befreiungskampf der Völker Eritreas für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit richtete sich zuerst gegen das faschistische Regime Haile Selassies und die ihn unterstützenden imperialistischen Staaten wie die USA, Großbritannien, Westdeutschland. Seit Mitte der siebziger Jahre unterstützte die Sowjetunion das Militärregime unter Mengistu, das nach dem Sturz Haile Selassies 1974 an die Macht gelangt war, sich aus der alten faschistischen kaiserlichen Armee gebildet hatte und sogleich daran ging, die wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auch in Äthiopien selbst grausam zu unterdrücken.

Im Sommer 1978 begann die äthiopische Armee mit Unterstützung der Sowjetunion und Kubas die militärische Offensive gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Eritreas. Der Krieg gegen die Völker Eritreas wurde geführt mit Napalm und Splitterbomben, Städte und Dörfer Eritreas wurden zerstört, so daß in den befreiten Gebieten (1978 bereits 90% des gesamten Territoriums) unterirdischen Wohn- und Produktionsstätten geschaffen werden mußten. Systematisch wurde aus der Luft mit sowjetischen Flugzeugen und mit kubanischen und jemenitischen Piloten die Ernte zerstört und die Viehherden getötet. Ziel dieser barbarischen Kriegsführung war die Vernichtung der gesamten Lebensgrundlage der Bevölkerung. 200 000 Eritreerinnen und Eritreer wurden in diesem barbarischen Krieg getötet, über eine Million mußten fliehen.⁽⁹⁾

● Auch in **Afghanistan** führten die russischen Sozialimperialisten seit 1979 einen über zehn Jahre währenden grausamen Krieg gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker Afghanistans. Seit der militärischen Invasion der UdSSR nach Afghanistan gingen diese mit Methoden vor, die den Methoden der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam in nichts nachstanden. Eines ihrer ersten Verbrechen war dabei die Verhaftung und fast vollständige Ermordung aller wirklich revolutionären Kräfte, insbesondere der „Kommunistischen Partei Afghanistans/Marxisten-Leninisten-Aufbauorganisation“, die sich auf dem Weg zur sozialistischen Revolution die wirkliche Befreiung der Völker Afghanistans vom Joch der feudalistischen Unterdrückung und jeder Abhängigkeit vom Imperialismus zum Ziel gesetzt hatte.

Flächenbombardements von Städten und Dörfern, Geiselschießungen aller Bewohner von Dörfern, die Partisanen unterstützt hatten (einschließlich Frauen und Kindern); Einsatz von Napalm und Splitterbomben; Folterungen und Mord an Revolutionären usw.

Daß die Invasion nach Afghanistan nichts anderes als eine „normale“ imperialistische Invasion war, verriet 1980 der Sowjetdiplomat Falin, als er in einem Interview sagte, daß die Sowjetunion das selbe „Recht“ zur direkten imperialistischen Aggression und Intervention habe wie etwa die USA 1961 in Kongo (später Zaire):

„**Die einen schicken Truppen, die anderen stellen Transportflugzeuge. Warum dürfen wir in Afghanistan nicht tun, was uns die USA in Zaire vorgemacht haben?**“⁽¹⁰⁾

Das ist das wahre Gesicht der russischen Sozialimperialisten, die von sich behaupteten, sie seien Sozialisten und Kommunisten gewesen. Das wurde aus einer revisionistischen Clique, die einen mächtigen Staatsapparat in ihren Händen hielt.

Die konterrevolutionäre Bilanz des revisionistischen „friedlichen Weges zum Sozialismus“: Blutige Massaker an Werktäglichen in Indonesien 1965 und Chile 1973

Indonesien 1965

Bis Mitte der 60 er Jahre entwickelte sich die KP Indonesiens zur stärksten Kommunistischen Partei der kapitalistischen Welt mit 3 Millionen Mitgliedern und weiteren 15 Millionen Sympathisanten in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der Bauern. Bereits kurz nach dem 20. Parteitag der KPdSU begann sich – anknüpfend an den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ der Chruschtschow-Revisionisten – innerhalb der KP Indonesiens die falsche Linie von den „zwei Wegen zum Sozialismus“, der Möglichkeit eines „friedlichen“ und eines nicht-friedlichen Weges zum Sozialismus, durchzusetzen. In der Praxis bereitete sich die KP Indonesiens fast ausschließlich auf den „friedlichen Weg“ vor. Deshalb konnte sie dem faschistischen Putsch der Suharto-Clique und der reaktionären indonesischen Armee im Oktober 1965 keinen bewaffneten Widerstand entgegensetzen. Die blutige Bilanz lautete:

Zwischen 500 000 und einer Million Menschen wurden während des neun Monate dauernden Massenmordens brutal umgebracht. Weitere etwa 750 000 wurden verhaftet und jahrelang ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen. Etwa 100 000 Kommunistinnen und Kommunisten wurden in Internierungslager auf der Insel Buru verbannt und teilweise erst Ende der siebziger Jahre freigelassen.

Die KP Indonesien korrigierte selbstkritisch ihre falsche Linie von den „zwei Wegen“ in einer umfassenden, öffentlichen Selbstkritik vom September 1966, reorganisierte 1966/67 ihre Kräfte und eröffnete 1968 den bewaffneten Kampf in Zentral- und Ostjava und in Kalimantan. Später verließ sie allerdings den revolutionären Weg und schloß sich den nach dem Tode vom Mao Tse-tung 1976 in China an die Macht gekomme-

nen konterrevolutionären revisionistischen Kräften um Deng Hsiao-ping an.

(Siehe dazu ausführlicher: *GDS Nr. 55, „Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution!“, Juli 1991*. Dort ist auch die Selbstkritik der KP Indonesiens auszugsweise abgedruckt.)

Chile 1973

Mit dem Sieg Allendes bei den Präsidentschaftswahlen 1970 und mit der Bildung der Regierung der „Unidad Popular“, an der die revisionistische KP Chiles maßgeblich beteiligt war, feierten die modernen Revisionisten den angeblichen Sieg ihrer Theorie vom „friedlichen Weg“ zum Sozialismus. Doch die Ereignisse der folgenden Jahre bis zum konterrevolutionären, faschistischen Putsch vom September 1973 zeigten die Wahrheit: Mit Hilfe der Propaganda des „friedlichen Weges“ zum Sozialismus entwaffnete die revisionistische KP Chiles die Arbeiterklasse ideologisch, die Allende-Regierung wurde als „Sozialismus“ verkauft, obwohl der alte reaktionäre Staatsapparat nicht zerschlagen war.

Einige Monate vor dem Putsch gab die KP Chiles die Lösung: „Nein zum Bürgerkrieg!“ aus. Der revisionistische Führer der KP Chiles, Corvalan, ist Jahre später noch stolz auf diese konterrevolutionäre „Leistung“ und schreibt:

„Als es nach der Wahl im März feststand, daß die Reaktion die Regierung durch einen Staatsstreich stürzen wollte, brachten wir die Lösung „Nein zum Bürgerkrieg“ heraus.“

(L. Corvalan, „Ausgewählte Reden und Aufsätze“, Dietz Verlag 1983, S. 171)

Die revisionistische KP Chiles verbreitete in ihrem Zentralorgan zutiefst reaktionäre Lösungen, schürte Illusionen in die reaktionäre Armee und Polizei, die während und nach dem Putsch die blutigen Massaker und Folterungen durchführten, wie z.B.:

„Lieber Soldat, das Volk ist mit dir!“, „Es lebe die Armee und die Carabinieri!“, „Carabinieri, Armee und Polizei sind das Volk selbst!“
(„El Siglo“, 30. Juni 1973)

Noch am 9. September 1973, zwei Tage vor dem Putsch lag das Zentralorgan der KP Chiles:

„Nichts kann irgendeinen antagonistischen Widerspruch zwischen dem Volk und seiner Regierung und der Armee hervorrufen.“
(„El Siglo“, 9. September 1973)

Die blutige Bilanz des faschistischen Putsches in Chile gegen die ideologisch und auch materiell durch die Allende-Regierung und die revisionistische KP Chiles entwaffnete Arbeiterklasse lautet:

30 000 ermordet, 150 000 gefoltert, 1 Million aus Chile geflüchtet!

Dieser Verrat der modernen Revisionisten darf nie vergessen werden!

(Siehe ausführlich dazu: *GDS Nr. 40 „Die Revolution in Chile unterstützen!“, September 1987*)

Lenin:

„Über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten – das heißt faktisch zum Reaktionär werden.“

DKP

contra

Lenin

An der Haltung der DKP zu den Ereignissen in Chile vor dem Militärputsch 1973 war deutlich zu erkennen, wo die DKP ihre wirklichen Feinde sah und sieht: Sie schlagen gegen alle revolutionären Kräfte los, die sich entschlossen gegen die faschistische Gefahr und für die Vorbereitung der Revolution, für die Bewaffnung der Arbeiterinnen und Arbeiter eintraten:

„„Gewehre, Gewehre“ geifernd wollen sie in Chile den Bürgerkrieg, diese für die Massen mit den größten Opfern verbundene Scheinlösung – so wie die Rechten.“

(„Unsere Zeit“, Zentralorgan der DKP, 23.2.73)

„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus ent-

spricht (erinnern wir uns an den Schluß des ‚Elends der Philosophie‘ und des ‚Kommunistischen Manifests‘ mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos gelöste) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei‘, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S.412, Hervorhebungen im Original)

Warum kam es wirklich zum Bankrott des staatlich organisierten Revisionismus?

Der Bankrott des staatlich organisierten Revisionismus in der „Ära Gorbatschow“ ist keine „Niederlage des Sozialismus“, sondern hat ganz andere Gründe.

Erstens ist es *der siegreiche Vormarsch einiger imperialistischer Großmächte gegen eine andere imperialistische Großmacht*, gegen die Sowjetunion der Ära Chruschtschows und Breschnews. Diese sozialimperialistische Sowjetunion – zwar noch „sozialistisch“ in Worte, aber in der Tat imperialistisch, auf der Ausplünderung anderer Völker und der Völker innerhalb der Sowjetunion aufgebaut – hatte sich offensichtlich international übernommen. Die Aufblähung des militärischen Apparates und die Aggression gegen Afghanistan im Zusammenwirken mit der katastrophalen Lage im Innern führte zur Ära Gorbatschows, zur Politik der versuchten „Front-

begradiung“, um in der zwischenimperialistischen Rivalität, im Ringen mit den westlichen imperialistischen Großmächten dennoch ein gewisses Einflußgebiet zu erhalten.

Zweitens und im Zusammenhang damit wurde der eklatante *Gegensatz zwischen „sozialistischer“ Form und ausbeuterischem und imperialistischem Inhalt* der revisionistischen Herrschaft in der Sowjetunion zu einem der Gründe, warum sie selbst dem traditionellen Kapitalismus unterlegen war, eine der Ursachen der immer rascher aufeinander folgenden wirtschaftlichen und politischen Mißerfolge, Krisen und Auflösungserscheinungen, die schließlich zur Beseitigung auch dieser „sozialistischen Formen“ führte.

Doch auch die Auslieferung der DDR an die west/deutschen Imperialisten, schließlich sogar die Übergabe der anderen Länder Osteuropas an die westlichen imperialistischen Großmächte konnte den so genannten „Zusammenbruch“ der Sowjetunion und den völligen Bankrott der revisionistischen Herrschaftsform dort nicht verhindern.

III. Wie konnten die Revisionisten in der sozialistischen Sowjetunion die Macht in der Kommunistischen Partei erlangen und den Kapitalismus restaurieren?

Bei der Diskussion über die Entwicklung der Sowjetunion geht es nicht nur darum, zurecht nachzuweisen, daß unter Gorbatschow und Jelzin nur die revisionistischen Formen abgestreift wurden, der konterrevolutionäre Inhalt sich aber schon seit Jahrzehnten stabilisiert hatte.

Es geht tiefergehend darum, vor allem anhand der stärksten und am längsten existierenden sozialistischen Bastion der proletarischen Weltrevolution, nämlich der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, zu verstehen, wie in diesem Land die Konterrevolution in revisionistischer Form siegen konnte.

Wir können hier nur knapp zusammenfassen, was unsere Position zu diesen komplizierten und für die Perspektive und Entwicklung wirklich kommunistischer Kräfte entscheidend wichtigen Fragen ist. ⁽¹¹⁾

Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Fortsetzung und Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus!

Unser Ausgangspunkt bei der Analyse der historischen Erfahrungen des ersten proletarischen Staates ist das prinzipielle Verständnis, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht das Ende des Klassenkampfes ist, sondern die Fortsetzung des Klassenkampfes unter neuen Bedingungen, ja die Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus ist. ⁽¹²⁾

Lenin machte im Kampf gegen den Opportunismus in seiner grundlegenden Schrift „Staat und Revolution“ von 1917 klar:

„Der Opportunismus macht in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache halt, vor der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des Sturzes der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.“

„... Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt daseine sein: die Diktatur des Proletariats.“ (13)

Die Diktatur des Proletariats ist ein hartnäckiger, blutiger und unblutiger, gewaltamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, erzieherischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Überlieferungen der alten Gesellschaft. Dies bedeutet, daß die Gefahr der kapitalistischen Restauration während der gesamten Zeitspanne der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus real vorhanden ist, wie Lenin in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ von 1918 erläutert:

Im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/ML von revisionistischen Konterrevolutionären und von islamistischen Reaktionären ermordete Genossen!

Genosse Mohamed Tahir (Deckname Maksud)

Mitglied des Polbüros des ZK der Organisation „AKHGAN“, die für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans kämpfte. Das Versteck dieses Genossen wurde durch die revisionistischen Banden „Chalk“ und „Partscham“ am 30.11.1979 entdeckt und der Genosse wurde verhaftet. Auch nach vielen Folterungen hat er seine Ideologie, die Ideologie des wissenschaftlichen Kommunismus verteidigt, wurde aus diesem Grund verurteilt und durch revisionistische Mörder im berüchtigten Gefängnis von Kabul „Pul-i-Tscharchi“ erschossen.

Genosse Zaleh Mohamed

Mitglied des ZK von „AKHGAN“. Während der Kämpfe in Farah (im Südwesten Afghanistans) war er führend am Aufbau einer militärischen Front beteiligt, die unter seiner Führung auch während der sozialimperialistischen Angriffe weiter aufrechterhalten werden konnte. Er wur-

de im Schlaf von Mitgliedern der reaktionären-islamistischen Partei „Schwarze Echwan“ verhaftet, gefoltert und mit weiteren Genossen ermordet.

Genosse Mohamed Zedik

Mitglied des ZK von „AKHGAN“ – Provinz Herat. Nach dem Aprilputsch durch die revisionistischen Marionetten des sowjetischen Sozialimperialismus begann er seinen Kampf in der Provinz Herat, wo er in einer Textilfabrik arbeitete. Da er die Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Forderungen unterstützte, war er bald sehr beliebt und geschätzt. Bald sah die reaktionäre Fabrikverwaltung in ihm eine Gefahr und ließ ihn aufgrund seiner politischen Vergangenheit verhaften. Während der Haft wurde er durch brutale Folterungen ermordet.

(Kurzbiographie von drei der 27 ermordeten Genossen. Siehe ausführlicher dazu: Auszug aus AKHGAN, „Zur Erinnerung an die Märtyrer“, Juni 1982, übersetzt in: GDS Dezember 1983, „Es lebe die antiimperialistische Revolution in Afghanistan! Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe die Proletarische Weltrevolution!“)

„Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration.“⁽¹⁴⁾

Die historische Erfahrung der sozialistischen Länder und ihre konterrevolutionäre Umwandlung in kapitalistische Länder hat gezeigt: Der Klassenkampf spiegelt sich vor allem auch in der Kommunistischen Partei wider. Der Kampf gegen die revisionistische Zersetzung der Kommunistischen Partei muß in dem Bewußtsein geführt werden, daß der entscheidende Hebel für die Restauration des Kapitalismus die Zerstörung des revolutionären Charakters der Kommunistischen Partei ist. Die Revisionisten in der Kommunistischen Partei und innerhalb des Staatsapparats übernahmen die Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates und verwandelten das sozialistische Eigentum in das Eigentum einer Klasse der „neuen Bourgeoisie“.

Das richtige Verständnis dieser Fragen ist ausschlaggebend, um die revisionistische Umwandlung sozialistischer in kapitalistische Länder erfolgreich zu bekämpfen. Insofern ist der Kampf gegen alle revisionistischen Tendenzen und Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei entscheidend. Dabei müssen folgende Gesichtspunkte durchdacht werden:

- Nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse muß der Klassenkampf fortgesetzt und verschärft werden gegen die noch objektiv existierenden Überreste der als Klasse weitgehend liquidierten Bourgeoisie sowie gegen die unvermeidlich auf der Grundlage der noch vorhandenen Muttermale der alten Gesellschaft entstehenden neuen bürgerlichen Elemente, die die Keime einer neuen Bourgeoisie werden können.
- Die noch vorhandenen Klassenfeinde im Innern sind untrennbar verbunden mit dem internationalen Klassenfeind, der Klassenkampf gegen den inneren Feind ist Teil des weltweiten Kampfs zum Sturz des Weltimperialismus.

Die Verschärfung des Klassenkampfes erfolgt vor allem **aufgrund des Vormarsches des Proletariats**. Das heißt, die Arbeiterklasse führt ihren Klassenkampf bewußt und planmäßig, auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel der völligen Vernichtung der Bourgeoisie **auf jedem Gebiet** durch die immer breitere Mobilisierung der Kräfte des Prole-

tariats und der anderen werktätigen Massen. Der Klassenkampf verschärft sich auch und gerade, nachdem dem Kapitalismus ein ungeheuerer Schlag versetzt wurde, nachdem die eigene Bourgeoisie als Klasse ökonomisch vernichtet worden ist. Dieser Vormarsch des Proletariats führt dazu und ist die Grundlage dafür, daß die Kräfte der Konterrevolution um so verzweifelter ihrerseits den Klassenkampf verschärfen, Attacken starten, wo immer es eine Gelegenheit dazu gibt. Sie nützen jede Schwäche des Proletariats wie mangelnde Wachsamkeit u.ä. aus, um ihre Macht wieder zu errichten, wobei sie ihre Anstrengungen auf die Zerschlagung bzw. bürgerlich-revisionistische Zersetzung der bis zum Kommunismus notwendigen Kommunistischen Partei konzentrieren. 1937, also nach der Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse in der UdSSR, betonte Stalin in seiner Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler“:

„Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschene müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde.

Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schlafert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltesten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.“⁽¹⁵⁾

- Nach Brechung des militärischen und ökonomischen Widerstandes der Ausbeuterklassen gewinnt der Kampf zur Brechung des ideologischen Widerstandes der Kapitalisten überragende Bedeutung. Dieser Kampf ist ein umfassender Kampf gegen **alle Überreste und Einflüsse des Kapitalismus im Bewußtsein der Werktätigen** selbst. Und dieser Kampf ist **schwieriger und langwieriger** als die Zerschla-

gung der Werkzeuge, Mittel und Medien der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie. Denn es ist so, wie Lenin in seinem Werk „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ von 1920 formulierte:

„Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht.“⁽¹⁶⁾

Dieser Aspekt macht auch deutlich, daß die Verschärfung des Klassenkampfes keineswegs auf das Militärische oder Politische eingeschränkt werden darf, sondern bedeutet, daß das Objekt des bewußt geführten Klassenkampfes des Proletariats immer mehr ausgedehnt und ‚verfeinert‘ wird, um Bourgeoisie und Kapitalismus wirklich in allen Bereichen – gerade auch im ideologischen Bereich – zu vernichten. Wie Lenin 1920 in einer Rede erklärte, geht es darum,

„jeden Widerstand der Kapitalisten zu brechen, nicht nur den militärischen und politischen, sondern auch den ideologischen, der am tiefsten und mächtigsten ist.“⁽¹⁷⁾

● Ein Schlüssepunkt ist dabei auch das richtige Verständnis, daß das Absterben des Staates nicht durch die Abschwächung der Diktatur des Proletariats vorbereitet wird, sondern durch ihre maximale Verstärkung. Diese Stärkung der Staatsmacht erfolgt nicht durch ein bürokratisches Aufblähen des Staatsapparates, sondern vielmehr durch die Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten werktätigen Massen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Wenn, wie Lenin in einer Rede von 1917 forderte, jede Köchin, jeder Werktätige, den Staat leiten kann und an seiner Leitung aktiv beteiligt ist, dann ist klar, wie mächtig und stark ein solcher Staat sein muß:

„Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“⁽¹⁸⁾

Dann ist auch klar, daß das Absterben des Staates maximal vorbereitet ist und seine Hauptfunktionen überflüssig werden oder sind, vorausgesetzt, der Klassenfeind auf der ganzen Welt ist zerschlagen. In

diesem Sinne stellte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU(B) von 1939 heraus:

„Wir sind für das Absterben des Staates. Wir sind jedoch gleichzeitig für die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, der stärksten und mächtigsten Staatsmacht, die jemals bestanden hat. Höchste Entwicklung der Staatsmacht zur Vorbereitung der Bedingungen für das Absterben der Staatsmacht – so lautet die marxistische Formel. Ist das ‚widerspruchsvoll‘? Ja, es ist ‚widerspruchsvoll‘. Aber dieser Widerspruch ist dem Leben eigen, und er widerspiegelt vollständig die Marxsche Dialektik.“⁽¹⁹⁾

Der Sieg des modernen Revisionismus in der Sowjetunion – eine schwere Niederlage im Klassenkampf des Weltproletariats, die keineswegs zwangsläufig und unvermeidbar war

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion war keinesfalls zwangsläufig und unvermeidbar, ist eben nicht die zwangsläufige Folge des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, wie es die imperialistischen Demagogen triumphierend in allen Medien verkünden. Wie war dann aber dieser riesige Rückschlag, diese verheerende Niederlage möglich? Welche Ursachen, welche tiefergehenden Gründe gab es dafür? Welches Gewicht haben welche Gründe aus den verschiedensten Bereichen, ökonomische, politische, ideologische Gründe? Der Generationswechsel nach 40 Jahren? Die Verluste vieler hervorragender Kader, die im Kampf gegen die Nazifaschisten gefallen sind?

Nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution 1848-1849 in Deutschland schrieb Friedrich Engels:

„... wenn man aber nach der Ursache der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk ‚verraten‘. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht

einmal verständlich, wie es kam, daß das „Volk‘ sich derart verraten ließ.“⁽²⁰⁾

Selbstverständlich unter gänzlich anderen historischen Bedingungen – 1848 war die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution noch nicht angebrochen, es gab noch keine siegreiche revolutionäre Kommunistische Partei, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ war von Karl Marx und Friedrich Engels gerade erst geschrieben, der „Bund der Kommunisten“ gerade erst gegründet worden – trifft Engels auch für „unsere“ Debatte den Punkt, ja wir müssen ihn sogar noch besonders hervorheben und ausdrücklich betonen: Wir müssen erklären, „wie es kam, daß das ,Volk‘ sich verraten ließ“.

Diese Frage ist in der Sowjetunion der Jahre 1953 - 1956 um so berechtigter (gegenüber der Lage in Deutschland 1848), da hier fast 40 Jahre lang die Kommunistische Partei an der Spitze der Staatsmacht der Diktatur des Proletariats eine gigantische Erziehungsarbeit innerhalb der Arbeiterklasse und bei den breiten Volksmassen auf dem Land geleistet hatte, wie sie in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesen war.

Ganz eindeutig ist, daß Chruschtschow und viele andere „Verräter“ waren. Diese Antwort trifft zu, ist auch nicht einerlei, sondern wichtig. Aber sie klärt ganz und gar nicht die Frage, wieso auf lange Sicht „das ,Volk‘ sich verraten ließ“.

Die Gründe **hierfür** können keinesfalls nur in der Zeitspanne nach dem Tod Stalins gesucht werden. Nach dem Tod Stalins änderte sich in der Führung der KPdSU das „Hauptquartier“, die Linie wurde spätestens nach dem 20. Parteitag als revisionistische Linie besiegt. Daß dagegen der Widerstand nicht zum langandauernden Bürgerkrieg führte, es zu keiner Spaltung der KP kam, der existierende Widerstand relativ rasch niedergeschlagen werden konnte – **das** ist das entscheidende Problem.

Die gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der besten und der Sache des Kommunismus ergebensten proletarischen Kräfte, die umfangreichen konterrevolutionären Parteisäuberungen, die Anwendung von Methoden des faschistischen Terrors, ja der physischen Vernichtung der gegen die Strömung mutig ankämpfenden revolutionären Kräfte reicht allein zweifellos **nicht** aus, das zu erklären, zumal es sich um Mittel handelt, die erst **nach** dem Sieg der revisionistischen Linie und **nach** der direkten Machtübernahme der konterrevolutionären Elemente in breitem Umfang eingesetzt werden konnten.

„Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern“⁽²¹⁾

schrieb Lenin schon 1921, nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Die Oktoberrevolution wurde ‚zu Fall gebracht‘ – um welche Fehler handelt es sich?

Es liegt nahe und ist auch berechtigt, nach der **Linie** Stalins zu fragen, genauer nach der Linie und der theoretischen Fundierung durch die KPdSU(B). Keine Genossin und kein Genosse darf dieser Frage ausweichen.

Unsere Antwort ist aufgrund unseres Studiums eindeutig, auch wenn sie noch genauer, präziser und überzeugender werden muß: Wir haben gründlich die Linie der KPdSU(B) und die Werke des Genossen Stalin studiert und sind der Meinung, daß hier, auf diesem Gebiet **nicht** die Gründe für den Sieg der Konterrevolution zu finden sind. Denn:

● Die KPdSU(B) hatte **eine grundlegend korrekte Generallinie**, die es ermöglichte, Fehler und Abweichungen zu bekämpfen und zu korrigieren. Wer zum Beispiel den Bericht des Genossen Shdanow zum neuen Statut auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1939 liest, bekommt einen eindrucksvollen und überzeugenden Einblick, daß in der Praxis tatsächlich ein sehr konkreter Kampf gegen Bürokratismus, für die innerparteiliche Demokratie, für schohnungslose Kritik und Selbtkritik gerade in einer Zeit geführt wurde, die von den Antikommunisten und Antistalinisten besonders verteufelt wird.

● Niemand hat so entschlossen und unermüdlich gegen die aufkommende revisionistische Strömung in der KPdSU(B) angekämpft wie Stalin. Das zu ignorieren, würde bedeuten, die klassenmäßige Front zwischen revisionistischem Verrat und möglichen Fehlern der großen Lehrmeister des Kommunismus zu verwischen. Heute kann jeder die Dokumente von Stalins Kampf gegen die aufkommenden revisionistischen Tendenzen in der KPdSU(B) in „Fragen der Sprachwissenschaft“ (1950) und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (1952) studieren, um sich davon zu überzeugen, daß alle Pseudomarxisten völlig im Unrecht sind, die Stalin als „Wegbereiter des Revisionismus“ darstellen. ⁽²²⁾ Das sind Verleumdungen, und Verleumdungen müssen wir brandmarken und nicht darüber diskutieren. Die Wirkung dieser Verleumdungen und dieser ganzen Hetze auch bei nicht unbedingt antikommunistisch eingestellten Leuten beruht – neben der ganzen bürgerlichen Erziehung und tagtäglichen Beeinflussung – vielfach einfach auch auf Unkenntnis.

So merken manche z. B. gar nicht, was für eine unerhörte Demagogie es ist, wenn sie in der Tat regelrecht antikommunistische Formeln wie „Die Partei hat immer recht“ oder „Die Partei macht keine Fehler“ als „typisch stalinistisch“ bezeichnen. Denn es war umgekehrt gerade Stalin, der diese ursprünglich von Trotzki verwendete und später von diversen Pseudo-Kommunisten propagierte Phrase als prinzipiell falsch und antienunistisch u.a. in seiner Rede an den 13. Parteitag der KPR(B) entlarvte und bekämpfte:

„Die Partei, erklärt Trotzki, macht keine Fehler. Das stimmt nicht. Die Partei macht nicht selten Fehler. Iljitsch lehrte uns, daß man die Partei an Hand ihrer eigenen Fehler lehren muß, richtig zu führen. Würde die Partei keine Fehler machen, so wäre nichts da, an Hand dessen man die Partei lehren könnte. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Fehler herauszufinden, ihre Wurzeln bloßzulegen und der Partei und der Arbeiterklasse zu zeigen, welche Fehler wir begangen haben und wie wir diese Fehler in Zukunft vermeiden können. Ohne das wäre die Heranbildung von Führern und Kadern der Partei unmöglich, denn sie werden im Kampf gegen ihre eigenen Fehler, in Überwindung dieser Fehler herangebildet und erzogen.“ ⁽²³⁾

Andererseits sehen wir immer wieder, daß bei den wirklichen Ansichten Stalins als „Fehler“ angegriffen wird, was in Wirklichkeit Grundsätze des wissenschaftlichen Kommunismus sind. So greifen diverse Revisionisten und Opportunisten das von Stalin verteidigte Prinzip des verschärften Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats als „künstlich“ und „eingebildetes Problem“ an. ⁽²⁴⁾

Für völlig falsch halten wir es, wenn manche einen Schluß folgender Art ziehen:

„Wenn sich die Chruschtschow-Revisionisten 1956 so relativ leicht durchsetzen konnten, dann kann es vorher auch nicht viel besser gewesen sein.“

Mit einer solchen Allmählichkeitstheorie („alles ist ein Prozeß!“), die hinter dieser Schlußfolgerung steht (die dann auch bis zu Lenin und zu Marx und Engels zurück verlängert werden kann), wird der **qualitative Charakter** des Einschnitts bestritten, den der Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten darstellt. Dieser Einschnitt hat das **Entscheidende** geändert, nämlich den **Charakter** der Partei und der Staatsmacht. Die Revisionisten und die Konterrevo-

lution überhaupt kamen zu Lebzeiten von Lenin und Stalin eben **nicht** durch, wurden von einer Kommunistischen Partei und einem klassenbewußten Proletariat, das die Macht in Händen hielt, energisch bekämpft, so daß der Sozialismus aufgebaut werden konnte und tatsächlich auch aufgebaut wurde. Noch nie in der Geschichte waren die Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung so weit gekommen. Noch nie wurde so lange und mit solcher Klarheit der Kampf für die klassenlose, die kommunistische Gesellschaft voran geführt. Daß dies seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr weitergeführt werden konnte, war eine **wirkliche Niederlage im Klassenkampf**, hier wurden die bisher größten Errungenschaften in der Menschheitsgeschichte wirklich vernichtet.

Grundsätzlich ist es ist ganz und gar nicht so, wie es seinerzeit der SED-Generalsekretär Ulbricht behauptete: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Vielmehr hängt die **Existenz** der Diktatur des Proletariats und damit auch die Existenz des Sozialismus immer davon ab, daß sich in all den ideologischen und politischen Kämpfen die kommunistische Linie und Politik durchsetzt. Der Ausgang dieser Kämpfe war auch zu Lebzeiten Lenins keineswegs so sicher, wie das vielleicht im nachhinein erscheint. Erinnert sei nur an die Situation vor dem Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk zwischen der jungen Sowjetmacht und Deutschland im Jahr 1918, als die Sowjetmacht vor allem aufgrund der kleinbürgerlichen und opportunistischen Sabotage an einem seidenen Faden hing und Lenin sogar mit seinem Rücktritt drohen mußte! Auch die Kämpfe der KPdSU(B) gegen die opportunistische „Opposition“, die jahrelang offen und öffentlich ausgetragen wurden, waren dem Wesen nach Kämpfe auf Leben und Tod. Die Durchsetzung der Linie Trotzkis oder Bucharins hätte den Sturz der Diktatur des Proletariats zur Folge gehabt.

In diesem schärfsten Klassenkampf zwischen Revolution und Konterrevolution war natürlich auch der Tod eines so herausragenden, führenden kommunistischen Kaders wie Stalin ein Faktor von erheblichem Gewicht, zumal eben kein Nachfolger da war, der diesen Verlust auch nur halbwegs auffangen konnte. Das Haßgeheul der Chruschtschow-Revisionisten gegen Stalin bestätigt negativ, in welch starkem Ausmaß er zu seinen Lebzeiten ein Hindernis für die Durchsetzung der revisionistischen Konterrevolution war.

Unserer Meinung nach liegt die Ursache für das Anwachsen des Revisionismus auch in der Zeitspan-

ne vor dem Tode Stalins gerade in der *ungenügenden Propagierung und Anwendung der grundlegenden Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus* über die Diktatur des Proletariats, über die Kommunistische Partei, die Rolle der Kader und der Massen usw. Die ungenügende wirklich tiefgehende Aneignung der richtigen Linie Lenins und Stalins durch die guten und ehrlichen Genossinnen und Genossen ist der springende Punkt, wollen wir nicht bei der bloßen Anprangerung einiger revisionistischer Verräter stehen bleiben. Dies zeigt die konterrevolutionäre Entwicklung nach dem Tod Stalins unwiderlegbar. Hier vor allem muß unserer Meinung nach die Analyse ansetzen. Wir wollen unsere Position dazu anhand einiger wesentlicher Fragenkomplexe knapp verdeutlichen. ⁽²⁵⁾

Die ideologische, theoretische und politische Erziehung gegen Spießertum

In seinem Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU(B) von 1939 richtete Stalin die eindringliche Mahnung an die gesamte Partei, daß sämtliche Erfolge auf allen anderen Gebieten gefährdet sind und zunichte gemacht werden können,

„wenn bei alledem unsere Parteipropaganda aus irgendwelchen Gründen zu hinken beginnt, wenn die marxistisch-leninistische Erziehung unserer Kader zu verkümmern beginnt, wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und die Kader selber im Zusammenhang damit aufhören, sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören zu begreifen, daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist, und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern. Es muß als Axiom gelten: je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ist sie, um so wirksamer ihre Resultate, und umgekehrt: Je niedriger das politische Niveau und jeweniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtiguern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten. Man kann mit Gewißheit sagen: Wenn wir es verstünden, unsere Kader in allen Zweigen der Arbeit ideologisch zu rüsten und sie in solchem Maße politisch zu stählen, daß sie sich in der inneren und internationalen Situation frei orientieren können, wenn wir es verstünden, sie zu völlig reifen Marxisten-Leninisten zu machen, fähig, die Frage der Leitung des Landes ohne ernsthafte Fehler zu entscheiden, so würden wir allen Grund haben, neun Zehntel aller unserer Fragen als bereits gelöst zu betrachten.“ ⁽²⁶⁾

Die ungeheure militärische und auch wirtschaftliche Anspannung aller Kräfte im Zweiten Weltkrieg, um den Sieg über den Nazifaschismus zu erringen, in dem unzählige hervorragende Kommunistinnen und Kommunisten gefallen sind, sowie dann auch der Kampf für den raschen Wiederaufbau des in weiten Teilen völlig zerstörten Landes hat die ideologische Arbeit der Kommunistischen Partei vor große Probleme gestellt. In diesem Zusammenhang ist auch der „Rechenschaftsbericht an den 19. Parteitag“ sehr wichtig, der von Malenkow am 5.10.1952 gehalten wurde. Denn dies ist das letzte Dokument der KPdSU vor Stalins Tod, in dem noch einmal grundsätzlich auf die Mängel der Parteiarbeit, vor allem im Hinblick auf die Erziehung der Kader im Zusammenhang mit der Situation während des Zweiten Weltkriegs und danach eingegangen und festgestellt wird, daß

„die Verhältnisse der Kriegszeit einige Besonderheiten in den von der Partei angewandten Leitungsmethoden bedingt und auch große Mängel in der Tätigkeit der Parteiorgane und der Parteiorganisationen mit sich gebracht hatten. Das fand vor allem darin seinen Ausdruck, daß die Parteiorgane der parteiorganisatorischen und ideologischen Arbeit weniger Bedeutung schenkten, weswegen diese Arbeit in vielen Parteiorganisationen vernachlässigt wurde. So ergab sich eine gewisse Gefahr, daß die Parteiorgane die Verbindung mit den Massen verlieren, sich aus Organen zur politischen Leitung, aus kämpferischen und von der Initiative ihrer Mitglieder getragenen Or-

Der „alte Revisionismus“ und der moderne Revisionismus nach 1945

Die Berufung auf Marx und Engels, um die zentralen Punkte des wissenschaftlichen Kommunismus in Wirklichkeit zu bekämpfen, wird in der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung als **Revisionismus** bezeichnet. Der Renegat Kautsky war nach Bernstein der populärste Vertreter dieser ideologischen Strömung, die Anfang dieses Jahrhunderts auch politisch vollständig in das Lager der bürgerlichen Konterrevolution hinüberschwenkte.

„**Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts**“ war die Grundidee der Bernsteinianer, die so die Arbeiterbewegung weg vom kommunistischen Zielen ins bürgerlich-reformistische Fahrwasser zu steuern bemüht waren.

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution spitzte sich der Kampf zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Revisionismus auf den Kampf zwischen Kautsky und Lenin zu. Die **Ablehnung der Diktatur des Proletariats und ihrer Erkämpfung durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, durch die proletarische Revolution und die heuchlerische Flagge der „Demokratie für alle“** wurde zur Ideologie einer relativ stabilen, vielfältig bestochenen Schicht in der Arbeiterklasse: **der Arbeiteraristokratie**. Die Ideologie dieses Kautskyanischen Revisionismus, des Sozialdemokratismus, richtete sich **direkt gegen die Analysen und Schlußfolgerungen**

Lenins unter heuchlerischer Berufung auf Marx und Engels. Ein ganzes Heer gekaufter Professoren machte sich daran, diese Ideologie des alten Revisionismus oder Sozialdemokratismus auszuarbeiten, Marx und Engels auf der einen Seite gegen die sozialistische Oktoberrevolution und die wissenschaftliche Arbeit Lenins, den Leninismus, auf der anderen Seite auszuspielen.

Unter den Bedingungen des wachsenden Einflusses der sozialistischen Sowjetunion gab es eine Fülle von Varianten dieses Sozialdemokratismus, wobei die scheinbar „linkste“ sozialdemokratische Variante, der Trotzkismus, dazu überging, „mit Lenin den Leninismus zu bekämpfen“. Durch einen großen theoretischen und

praktischen Kampf der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale unter Führung Lenins und Stalins, verbunden mit dem Anwachsen der revolutionären kommunistischen Arbeiterbewegung in der überwiegenden Mehrheit der Länder der Erde, wurde der „alte Revisionismus“, der Sozialdemokratismus und seine Variante, der „Trotzkismus“, sehr weitgehend zurückgedrängt und der wissenschaftliche Kommunismus in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß verteidigt, ausgearbeitet und verbreitet.

Der moderne Revisionismus als neue Erscheinung des Reformismus und Sozialdemokratismus ist untrennbar mit dem Namen seines Hauptvertreters, Chruschtschow, verbunden. Chruschtschow stand an der Spitze jener revisionistischen bürgerlichen Partefunktionäre der KPdSU, welche die Partei und Staatsmacht in ihre Hände bekamen und nutzen, um die kommunistische Partei in eine revisionistische Partei zu verwandeln, die Diktatur des Proletariats in eine polizeistaatliche Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie zu verwandeln und den wissenschaftlichen Kommunismus unter heuchlerischer Berufung auf Marx, Engels und Lenin in der Tradition Kautskys in allen wesentlichen Fragen, vor allem in Bezug auf die Diktatur des Proletariats und die proletarische Revolution mit den Märchen vom „friedlichen Weg“ zu revidieren.

Der Tito-Revisionismus hatte als erste revisionistische KP **die Staatsmacht in den Händen** und war ein deutlicher Vorbote der allen sozialistischen Ländern drohenden Gefahr einer Verwandlung in proimperialistische Staaten, die nur eine sozialistische Maske haben. Es war vor allem die KPdSU(B) und Genosse Stalin, die auf diese Gefahr umfassend aufmerksam machten. Doch ganz offensichtlich wurde das Problem allzusehr entgegen den Warnungen der Kominform und des ZK der KPdSU(B) in vielen Parteien lediglich als ein „jugoslawisches Problem“ angesehen.

(Vgl. dazu: „Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus“, Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Wien 1979)

ganisationen in eine Art von Verfügungen erlassende Verwaltungsämter verwandeln könnten, die nicht imstande wären, allen möglichen rein lokal- und ressortpatriotischen sowie sonstigen staatsschädigenden Bestrebungen Widerstand zu leisten sowie direkte Entstellungen der Parteipolitik beim wirtschaftlichen Aufbau und Beeinträchtigungen der Staatsinteressen zu bemerken.“⁽²⁷⁾

Es wird auf die ernsthafte Gefahr hingewiesen, daß

„... *selbst gute Funktionäre* ... allmählich ihre positiven Eigenschaften verlieren und nach und nach Bürokraten werden.“⁽²⁸⁾

Unserer Meinung nach muß dennoch die Frage gestellt werden, ob nicht Stalin und die Bolschewiki in der KPdSU(B) insbesondere in dessen letzten Lebensjahren in verschiedenen Schriften und Dokumenten sowie in der tagtäglichen ideologischen Erziehung deutlicher, eindeutiger und umfassender den sich *bis zum Kommunismus verschärfenden Klassenkampf und seine Gesetzmäßigkeiten* – anknüpfend an den Analysen im Kampf gegen Bucharin und andere Renegaten in den zwanziger und dreißiger Jahren – hätten herausstellen müssen. Denn es zeigte sich, daß nach dem Sieg über die Trotzkisten und Bucharinleute, nach dem Sieg im antifaschistischen Krieg die prinzipiellen Lehren über den sich verschärfenden Klassenkampf und den innerparteilichen Kampf, die Gefahr der revisionistischen Verbürgertierung in der KPdSU nicht genug verstanden wurden, um den Chruschtschow-Revisionismus zu besiegen. Die Gefahr, daß durch den Revisionismus alles nochmals verloren werden konnte, daß es im verschärften Klassenkampf immer noch um die Machtfrage ging – dieses Bewußtsein war in dieser Zeitspanne sicherlich nicht ausreichend in der Partei und unter den Arbeiterinnen und Arbeitern verankert.

In seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von 1952 warf Stalin auch das lebenswichtige Problem der Heranbildung von *revolutionären Nachfolgern* auf, die den von der älteren Generation der Kommunistinnen und Kommunisten begonnenen Kampf für den Kommunismus fortsetzen müssen. Da gab es offenbar erhebliche Probleme, sonst hätte es Stalin wohl kaum für nötig gehalten, festzustellen,

„daß zu uns, dem führenden Kern, jedes Jahr Tausende neuer junger Kader kommen, die von dem brennenden Wunsch besetzt sind, sich zu bewähren, die aber noch

keine ausreichende marxistische Bildung haben, viele uns wohlbekannte Wahrheiten nicht kennen und gezwungen sind, im dunkeln zu tappen. Sie sind von den gewaltigen Errungenschaften der Sowjetmacht überwältigt, sind vor den außerordentlichen Erfolgen der Sowjetordnung von Schwindel befallen und beginnen sich einzubilden, daß die Sowjetmacht „alles vermag“, daß ihr „alles ein leichtes ist“, daß sie die Gesetze der Wissenschaft umstoßen und neue Gesetze aufstellen kann.“⁽²⁹⁾

Es ist klar, daß dies ein günstiger Nährboden für den Revisionismus der Chruschtschow-Revisionisten war und dazu beitrug, daß der Revisionismus nicht zurückgeschlagen wurde. Dies bedeutet, daß in der Zeitspanne vor dem Machtantritt der modernen Revisionisten, d.h. zu Lebzeiten Stalins, nicht genügend Kader herangebildet wurden, sie sich danach als fähig erwiesen hätten, dem revisionistischen Verrat wirkungsvoll entgegenzutreten.

Kritik und Selbstkritik, Massenlinie, Kontrolle „von oben“ und gerade auch „von unten“, Kampf gegen „kommunistische“ Bürokraten, gegen Bürokratismus und Liberalismus

Das alles sind äußerst wichtige Bereiche, ohne deren kommunistisches Verständnis und Anwendung es keine Festigung der Diktatur des Proletariats, kein Vorankommen beim Aufbau des Sozialismus geben kann. Anhand der zahlreichen Schriften Stalins zu diesen Fragen kann sich jede und jeder davon überzeugen, daß Stalin – aufbauend auf den Lehren Lenins darüber – sehr korrekte Richtlinien entwickelt hat. Die Tatsache, daß sich Stalin praktisch in der gesamten Zeit, in der er an der Spitze der KPdSU(B) stand, immer wieder sehr scharf gegen die „kommunistischen“ Bürokraten, gegen die Unterdrückung von Kritik äußerte, macht deutlich, daß es da teilweise wirklich nicht rosig aussah. So stellte Stalin 1937 in seiner Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler“ ganz erhebliche bürokratisch-opportunistische Mängel bei der Auswahl der Kader fest:

„Meistens erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießerhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus – ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.“

Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.

Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelkern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.“⁽³⁰⁾

In dem Bericht Shdanows auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1939 wird eine Fülle von konkreten Belegen für geradezu erschreckende Vorgänge von bürokratischer Willkür und Unterdrückung von Kritik gegeben (auszugsweise abgedruckt in GDS Nummer 59). Es kann nicht darum gehen, dies zu beschönigen. Wir legen jedoch größten Wert auf die Feststellung, daß dagegen auch ein wirklich entschlossener Kampf geführt wurde und enorme Erfolge erzielt wurden. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft konnte für den sozialistischen Aufbau mobilisiert und begeistert werden. Bürgerlich-opportunistische und bürokratische Elemente, die sich dem Vormarsch zum sozialistischen Aufbau entgegenstellten, wurden unerbittlich beiseite gedrängt und bekamen die Diktatur des Proletariats zu spüren.

Auch nach dem Sieg im antifaschistischen Weltkrieg wurde in der KPdSU(B) der Kampf gegen aufkommende rechtsopportunistische Auffassungen

und bürokratische Entstellungen geführt. Dies zeigt auch noch der 19. Parteitag im Jahr 1952, der zum Beispiel im Rechenschaftsbericht von Malenkov scharf die Tendenzen verurteilte, die Selbstkritik und Kritik von unten zu sabotieren:

„Gegenwärtig ist es besonders wichtig, für die Entfaltung der Selbstkritik und Kritik von unten zu sorgen und diejenigen, die die Entwicklung der Kritik unserer Mängeln hindern, die Kritik knebeln und sie mit Verfolgungen und Schikanen vergelten, als schlimmste Feinde schonungslos zu bekämpfen.“⁽³¹⁾

Nach Stalins Tod 1953 wurde der Kampf gegen diese Mängel nicht mehr so geführt, wie es notwendig gewesen wäre, stattdessen verstanden es die revisionistischen Bürokraten in der Parteiführung, die modernen Revisionisten mit Chruschtschow und Breschnew an der Spitze, auch diese Mängel für ihre Zwecke auszunutzen, um die gesamte Parteiführung an sich zu reißen.

Die Frage der revolutionären kontra der revisionistischen Disziplin

Wie konnte es geschehen, daß der revisionistische Verrat durchkommen konnte, daß der Widerstand der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse nicht zur Lawine anwuchs, welche die revisionistischen Cliquen zerschmetterte? Ein wesentliches Moment, das eine gewisse Erklärung, eine teilweise Antwort auf diese umfangreiche Frage gibt, besteht in der Tatsache der schrittweisen Entleerung der Disziplin, die mehr und mehr als eine Frage betrachtet wurde, die **unabhängig** vom Inhalt, von der ideologischen und politischen Linie gestellt werden kann. Solche Auffassungen müssen **in der Praxis** der Sowjetunion ebenso vorhanden gewesen sein wie die falsche **Ge-wöhnung** daran, der Führung mehr oder weniger kritiklos zu **vertrauen**, sie nicht aufgrund ihrer Worte und Taten umfassend zu **kontrollieren**.

Wenn nun an die Stelle einer marxistisch-leninistischen Führung, die solche Tendenzen prinzipienfest **bekämpft**, wie damals in der Sowjetunion Stalin, Shdanow, Kalinin u.a., eine revisionistische Führung tritt, die solche Tendenzen massiv **fördert**, so beginnt damit unvermeidlich eine **konterrevolutionäre Kettenreaktion**, in deren Verlauf die bewußte proletarische Disziplin in blinden Gehorsam **um-**

schlägt und so zu einem entscheidenden Hebel wird, den revisionistischen Kurs der ganzen Partei, den Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen von oben bis unten aufzuzwingen und jeden Widerstand dagegen mit den Mitteln der administrativen, büro-

kratischen, staatlichen Gewalt niederzuschlagen, wodurch sich die *Diktatur des Proletariats schließlich zu einer konterrevolutionären Diktatur der neuen Bourgeoisie verkehrt*.

VI. Der Kampf für den vollständigen Bruch mit dem modernen Revisionismus muß weitergeführt und verschärft werden!

Mit dem Bankrott der revisionistischen Regimes in Osteuropa ist der moderne Revisionismus als opportunistische, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologie nicht zusammengebrochen oder gar verschwunden. Der moderne Revisionismus ist keinesfalls bankrott oder tot, er wechselt gegenwärtig nur seine Form und sein Gesicht. Die Ideologie des modernen Revisionismus wirkt fort, sie hat alle Fragen der Grundlagen, der Politik und des Lebens einer kommunistischen Partei bis ins Detail verfälscht. Eine besonders große Gefahr für revolutionäre und kommunistische Organisationen, für eine Kommunistische Partei, liegt darin, daß die revisionistische Ideologie und Politik seit Jahrzehnten auf praktisch allen Gebieten bereits ausgefeilte und ausgearbeitete Werke geschaffen haben, wodurch sich der bürgerlich-revisionistische Einfluß „spontan“ aufdrängt und Fuß faßt, wenn er nicht bewußt und umfassend bekämpft wird.

In Gestalt der PDS verbreitet er als „freundlicher Revisionismus“ seine parlamentaristischen Illusionen, seinen Revisionismus, seinen „demokratischen Sozialismus“ als antistalinistische „umweltverträgliche“ Alternative. Die PDS präsentiert sich als Alternative in doppelter Hinsicht: sowohl gegenüber der bankroten revisionistischen SED, die sie nicht wirklich analysiert, sondern deren Geschichte sie umgeht oder verfälscht, vor allem auch gegenüber der tatsächlichen Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins und zu den wirklich revolutionären Kommunistinnen und Kommunisten, die sie diffamiert und beschimpft, um sich als sogenannte „echte Demokraten“ an die herrschende Klasse anzubiedern.

Die PDS versucht, sich den Werktätigen besonders in der ehemaligen DDR anzudienen, die unter den

Folgen der Einverleibung der DDR am meisten zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht gegen die revanchistische Einverleibung als solche, sondern tritt für die Illusion einer „gleichberechtigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ (Wahlprogramm der PDS 1994) ein und stellt sich damit als die „bessere Wiedervereinigerin“ vor. In der Pose unschuldiger „Opfer der Abwicklung“ wird davon abgelenkt, daß diese Partei es auch war, die die DDR schließlich in kapitulantenhafter Manier für den west/deutschen Imperialismus „übergabereif“ machte. Für die PDS steht außer Frage, daß sie sich auf den Boden des Grundgesetzes des deutschen Revanchismus stellt und trotz allen antikapitalistischen Phrasen die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Grundsatz akzeptiert und verteidigt. Nicht zuletzt ihre schleimige Anbiederung an die SPD macht dies deutlich.

Die Gefährlichkeit dieser in Lug und Betrug erfahrener Revisionisten, von denen die meisten ihre politische Ausbildung in der alten Honecker-SED erhalten haben, liegt auch darin, daß sie eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf fortschrittliche und antifaschistische Kräfte ausüben und versuchen, sich in der linken Jugendbewegung eine Massenbasis zu schaffen. Unterstützt werden sie dabei von diversen pseudomarxistischen Gruppen wie BWK, „Arbeiterbund“, „Arbeiterkampf“ etc., aber auch von der DKP, die die PDS bei linken, sich noch an der Revolution orientierenden Kräften salonfähig machen wollen. Die PDS ist nicht ohne Erfolg darum bemüht, solche Kräfte zu desorientieren, sie aufzusaugen und ideologisch an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden.

Die PDS-Revisionisten müssen als Verfälscher der Grundideen des Kommunismus und der sozialisti-

ischen Revolution eine zentrale Zielscheibe des ideologischen Kampfes sein, und auch ihre Manöver und politischen Kneiffälle vor der herrschenden Klasse müssen vor den antifaschistischen und revolutionären Kräften entlarvt werden. Dies gilt ebenso für die DKP, die sich teilweise als neu aufpolierte „echte linke Kraft in der Bewegung“ zu profilieren sucht.

Der Kampf gegen den Revisionismus bedeutet allerdings nicht nur die Schaffung ideologischer und theoretischer Klarheit über diese Form der bürgerlichen Ideologie im marxistischen Gewand. Es geht vielmehr darum, unter den ehrlichen revolutionär orientierten Kräften, die heute noch in dieser oder jener Form an die Revisionisten gebunden sind, klarzumachen, daß es ohne den wirklichen, auch praktischen **Bruch** mit den Einflußträgern des Revisionismus und ohne deren aktive Entlarvung keinen Weg aus dem politischen Sumpf, keine Teilnahme am Kampf für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei geben kann. Dabei ist die Entschlossenheit und Fähigkeit, gerade auch im „eige-

nen“ Bereich, auch mit „persönlich befreundeten“ Revisionisten politisch zu brechen und selbst den Kampf gegen sie aufzunehmen, ein entscheidender Prüfstein. ⁽³²⁾

Die revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion nach dem 20. Parteitag sowie die Zerstörung praktisch aller ehemaligen Kommunistischen Parteien durch den modernen Revisionismus ist die Hauptursache für den heutigen unübersehbaren opportunistischen Sumpf. Der Aufbau wahrhaft kommunistischer Parteien, die Vorbereitung und Durchführung der bewaffneten sozialistischen Revolution, werden daher auf Jahre und Jahrzehnte nur vorankommen, wenn dies untrennbar mit dem wirklich tiefgehenden Kampf gegen den modernen Revisionismus international und im jeweiligen Land untrennbar verbunden wird.

Anmerkungen und Quellen

Die Frage, ob eine Reihe von KP's, darunter auch die SED und KPD, schon vor dem 20. Parteitag der KPdSU eine revisionistische Führung hatten, muß noch genau studiert werden (siehe dazu: GDS-Nr. 58, „Die Entwicklung der SED - ein Teil der ‚deutschen Misere‘“, Dezember 1991)

Kritisch wurde von einem Leser - mit gewissem Recht - angemerkt, daß einleitend zwischen revisionistischen Konterrevolutionären und einfachen Anhängern des Breschnewismus nicht deutlich differenziert wird!

(1) Engels, „Anti-Dühring“, 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 259.

(2) Wohin die ökonomistisch-revisionistische Entstehung des Marxismus führt, läßt sich deutlich am Beispiel der Haltung zum heutigen China zeigen. In China haben die Deng-Hsiao-ping-Revisionisten nach dem Tode Mao Tse-tungs, nach der Ausschaltung aller Revolutionäre ihre reaktionäre Diktatur unter einem „sozialistischen“ Mäntelchen errichtet. Dahinter verbirgt sich in Wirklichkeit ein wahres Ausbeuterparadies für die Imperialisten. Die Arbeiterinnen und Arbeiter schuften dort unter teilweise unbeschreiblichen Bedingungen für niedrigste Löhne für das deutsche, amerikanische, japanische und sonstige Monopolkapital. Immer wieder kommt es aufgrund fehlender minimaler Sicherheitseinrichtungen zu furchtbaren Unfällen und Katastrophen. So verbrannten z.B. vor einiger Zeit Dutzende Arbeiterinnen nachts in einer Fabrik, wo sie - wie zur Zeit des Frühkapitalismus - schliefen. Die Impe-

rialisten wissen die „sozialistische“ Hölle über dieser schamlosen Ausbeutung durchaus zu schätzen, weil jeder berechtigte Widerstand dagegen gerade auch in ihrem Interesse von vornherein als „antisozialistisch“ unterdrückt wird. Bei den diversen Pseudomarxisten, die dieses Ausbeuterparadies gar noch immer als „sozialistisches Bollwerk“ preisen, ist es so wie bei den Revisionisten der II. Internationale, die - wie Lenin entlarvt hat - sogar in den durch die imperialistische Kriegsführung bedingten staatsmonopolistischen Maßnahmen während des Ersten Weltkriegs nicht die äußerste Reaktion, sondern die Keime des Sozialismus sprießen sahen.

(3) Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften“, 1921, Werke Band 32, S. 73

(4) Nur in wenigen Ländern der Erde widersetzten sich die Kommunistinnen und Kommunisten diesem Kurswechsel erfolgreich und verteidigten die am Kommunismus orientierte Linie und Politik der KPs dieser Länder gegen das revisionistische Diktat, so vor allem in China und Albanien. Nach sieben Jahren „interner Beratungen“, Konferenzen und Verhandlungen mit den Chruschtschow-Revisionisten durchbrach endlich die KP Chinas 1963 die ganze Atmosphäre der faulen, dem revisionistischen Vormarsch dienenden „Einheit“ durch ihre öffentliche Polemik „Zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ und mobilisierte international die antirevisionistischen Kräfte zum offensiven Kampf gegen den modernen Revisionismus. In dieser „Großen Polemik“ wurden in der Frage der gewaltsaamen Revolution, der

Haltung zu den nationalen Befreiungsbewegungen, zum Klassenkampf im Sozialismus, zum Kampf gegen den Weltimperialismus und imperialistische Kriege, in der Haltung zu Stalin den Chruschtschow-Revisionisten **empfindliche Schläge** versetzt. Dennoch war dieser erste Versuch eines Neuanfangs im Kampf gegen den modernen Revisionismus **nicht tiefgehend genug**, noch mit **vielen Halbheiten und Zugeständnissen** verbunden, die den Vormarsch der Revisionisten schließlich erleichterten und beschleunigten.

(5) Zwischen 1979 und 1988 veröffentlichte „*Gegen die Strömung“ in acht Teilen eine Stellungnahme zum „Vorschlag“ und zu den „Kommentaren“ der KP Chinas „zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung*“, in der positive und negative Erfahrungen im Kampf gegen den Revisionismus ausgewertet wurden.

(6) Chruschtschow in einem Gespräch mit C.L. Sulzberger am 5. September 1951, veröffentlicht in der „Prawda“ vom 10. September 1961, zitiert nach: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, S. 273, Peking 1965, Nachdruck Berlin 1974.

(7) „Die Verfechter des neuen Kolonialismus“, „4. Kommentar zum Offenen Brief der KPdSU der Redaktionen von ‚Remnin Ribao‘ und ‚Hongqi‘, Parteiorgane der KP Chinas, in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, S. 223/224.

(8) Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale“, 1919, Werke Band 29, S. 493.

(9) Vergleiche dazu ausführlich *in GDS Nr. 41 den Artikel „Der imperialistische Charakter der Sowjetunion: Am Beispiel Eritrea“*.

(10) Stern, Nr. 6/1980. Vergleiche dazu ausführlich *in GDS Nr. 41 den Artikel „Der imperialistische Charakter der Sowjetunion: Am Beispiel Afghanistan“*.

(11) Ausführlich siehe dazu *GDS Nr. 13 „Von Stalin lernend die anstehenden Aufgaben lösen!“, GDS Nr. 24 „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs, Teil I“*; GDS Nr. 33 „Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“ – Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus“; *in GDS Nr. 42 den Abschnitt „Über die Linie des „Vorschlags“ für die Länder der proletarischen Diktatur: Zur Frage des Klassenkampfes bis hin zum Kommunismus“* sowie „*Rot Front“ Nr. 1, Januar 1996*.

(12) Ausführlich ist dieser Punkt in der „*Rot Front“ Nr. 1, Januar 1996* dargelegt.

(13) Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 425.

(14) Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, Werke Band 28, S. 252/253.

(15) Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzungler“, 1937, Werke Band 14, S. 136.

(16) Lenin. „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 29.

(17) Lenin, „Rede auf der Gesamt russischen Konferenz der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung bei den Gouvernements- und Kreisabteilungen für Volksbildung“, 1920, Werke Band 31, S. 364.

(18) Lenin, „Schlußwort zur Rede über den Frieden auf dem 2. Gesamt russischen Sowjetkongreß“, 1917, Werke Band 26, S. 246.

(19) Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag“, 1930, Werke Band 12, S. 323.

(20) Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, 1851-52, Marx/Engels Werke Band 8, S. 6.

(21) Lenin, „II. Gesamt russischer Verbandstag der Bergarbeiter“, 1921, Werke Band 32, S. 44.

(22) So hat sich Stalin in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ entschieden gegen den Vorschlag ausgesprochen, die staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) an die einzelnen landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Denn dadurch würden erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente werden. Das widerspricht der kommunistischen Perspektive. Zweitens würde sich daraus vor allem eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der Warenzirkulation ergeben. Unter Bezug auf Engels weist Stalin nach, daß dies „unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse“ (Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, Werke Band 15, S. 383). Genau diesen Weg haben die Chruschtschow-Revisionisten eingeschlagen, als sie 1958 die MTS an die Kollektivwirtschaften verkauften.

(23) Stalin, „Der XIII. Parteitag der KPR(B)“, 1924, Werke Band 6, S. 203.

(24) Die Revisionisten in Deutschland zeichneten sich schon immer durch besondere Dienstefrigkeit und Eilfertigkeit aus. Direkt nach dem 20. Parteitag, am 4. März 1956, schrieb W. Ulbricht, der heute von der sogenannten „kommunistischen Plattform in der PDS“ mit S. Wagenknecht an der Spitze gar als Antirevisionist hingestellt wird, im „Neuen Deutschland“ folgendes – was sicher nicht zur Klarheit über Stalin, wohl aber zur Klarheit über Ulbricht beigetragen hat:

„Das ZK der KPdSU hat bestimmte theoretische Fehler ... Stalins ... korrigiert. Es wurde auch die von Stalin vertretene Auffassung korrigiert, daß sich mit dem fortschreitenden Erfolg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion der **Klassenkampf verschärfe**.“

„Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.“

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit solchen revisionistischen Angriffen ist in *GDS Nr. 39 „Die revisioni-*

stischen Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Philosophie zurückzuschlagen“ enthalten.

(25) Das beste uns bekannte Dokument, die *in GDS Nr. 59 auszugsweise abgedruckte „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“*, stammt aus dem Jahr 1966. Es war ein erster Versuch einer grundlichen Analyse, die unseres Wissens nicht fortgesetzt wurde.

(26) Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag“, 1939, Werke Band 14, S. 219/220, vgl. auch Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzungler“, 1937, Werke Band 14, S. 141.

(27) Malenkov, „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B)“, Moskau 1952, Nachdruck Berlin 1971, S. 115.

(28) Ebenda, S. 125.

(29) Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, Werke Band 15, S. 300/301 (Hervorhebungen von uns).

(30) Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzungler“, 1937, Werke Band 14, S. 147-148.

Vergleiche dazu ausführlich *in GDS Nr. 59 den Artikel „Den Kampf Stalins gegen die „kommunistischen“ Bürokraten zum Vorbild nehmen“*.

(31) Malenkov, „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des ZK der KPdSU(B)“, Moskau 1952, Nachdruck Berlin 1971, S. 115.

(32) Der Verrat der modernen Revisionisten, die Tatsache, daß es die revolutionäre KPD Rosa Luxemburgs, Karl

Liebknechts und Ernst Thälmanns heute nicht mehr gibt, stellt sehr große Anforderungen an den Aufbau einer theoretisch und praktisch konsequent revolutionären Kommunistischen Partei. Auf theoretischem Gebiet muß in jeder Frage vor allem den modern-revisionistischen Verfälschern der Krieg erklärt werden. Grundlagen und Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus müssen auf allen Gebieten umfassend verteidigt werden, um die theoretischen Fragen der Revolution in Deutschland, Fragen der korrekten Bündnispolitik, des bewaffneten Kampfes und seiner Formen, des Parteaufbaus usw. in enger Verbindung mit der revolutionären Praxis lösen zu können.

Darüber hinaus kommt es im Kampf gegen den Antikommunismus wie auch gegen den modernen Revisionismus darauf an, die Anfangsjahre der SED wie auch die Erfahrungen der DDR 1946 bis 1956 umfassend zu analysieren, deren Gründung auf der Grundlage der Anwesenheit der Roten Armee in einem Teil Deutschlands dem deutschen Imperialismus zunächst einen schweren Schlag versetzte. Es muß analysiert werden, warum die SED die in sie gesetzte Hoffnung ganz und gar nicht erfüllt hat, der Opportunismus sich ausbreiten konnte und die SED schließlich völlig im Sog des internationalen modernen Revisionismus versunken ist. Es darf nicht zugelassen werden, daß diverse Opportunisten nur auf die KPdSU und die Sowjetunion zeigen, um von den Wurzeln des „eigenen“ Opportunismus in Deutschland abzulenken. Ebenso falsch ist es allerdings auch, sich um eine klare Stellungnahme zum 20. Parteitag, zum Machtantritt des Revisionismus im ersten sozialistischen Land zu drücken mit dem Hinweis darauf, sich vorerst nur um die Lage im eigenen Land kümmern zu können.

Erste Ergebnisse dieser Analyse sind *in GDS Nr. 58 „Die Entwicklung der SED – ein Teil der „deutschen Misere““, Dezember 1991*, dargelegt.



◆ Übersicht über die bisher erschienenen 11 Ausgaben von RADIKAL BRECHEN ◆

Nr. 1 - Februar 1989

„Es ist schon längst an der Zeit, über die Ziele der Revolution zu debattieren“

Nr. 2 - März 1989

„Ein übles Märchen - Westdeutschland eine Kolonie der USA“

Nr. 3 - Oktober 1989

„Wer kann die Bourgeoisie stürzen?“

Nr. 4 - November 1989

„Warum das Konzept Stadtguerilla nicht zur Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie führt“

Nr. 5 - Mai 1990

„Der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei ist zum Scheitern verurteilt, wenn der Kampf gegen den Opportunismus ausgeklammert wird!“

Nr. 6 - Juli 1990

„Die neuesten Entwicklungen in Osteuropa - kein Bankrott des Kommunismus, sondern Bankrott des Revisionismus!“

Nr. 7 - Januar 1991

„Palästina - ein Prüfstein“

Nr. 8 - November 1991

„Ein Lichtblick bei den Autonomen:“

„Stellungnahme gegen den Antikommunismus: 'Reicht der Einfluß der Herrschenden bis ins INTERIM?“

Nr. 9 - Februar 1993

„Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92:“

„Die Debatte über alle Fragen der Revolution endlich beginnen!“

Nr. 10 - Oktober 1994

„Es ist schon längst an der Zeit, über Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren!“

Nr. 11 - September 1995

„Die angeblich 'antinationalen' Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgaben des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!“

Bestellungen und Zuschriften bitte an:

„RADIKAL BRECHEN“, c/o Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main